

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1910**

16 (17.1.1910) Amtliche Berichte über die Verhandlungen der Badischen  
Ständeversammlung Nr. 21. Zweite Kammer. 17. öffentliche Sitzung

# Amtliche Berichte

über die

## Verhandlungen der Badischen Ständeversammlung.

Nr. 21.

Karlsruhe, den 17. Januar

1910.

### ==== Zweite Kammer. ====

#### 17. öffentliche Sitzung

am Freitag den 14. Januar 1910.

#### Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann  
Fortsetzung und Schluß der allgemeinen Diskussion über  
das Finanzgesetz.

Am Regierungstisch: Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Wirkl. Geheimerat Dr. Frhr. von Dusch, Minister des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Wirkl. Geheimerat Frhr. von Marshall, Minister des Innern Wirkl. Geheimerat Frhr. von und zu Bodman, Ministerialdirektor im Finanzministerium Geheimerat Götter, Ministerialrat Moser.

Präsident Rohrhurst eröffnet kurz nach 1/210 Uhr die Sitzung.

Zunächst wird der Eingang folgender Petitionen angezeigt:

1. des Vereins badischer Finanzbeamter, die Anstellungsverhältnisse der nicht-etatmäßigen Finanzassistenten betreffend;
2. des Reallehrers Morlok in Schwetzingen, des Musiklehrers Hübnert in Freiburg und des Zeichenlehrers Gutmann in Karlsruhe wegen ihrer Gehalts- und Beförderungsverhältnisse;
3. des im Eisenbahndienst verunglückten Bureauassistenten Franz Spies in Karlsruhe um Entschädigung.

Die Petitionen werden der Petitionskommission überwiesen.

Zur Tagesordnung erhalten das Wort

Minister des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Frhr. von Marshall: Ich habe mich bisher nicht zum Worte gemeldet (Abg. Süßkind: Sehr richtig! Glocke des Präsidenten), weil mir von verschiedenen Seiten mitgeteilt worden war, daß das Haus Wert darauf lege, während der allgemeinen Finanzdebatte nicht in eine allgemeine Eisenbahndebatte einzutreten. Ich habe geglaubt, dem Wunsche des Hauses willfahren zu sollen, weil ich mir sagte, daß die verschiedenen wichtigen Fragen aus dem Gebiete des Eisenbahnbetriebs und des Eisenbahnbaues hier in diesem Hause, wie ich hoffe und wünsche, noch eine sehr gründliche Erörterung finden werden, nicht allein bei den Verhandlungen über Eisenbahnbau und -Betrieb sondern auch bei der Beratung der Interpellationen, welche in dieser Beziehung eingereicht worden sind. Ich beschränke mich daher heute auf einige Bemerkungen.

Ich gehe zunächst ein auf Ausstellungen, die der Herr Abg. Kolb bezügl. des Gebarens in der Eisenbahnhauptwerkstätte gemacht hat. Er hat uns dargelegt, daß unser Betrieb nicht kaufmännisch genug sei. Ich bin vollständig davon durchdrungen, daß der Eisenbahnbetrieb ein Gewerbebetrieb ist, der nur dann erfreuliche Resultate aufweisen kann, wenn er kaufmännisch betrieben wird. Allerdings ist es für die Leitung eines Staatsbetriebs schwierig, nach allen Regeln eines kaufmännischen Gebarens zu verfahren, denn er hat nicht die Bewegungsfreiheit eines Kaufmannes; er ist nach vielen Richtungen hin eingeengt durch Gesetze, durch Verordnungen, über die er nicht hinaus kann. Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um Ihnen sehr ans Herz zu legen, dem Eisenbahnbetrieb etwas mehr Ellenbogenfreiheit zu gestatten, damit er in der Lage ist, die günstigen Konjunkturen besser auszunutzen, als dies bisher geschehen konnte.

Was nun speziell die Bemängelungen wegen des Verkaufs von Altmaterial seitens der Eisenbahnhauptwerkstätte anbetrifft, so bin ich in der Lage zu erklären, daß ein Verlust von mehr als 200 000 M.

wie er die Eisenbahnverwaltung bei diesen Verkäufen betroffen haben soll, glücklicherweise nicht eingetreten ist. Wir haben es hier nur mit einem Verluste von nicht ganz 10000 M. zu tun; ich werde das näher erläutern. Die letzten beiden öffentlichen Altmaterialverkäufe bei der Verwaltung der Eisenbahnmagazine fanden Anfang Oktober 1907 und Anfang September 1909 statt. Da der Altmetallmarkt, dessen Preisbewegungen seitens der Grob- Eisenbahnverwaltung an der Hand der Submissionsanzeiger und anderer Blätter unausgesetzt aufmerksam verfolgt werden, seit Ende 1907 anhaltend sehr flau war, hielt die Eisenbahnverwaltung mit dem Verkauf zurück, solange die Lagerplätze zur Unterbringung der anfallenden Mengen ausreichten.

Ich wende mich zunächst zu dem Verkauf von Eisen- und Stahlwaren. Beim Verkauf vom Oktober 1907 wurden für Eisen- und Stahlwaren verhältnismäßig günstige Preise erzielt und es wurden damals die ganzen vorräthigen Mengen zugeschlagen. Beim Verkauf vom September 1909 mußte entsprechend der Marktlage mit niedrigeren Preisen gerechnet werden als beim Verkauf vom Oktober 1907. Da jedoch im Laufe des Jahres 1909 die Neumaterialpreise im allgemeinen wieder etwas angezogen hatten und deshalb auch eine allmähliche Steigerung der Altmaterialpreise zu erwarten war, nahm die Eisenbahnverwaltung nur solche Höchstgebote an, die nicht mehr als 10 Proz. niedriger waren als die vom Oktober 1907, zu welcher Zeit das letzte vorhandene Altmaterial an Eisen- und Stahlwaren zu günstigen Preisen verkauft worden war. Die Eisenbahnverwaltung konnte auf diese Weise von dem auf Anfang September 1909 dem Verkauf ausgesetzten Gesamtvorrat von Eisen- und Stahlwaren im Werte von rund 900 000 M. Materialien im Werte von rund 300 000 M. absehen; im übrigen hielt sie mit dem Verkaufe zurück. Seither sind die Preise tatsächlich etwas gestiegen. Für die im September 1909 öffentlich nicht zugeschlagenen Lose sind inzwischen zum Teil wesentlich günstigere Angebote freihändig gestellt worden, die zu Verkäufen geführt haben. Ein Verlust ist demnach bei dem Verkaufe von Eisen- und Stahlwaren überhaupt nicht eingetreten.

Etwas anders verhält es sich bezüglich des Verkaufes von Kupfer und Messing. Hier waren die Preise bereits im Laufe des Jahres 1907, schon vor dem Verkaufe vom Oktober 1907, in raschem Sturze heruntergegangen. Während bei einem öffentlichen Verkaufe im April 1907 die Vorräte an Feuerbüchsenkupfer noch zum Preise von 208,77 M. für 100 kg abgesetzt werden konnten, betrug das höchste Gebot im Oktober 1907 nur 138,02 M.

Ich möchte hier auf einen Unterschied beim Verkaufe von Kupfer und Messing im Gegensatz zu dem von Eisen und Stahl hinweisen. Die durchschnittlichen Versteigerungserlöse namentlich von Stahlschienen und Eisenschwellen bemessen sich nach einem Preise, wie er allgemein in Deutschland zur Feststellung gelangt. Dagegen berechnen sich die Preise für Kupfer und Messing nach einem Weltmarktpreise, der in London seine Feststellung findet.

Hier waren also die Preise schon im Oktober 1907 zurückgegangen. Die Eisenbahnverwaltung hielt daher den damals erzielten Preis, da sie unter dem Eindruck der früheren günstigen Verkäufe stand, für zu niedrig und zog daher ihre damaligen Vorräte an Kupfer und Messing von dem Verkauf zurück in der Erwartung, daß in absehbarer Zeit eine Besserung des Marktes eintreten und sich Gelegenheit zu vorteilhafterem Absatz

bieten würde. Wir alle hier, die Mitglieder des hohen Hauses, soweit sie sich damals in demselben befanden, und die Mitglieder der Grob- Regierung, hatten nicht die Erwartung, daß die ungünstige Konjunktur so lange andauern würde. Ich bin überzeugt, daß, wenn wir dies vorausgesehen hätten, namentlich das Budget unserer Eisenbahnverwaltung in mancher Beziehung eine andere Gestalt angenommen hätte. Wir haben uns damals getäuscht, und man kann wahrhaftig der Verwaltung der Hauptwerkstätte und der Generaldirektion keinen Vorwurf machen, daß auch sie glaubte, es würde die ungünstige Konjunktur bald überwunden sein. Man kann ihr keinen Vorwurf machen, daß sie damals mit dem Absatz des vorhandenen alten Kupfers und Messings zurückhielt.

Beim Verkaufe vom September 1909 wurden unter diesen Umständen für das feinerzeit vom Verkaufe zurückgestellte Kupfer zum Teil niedrigere Preise geboten als im Oktober 1907. Ein weiteres Zurückhalten mit dem Verkaufe verbot sich des Platzmangels zur Unterbringung weiterer Vorräte wegen. Der gesamte Winderlös betrug indessen nicht 200 000 Mark, wie der Herr Abg. Kolb angegeben hat, sondern nach einer genauen Berechnung, die ich dem Herrn Abg. Kolb nachher zur Verfügung stellen kann, 9875,23 Mark, also nicht ganz 10 000 Mark, belief sich somit nur auf den zwanzigsten Teil desjenigen Betrages, den der Herr Abg. Kolb angegeben hat.

Ich bitte, sich auch gegenwärtig zu halten, daß es sich hier nicht um einen eigentlichen Verlust handelt. Wenn man der Hauptwerkstätte oder der Generaldirektion hier irgend einen Vorwurf machen kann, so ist es der einer vielleicht übertriebenen Vorsicht. Daß sie hätte voraussehen müssen, daß der niedrige Preisstand solange anhalten würde, konnte man ihr wirklich nicht zumuten.

Übrigens ist dieser Verlust von etwa 10 000 M. auch infolge der günstigen Käufe von Neukupfer und Neumessing weitgemacht, welche die Eisenbahnverwaltung unter Benützung des niederen Preisstandes seither zu machen in der Lage war. Sie hat den niedrigen Preisstand benutzt, um auf ein halbes Jahr hinaus sehr günstige Käufe abzuschließen, und dadurch ist dieser Verlust beim Verkauf von Altmaterialien, der eine Folge der niedrigen Preisconjunktur war, weitaus aufgewogen worden.

Ich glaube damit diesen Gegenstand verlassen zu können und möchte mich nur noch zu einer Äußerung des Herrn Abg. Muser wenden, der um Auskunft darüber gebeten hat, was denn zu einer besseren Unterbringung der Bahnsteigschaffner geschehen ist. Die Behauptung, daß seitens der Regierung zugesichert worden wäre, heizbare Bahnsteigschaffnerhäuschen einzurichten, ist nicht richtig; es ist vielmehr nur zugesichert worden, daß für einen besseren Schutz der Bahnsteigschaffner gegen die Unbilden der Witterung Sorge getragen werde. Es waren seit dem letzten Landtage zu diesem Zweck auf einer Anzahl von Stationen geschlossene Häuschen für Bahnsteigschaffner aufgestellt, auf einer Anzahl anderer Stationen ließ sich die Verlegung der Sperre in die Vorhalle oder in die Durchgänge, die gedeckt sind und deshalb genügen Schutz bieten, ermöglichen; das ist z. B. auch bei dem provisorischen Aufnahmegebäude in Offenburg geschehen. Des weiteren wurden die Bahnsteigschaffner, soweit ein Bedürfnis dafür vorlag, mit Schutzkleidern, namentlich mit Mänteln und mit filzgefütterten Lederstiefeln mit Holzsohlen, ausgerüstet. Von der Aufstellung geschützter Häuschen wurde da abgesehen, wo die Wartekäume so

liegen, daß die Bahnsteigschaffner während der Zugs-  
pausen sich ohne Beeinträchtigung ihres Dienstes in  
denselben aufhalten können. Die Herren, welche die  
Eisenbahn betreiben und beim Ausgang aus dem Bahn-  
hof dem Bahnsteigschaffner ihre Fahrkarten vorzeigen,  
haben oft den Eindruck, als ob diese Bediensteten  
fortwährend auf ihrem Posten aussharren müßten;  
das ist aber keineswegs der Fall, namentlich auf  
den kleineren Stationen sind sehr erhebliche Zugs-  
pausen, wodurch es den Bahnsteigschaffnern ermöglicht  
ist, sich sofort in den geheizten Raum zu begeben. Die  
Aufstellung solcher Häuschen war auch vielfach deshalb  
nicht möglich, weil die Bahnsteige, die bei ihrer ur-  
sprünglichen Anlage auf die Bahnsteigperron nicht ein-  
gerichtet waren, zu schmal sind und weil durch die  
Aufstellung der Kontrollhäuschen zu viel Raum verloren  
gegangen wäre und vielfach auch die Übersichtlichkeit not-  
gelitten hätte. Versuchsweise wurden die unter dem Linden-  
hof-Durchgang in Mannheim stehenden Schaffnerhäuschen  
bei Einrichtung der Fernheizung an diese angeschlossen.  
Bei Verlegung der Sperre auf den Bahnsteig anlässlich  
der Bahnhofserweiterung, die jetzt erfolgt ist, wurde  
die Heizung allerdings nicht mehr eingerichtet. Eine  
allgemeine Einführung heizbarer Stände ist, wie  
ich schon hervorgehoben habe, nicht angängig.  
Boden Teppiche werden auf Verlangen jeweils ab-  
gegeben; ferner ist die Anweisung getroffen, daß  
bei strenger Kälte die auf größeren Stationen dienst-  
tunenden Bahnsteigschaffner mit den auf geschützten Posten  
befindlichen häufiger wechseln. Ich glaube, es ist hier-  
nach seitens der Großh. Eisenbahnverwaltung sehr viel  
geschehen, um die Bahnsteigschaffner gegen die Unbilden  
der Witterung sicher zu stellen. Sie vollständig vor  
jeder Zugluft, vor jedem Windstoß zu schützen, das geht  
natürlich nicht an. Wer in den Eisenbahndienst ein-  
tritt, der muß damit rechnen, daß er auch, in gewisser  
Beziehung wenigstens, den Unbilden der Witterung wird  
Trost bieten müssen. Ich möchte nur daran erinnern,  
wieviel besser die Bahnsteigschaffner jetzt daran sind als  
die Schaffner, welche früher an den Bügen herumklettern  
mußten und dabei wirklich schweren Gefährdungen ihres  
Lebens und ihrer Gesundheit ausgesetzt waren. Die  
Großh. Eisenbahnverwaltung wird es sich wie bisher  
nach allen Richtungen angelegen sein lassen, für den  
erforderlichen Schutz ihres Personals gegen Gefährdung  
des Lebens und der Gesundheit Sorge zu tragen, und  
sie wird jede Anregung, die in dieser Beziehung aus  
diesem Hause an sie herantritt, aufmerksam prüfen.

In der allgemeinen Debatte ist auch vielfach von  
dem kostspieligen Bau der Bahnhöfe gesprochen  
und die Regierung ersucht worden, auf tunlichste Er-  
sparnis bei dem Bau dieser Bahnhöfe Bedacht zu  
nehmen. Das Ministerium läßt sich dies schon seit  
Jahren angelegen sein, und bei der Prüfung der Spezial-  
entwürfe wird darauf Rücksicht genommen. Nur in  
einer Beziehung glaubt die Großh. Regierung, der-  
artige Ersparnisse nicht als gerechtfertigt ansehen zu  
dürfen, nämlich überall da, wo es sich darum handelt,  
für die Arbeiter und die Unterbeamten, die auf diesen  
großen Bahnhöfen beschäftigt sind, Wohlfahrts ein-  
richtungen zu treffen. In dieser Beziehung sind  
allerdings sehr viele kostspielige Aufwendungen erfolgt,  
und ich möchte namentlich die Herren Abgeordneten,  
die in Offenburg wohnen, auffordern, die jetzige Werk-  
stätte und das jetzige Maschinenhaus daselbst mit den  
früheren Einrichtungen zu vergleichen: Sie werden  
da wahrnehmen, in welcher weitgehender Weise für  
die Wohlfahrt der Arbeiter und der Unterbeamten

Sorge getragen ist. Es ist noch nicht solange  
her, daß wir gemeinsam den neuen Güterbahnhof  
in Freiburg besichtigt haben; es wurde allgemein aner-  
kannt, in wie weitgehendem Maße hier für das Wohl  
der Bediensteten Sorge getragen ist. In ganz ähnlicher  
Weise sind auch die neuen Betriebswerkstätten hergestellt  
worden, und ich kann die Mitglieder dieses Hohen  
Hauses nur auffordern, diese Werkstätten, namentlich  
die neuerrichtete Betriebswerkstätte in Durlach, einer  
Besichtigung zu unterziehen. Sie werden finden, daß  
hier nichts versäumt worden ist, um die Wohlfahrt der  
Bediensteten sicher zu stellen. Nichts ist indessen voll-  
kommen, und ich werde sehr dankbar sein, wenn die  
Herren, welche sich diesen Besichtigungen unterzogen  
haben, nachher weitere Anregungen an die Eisenbahn-  
verwaltung gelangen lassen, um noch weitere Verbesse-  
rungen einzuführen.

Ich möchte nur noch eine Bemerkung mir gestatten.  
Es betrifft dies den Bau von Nebenbahnen. Trotz  
der ungünstigen Finanzlage, die zu ersten Sorgen  
Anlaß gibt, bleibt die Großh. Regierung auf ihrer  
Zusicherung stehen, soweit es irgend möglich ist, in  
jeder Budgetperiode zunächst 5 Millionen für den  
Bau weiterer Nebenbahnen zu verwenden. Sie ist  
sich dabei vollständig klar, daß es sich hier um  
Bahnen handelt, die die Betriebskosten nicht auf-  
bringen werden, geschweige denn eine Verzinsung des  
Anlagekapitals; sie glaubt aber doch, an diesen Bau  
herantreten zu können, weil wirtschaftliche Rücksichten  
dies wünschenswert erscheinen lassen. Aber sie wird  
um so eher in der Lage sein, hier den auftretenden  
Wünschen gerecht zu werden, wenn das hohe Haus sie  
in ihrem Bestreben unterstützt, die Ausgaben und die  
Einnahmen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens in  
das richtige Verhältnis zu bringen. Ich will mir heute  
versagen, auf die Maßnahmen, die hier in Betracht zu  
ziehen sind, näher einzugehen, da, wie gesagt, aus dem  
Hause der Wunsch hervorgetreten ist, heute in keine  
allgemeine Eisenbahndebatte einzutreten. Aber ich bin  
jederzeit bereit, hier Rede und Antwort zu stehen.

Ministerialdirektor Gähler: Der Herr Finanzminister  
hat den grundsätzlichen Standpunkt, den er zu all den  
Fragen einnimmt, die den eigentlichen Gegenstand der  
allgemeinen Finanzdebatte bilden, eingehend dargelegt,  
und es bleibt mir nur die Aufgabe, Einzelheiten, die  
im Laufe der Debatte zur Sprache gebracht worden  
sind, soweit es notwendig erscheint, noch zu beleuchten  
und Anfragen, die an die Großh. Regierung gestellt  
worden sind, zu beantworten. Ich werde mich dabei  
auf das unumgänglich Notwendige beschränken.

Der Herr Abg. Kolb hat in seinem Vortrag ein-  
leitend bemerkt, daß die allgemeine Finanzlage doch  
eigentlich nicht so schlimm sei, wie sie der Herr  
Finanzminister in seinem Finanzvortrag dargestellt  
habe; es sei doch darauf hinzuweisen, daß der  
Staat sich im Besitz von Reservefonds befinde, die  
in dem Budget nicht zum Ausdruck gelangten,  
und wenn man das Budget nach kaufmännischen  
Gesichtspunkten aufstelle, so würde sich ein günstigeres  
Bild ergeben. Ich nehme an, daß der Herr Abg. Kolb mit  
diesen Reservefonds (er hat es nicht ausdrücklich gesagt)  
das Vermögen der Amortisationskasse gemeint hat. Bei  
der Art, wie unser Budget aufgestellt ist, das lediglich  
eine Darstellung der Einnahmen und der Ausgaben der  
Staatsverwaltung gibt, ist kein Raum dafür, auch noch  
die Vermögensbestände in die Darstellung einzubeziehen.  
Wenn das Budget nach kaufmännischen Gesichtspunkten

aufgestellt würde und wenn man etwa die Bilanzen der großen Aktiengesellschaften zum Muster nähme, so würde wahrscheinlich das Vermögen der Amortisationskasse auch nicht in die Erscheinung treten; es würde in irgend einer Form unter den sogenannten stillen Reserven versteckt sein. Ich möchte überhaupt vor einer gewissen Überschätzung der kaufmännischen Buchführung gegenüber der in dem Staatsfinanzwesen angewandten warnen. Es ist doch eigentlich eine Frage von mehr formeller Bedeutung, ob man nun das Budget in der Art aufstellt, wie es von uns bisher geschehen ist, oder ob man zu einer Darstellung übergeht, die mehr nach kaufmännischen Gepflogenheiten eingerichtet wäre. Jedenfalls glaube ich annehmen zu dürfen, daß unsere Art der Darstellung viel leichter verständlich ist und daß für weite Kreise das Eindringen in eine nach Art einer Bilanz aufgestellte Budgetaufmachung recht erschwert würde.

Es ist in neuerer Zeit in steigendem Maße üblich geworden, von dem Vermögen der Amortisationskasse mit einer gewissen spöttischen Betonung als einer Sparkasse des Staates zu sprechen, diese gewissermaßen als eine altbäterische Einrichtung zu bezeichnen, deren Untergang je eher desto lieber erwünscht wäre. Auch der Herr Abg. Kolb hat Ausführungen gemacht, die geeignet waren, den Anschein zu erwecken — ich glaube nicht, daß es von ihm so gemeint war —, als gehe die Finanzverwaltung darauf aus, Überschüsse in der allgemeinen Staatsverwaltung herauszuwirtschaften, diese sorgfältig anzufammeln und sich so eine Sparkasse einzurichten, auf deren Konserbierung der allergrößte Wert gelegt werde. Es hat wirklich den Anschein gehabt, als meine man, die Finanzverwaltung gefalle sich in der Rolle des Fafner, der den Rabelungenhort in seine Waldböhle schleppt, um ihn dort sorgsam zu bewachen, und einem entgegretretenden Störer entgegenruft: „Hier liege ich und besitze, laß mich schlafen!“ (Heiterkeit). So ist die Sachlage denn doch nicht. Um für diejenigen Herren, die noch nicht so lange diesem Hohen Haus angehören, die Sache etwas verständlicher zu machen, bin ich genötigt, auf die Entstehung dieses Vermögens zurückzugehen. Die Amortisationskasse hat ursprünglich die Aufgabe gehabt, die Schuld der allgemeinen Staatsverwaltung zu verzinsen und zu tilgen. Diese Aufgabe ist ihr abgenommen worden, als es bis zum Jahre 1873 möglich war, die gesamte Staatsschuld aus den Mitteln, die durch die französische Kriegsentwädigung dem Lande zugeflossen sind, vollständig zu tilgen. Die Amortisationskasse hatte dann als solche eigentlich keinen Beruf mehr, es bleibt ihr nur die Verwaltung der damals vorhandenen geringen Aktivbestände und der Zuflüsse, die geleglich in der Amortisationskasse zu vereinnahmen sind. Es sind nämlich die Erlöse aus Grundstücken, die der allgemeinen Staatsverwaltung gehören, der Amortisationskasse zuzuführen. Das ist eine Einnahmequelle von sehr schwankendem Charakter. In einem Jahre wird sehr wenig verkauft, im anderen Jahre kommt einmal ein größerer Verkauf vor; es gibt auch Jahre, in denen gar nichts verkauft wird. Es ist deshalb auch im Budget unter dieser Einnahmerubrik niemals eine Zahl eingesetzt. Außerdem aber sind der Amortisationskasse die verfügbaren Geldbestände des allgemeinen Betriebsfonds zur vorübergehenden Verwaltung überwiesen worden, und aus der zinstragenden Anlegung dieser Überschüsse hat sich eine Einnahme ergeben, die gerade in den 70er und 80er Jahren zum Teil einen recht erheblichen Betrag erreicht hat. Auf diesem Wege hat sich allmählich ein Vermögen angeammelt, das jetzt

einen recht ansehnlichen Stand erreicht hat. Das Vermögen beziffert sich derzeit im ganzen auf einen Betrag von 33 bis 34 Millionen. Dabei muß aber beachtet werden, daß das nicht in diesem ganzen Betrag ein reines zugreifbares Vermögen ist. Es befindet sich darunter eine Forderung, die der Domänengrundstock an die Amortisationskasse zu machen hat, im Betrage von 20,5 Millionen Mark. Das reine Vermögen der Amortisationskasse ist also im ganzen nur auf etwa 13—14 Millionen zu beziffern. Nun muß nachdrücklich betont werden, daß dieses Vermögen angesammelt worden ist, ohne daß die Steuerzahler auch nur einen Pfennig dazu beizutragen gehabt hätten, daß es lediglich auf die vorhin geschilderte Weise allmählich entstanden ist. Ich glaube also, schon diese Entstehung des Vermögens weist darauf hin, daß wir hier einen wertvollen Besitz haben, dessen wir uns nur erfreuen können. Es hat auch die Finanzverwaltung schon seit geraumer Zeit sich nicht auf die weitere Vermehrung dieses Vermögens beschränkt, sondern man hat im Jahre 1902 begonnen, die Erträgnisse des Vermögens für die allgemeine Staatsverwaltung nutzbar zu machen. Sie wurden in größerem und geringerem Maße, zuletzt im Betrage von  $\frac{3}{4}$  Millionen jährlich, für die allgemeine Staatsverwaltung vereinnahmt. Es konnten dadurch in diesen abgelautenen acht Jahren im ganzen rund 7 Millionen der allgemeinen Staatsverwaltung zugeführt werden. Das bedeutet doch eine sehr wesentliche Erleichterung der allgemeinen Staatsverwaltung, insofern diese 7 Millionen nicht auf andere Weise aufgebracht werden mußten, insofern es nicht notwendig war, die Steuerzahler zur Aufbringung dieser Mittel heranzuziehen. Wir sind nun in der laufenden Budgetperiode dazu übergegangen, die Ablieferung aus der Amortisationskasse noch weiter zu erhöhen auf den Betrag von 1 Million Mark. Und damit ist die Grenze erreicht, die durch die möglicherweise erzielbaren Erträgnisse überhaupt gezogen ist. Es wird also im Jahre 1910/11 mit einer weiteren Vermehrung des Vermögens der Amortisationskasse nicht zu rechnen sein, namentlich auch deshalb nicht, weil, wie den Herren aus der Budgetvorlage bekannt ist, die Absicht besteht, ein Dienstgebäude für die Staatsschuldenverwaltung aus den Beständen der Amortisationskasse zu errichten, das einen Aufwand von rund 300 000 Mark verursachen wird, so daß für 1910/11 eine Vermehrung des Vermögens überhaupt ganz ausgeschlossen sein wird.

Dann möchte ich noch eine weitere wichtige Leistung, die nur vermöge des Bestehens des Vermögens der Amortisationskasse möglich war, erwähnen. Der Herr Abg. Kolb hat darauf hingewiesen, es sei ja der Betriebsfonds sehr reichlich bemessen, und es sei vielleicht möglich, aus diesem Betriebsfonds noch Mittel für Zwecke der allgemeinen Staatsverwaltung flüssig zu machen. Dem muß ich leider widerprechen, das ist nicht möglich. Der Betriebsfonds ist auf dem niedrigsten Stand angelangt, der notwendig ist, um überhaupt die Staatsverwaltung im Gang zu halten. Er beträgt derzeit in seinem eiserne Bestand 13 Millionen Mark. Das ist eine anscheinend etwas hohe Summe. Aber es ist dabei zu beachten, daß das nicht die Geldbestände sind, die in den einzelnen Staatskassen daliegen und für die Führung des laufenden Dienstes notwendig sind; darunter befinden sich auch die Ausstände des Staates, die sog. Aktivreste. Man kann sagen, daß die Geldbestände, die sich tatsächlich in der Staatskasse befinden, kaum den Betrag von drei Millionen Mark erreichen werden. In den letzten Jah-

ren, bei dem Niedergang unserer ganzen Finanzgebarung war die Landeshauptkasse wiederholt, ich kann wohl sagen häufig, nicht imstande, aus den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln ihre laufenden Ausgaben zu bestreiten. Und da hat nun die Amortisationskasse sehr hilfreich gewirkt. In all diesen Fällen wurden ihre Gelder in Anspruch genommen, sie leistete der Landeshauptkasse unerbittliche Vorschüsse, mit deren Hilfe die Staatsmaschine in Gang gehalten wurde. Wie groß der Tiefstand ist, den wir hier nun schon erreicht haben, werden Sie wohl aus folgender Zahl entnehmen. Im Augenblick hat die Amortisationskasse der Landeshauptkasse Vorschüsse im Betrag von über 3 Millionen Mark geleistet. Wenn wir das Vermögen der Amortisationskasse nicht besäßen, so müßte in all den erwähnten Fällen das Geld auf anderem Wege aufgebracht werden, man müßte es irgendwo leihen und müßte natürlich entsprechende Zinsen bezahlen. Wir hätten also dann eine nicht unbedeutende Belastung der Staatskasse, die nun dadurch vermieden wird, daß wir aus diesem Vermögen eine Aus- hilfe leisten können. Das sind doch so wichtige Funktionen, daß man wohl sagen darf, es ist ein wahres Glück für den badischen Staat, daß er in schwierigen Zeiten auf diese Hilfsquelle zurückgreifen kann.

Es wäre auch in den letzten Jahren die Bilanzierung des Budgets gar nicht möglich gewesen, wenn man nicht die Fehlbeträge, die in den Staatsvoranschlägen festgestellt waren, auf die Amortisationskasse hätte verweisen können. Nun wird mir da wohl entgegengehalten werden, das sei nur eine formelle Maßregel gewesen, tatsächlich sei es nicht dazu gekommen. Das ist ganz richtig. Aber es besteht jetzt der wesentliche Unterschied, daß das Budget, das uns zur Beratung vorliegt, in anderer Weise aufgestellt ist als die früheren. Es beziffert die Einnahmen nach dem höchsten Betrag, und es ist nicht anzunehmen, daß irgendwie höhere Einnahmen, als wir sie veranschlagt haben, erzielt werden können. Es werden sich also keine Überschüsse der Einnahmen ergeben, und der restliche Fehlbetrag, den wir diesmal wieder nach der bisherigen Gepflogenheit auf die Amortisationskasse verweisen, wird nun auch tatsächlich aus der Amortisationskasse geleistet werden müssen. In welcher Höhe, das läßt sich zurzeit noch nicht übersehen, das hängt davon ab, in welchem Maße das Hohe Haus sich geneigt zeigen wird, Steuererhöhungen zu bewilligen. Aber es mag in der Steuerbewilligung auch so weit gegangen werden, als überhaupt erträglich ist, es wird immer noch ein Rest übrig bleiben, der aus der Amortisationskasse geschöpft werden muß.

Ich glaube Ihnen also doch dargelegt zu haben, daß dieses Institut nicht so geringfügig zu beurteilen ist. Im Gegenteil. Es ist allerdings ein eigenartiges und einzigartiges Institut; andere Staaten besitzen keine gleichartige Einrichtung. Aber ich glaube, wir können uns glücklich schätzen, daß wir einmal dieses Vermögen haben. Wenn ich es noch einmal wiederholen darf, es zeigt sich in drei Richtungen als nützlich: Einmal dient es dazu, die Einnahmen des Staates zu vermehren, zweitens, es ermöglicht es, die Fehlbeträge, die im Laufe des Jahres in der Staatsverwaltung vorübergehend auftreten, in einer kostenlosen Weise zu decken; und drittens bietet es die Möglichkeit, ein Budget wie das jetzt vorliegende, schließlich doch noch zu einer erträglichen Bilanzierung zu bringen. Ich wiederhole, alles das ist ermöglicht worden durch die Politik der Erhaltung dieses Vermögens, die man bisher eingenommen hat, es ist ermöglicht worden, ohne

daß die Steuerzahler für diese Leistung irgendwie in Anspruch genommen worden wären.

Damit glaube ich diesen Gegenstand genügend beleuchtet zu haben, und ich darf mich nun zu der Eisenbahnschuldentilgungskasse wenden. Hier bin ich nun leider nicht in der Lage, ein ähnlich erfreuliches Bild zu entwerfen, und ich glaube, wie auch von dem Herrn Finanzminister bereits hervorgehoben worden ist, daß hier die dunkelste Stelle unseres ganzen diesmaligen Budgets sich findet, die die ernsteste Überlegung notwendig macht. Herr Abg. Dr. Zehnter hat bemerkt, der von der Großh. Regierung angeforderte Staatszuschuß finde bei seinen Parteifreunden eine geringe Gegenliebe. Man sei wenig geneigt, für die großen Bahnhofsbauten noch einmal vier Millionen herzugeben; es solle doch das Geld lieber dazu verwendet werden, in den Landesteilen, die sich einer Bahnverbindung noch nicht erfreuen, Bahnen zu erstellen. Das ist ja ein ganz schöner Vorschlag; ich glaube aber, daß er praktisch sich nicht wird durchführen lassen. So kann man die Sache überhaupt nicht machen, daß man einfach erklärt, wir gewähren überhaupt keinen oder nur einen geringen Staatszuschuß, dazu ist die dermalige Sachlage nicht mehr angetan. Wir sind durch unsere Vergangenheit belastet, und von dieser Belastung kommen wir nicht los. Wir müssen die Folgen, die aus früheren Bewilligungen und aus früheren Maßnahmen sich ergeben, nun tragen, und wir müssen sie in ihren ungünstigen Wirkungen, soweit das möglich ist, unschädlich zu machen suchen. Das ist aber nur möglich, wenn der Eisenbahnschuldentilgungskasse ein möglichst hoher Staatszuschuß zur Verfügung gestellt wird.

Wir haben, um die Sachlage klarzulegen, eine Denkschrift ausgearbeitet, die der Herr Abg. Zehnter auch erwähnt hat, aber nicht gerade sehr freundlich. Ich möchte das Hohe Haus dringend bitten, doch den Zahlen dieser Denkschrift die ernsteste Aufmerksamkeit zu widmen. Wir legen darauf den allergrößten Wert. In dieser Denkschrift ist nun in eingehender Weise dargelegt, wie die Verhältnisse sich entwickelt haben, wie derzeit die Verhältnisse gestaltet sind, und mit welcher zukünftigen Entwicklung man zu rechnen hat. Der Herr Abg. Dr. Zehnter hat geglaubt, daß gerade das Zukunftsbild doch vielleicht etwas zu ungünstig dargestellt sei, daß die berufsmäßige Schwarzmalerei, die der Finanzverwaltung immer noch vorgeworfen wird, sich auch hier gezeigt habe. Man kann natürlich über Zukunftsberechnungen sehr verschiedener Meinung sein, auch wir sind durchaus nicht des Glaubens, daß die dargelegten Zahlen nun auf Unfehlbarkeit, auf sicheres Eintreffen Anspruch machen können. Wir haben in der Denkschrift selbst nachdrücklich betont und ausführlich begründet, daß diesen Zahlen nur ein problematischer Charakter zukomme, daß sie nur insoweit auf Verwirklichung Anspruch machen können, als eben die Unterlagen, die wir zu benützen in der Lage waren, mit dem, was in Zukunft sich entwickeln wird, übereinstimmen.

Ich möchte nun nur einige wenige Momente hervorheben. Wenn Sie die Übersichten, die wir der Denkschrift beigegeben haben, und die ich mir Ihrem eindringendsten Studium nochmals zu empfehlen erlaube, überblicken, so tritt ein unerfreuliches Bild hervor, daß nämlich in den 39 Jahren, die unsere Darstellung umfaßt, 21 Jahre waren, die Fehlbeträge aufgewiesen haben, und nur 18 Jahre, welche Überschüsse gezeigt haben. Wir haben hier einen Zeitraum vor uns, der einmal lang genug ist, um Schlüsse aus ihm zu gestatten, der

gerade die jüngste Vergangenheit und zwar die Zeit umfaßt, in der das wirtschaftliche Leben in Deutschland den größten Aufschwung genommen hat: es ist die Zeit vom Jahre 1870 bis zum Jahre 1908. Ich glaube, wenn man sich diese Entwicklung genau vergegenwärtigt, so wird man doch mit einem gewissen Recht sich ein Bild machen können, was die Zukunft bringen wird, und da ist die Sachlage eben dadurch insofern sehr ungünstig beeinflusst, als allmählich die Eisenbahnschuld, die wir zu tragen haben, einen sehr hohen Stand angenommen hat. Sie wird Ende des Jahres 1909 ungefähr 520 Millionen M. betragen, vielleicht auch 2 oder 3 Millionen weniger. Nun haben wir in einer Übersicht dargestellt, welche Belastung die bestehende Schuld für den Anlehensdienst mit sich bringt, und wenn die Herren die Güte haben wollen, die Tabelle anzusehen, die wir auf Seite 20 der Denkschrift abgedruckt haben, so werden sie finden, daß für die Verzinsung und Tilgung in den nächsten 8 Jahren alljährlich Beträge aufzubringen sind, die zwischen 30,6 Millionen und 32,3 Millionen schwanken. Das sind ungemein hohe Beträge im Vergleich zu den Reinerträgen, die die Eisenbahnverwaltung bisher geliefert hat. Die Reinerträge der Eisenbahnverwaltung haben einen so hohen Stand, wie er hier allein für den Dienst der bestehenden Anlehen erfordert wird, noch nicht erreicht. Sie wissen ja, daß wir im Jahre 1908 ein außerordentlich ungünstiges Jahr gehabt haben — das Jahr 1909 wird erheblich besser abschließen —, aber bis wir zu Einnahmen kommen, die sich dauernd auf der bezeichneten notwendigen Höhe halten, wird wohl noch geraume Zeit vergehen, und es ist nicht wahrscheinlich, daß es in dem Zeitraum der nächsten zehn Jahre möglich sein wird, den Reinertrag der Eisenbahnen so hoch zu steigern, wie er notwendig wäre, um die Verzinsung und die Tilgung der bestehenden Staatsschulden dauernd sicher zu stellen.

Ich muß nun weiter darauf aufmerksam machen, daß diese Übersicht lediglich das umfaßt, was wir auf Grund der bereits eingegangenen Verpflichtungen zu leisten haben, das ist der Dienst der Anlehen, die bereits bestehen. Nun wird es aber, darüber brauche ich kaum ein Wort zu verlieren, nicht möglich sein, in den nächsten zehn Jahren ohne eine erhebliche Neuaufnahme von Anlehen auszukommen. Es sind noch so große Aufgaben der Eisenbahnverwaltung zum Teil im Gang, zum Teil in naher Aussicht, daß es unvermeidlich ist, wiederum neue Anlehen aufzunehmen, um die notwendigen Mittel zu erhalten, und ich glaube, daß diese Aufnahmen auch wieder einen recht beträchtlichen Umfang annehmen werden.

Wenn man das hinzurechnet, was infolge dieser Vermehrung der Eisenbahnschuld, die unvermeidlich ist, hinzutreten wird, so ergibt sich das Bild, das wir in den folgenden Tabellen dargestellt haben. Wir haben zunächst eine Übersicht gemacht, in der lediglich der voraussichtliche Bedarf dargestellt ist ohne Rücksicht auf die Leistung eines Staatszuschusses; nach dieser Übersicht gelangt man schließlich zu einem sehr hohen Endergebnis, rund 800 Millionen am Ende des Jahres 1919. Das wäre denn doch ein unerträglich hoher Stand der Eisenbahnschuld und es muß alles aufgegeben werden, um zu vermeiden, daß er diese Höhe erreicht.

Der Herr Abg. Dr. Zehnter hat bemerkt, es sei diese Darstellung etwas trübe und pessimistisch aufgefaßt. (Abg. Dr. Zehnter: Das habe ich nicht gesagt, ich werde das nachher berichtigen.) Dann kann ich auf weitere Ausführungen hierüber natürlich verzichten.

Aus der Übersicht, die ich eben erwähnt habe, ergibt sich, daß ein starkes Anwachsen der Eisenbahnschuld in Aussicht steht. Wenn man nun zu einer erheblichen Verstärkung des Staatszuschusses schreitet, wie Sie ihn in der vorgeschlagenen Höhe bewilligen, ihn also von 2 Millionen, wie er bisher üblich war, auf 4 Millionen erhöhen, so wird natürlich diesem Entwicklungsprozeß einigermassen Einhalt getan. In der weiteren Darstellung, die Sie auf Seite 22 der Denkschrift finden, ist für 1919 eine Endergebnis des Anlehensstandes von etwa 760 Millionen in Aussicht genommen. Ich will bemerken, daß der Herr Generaldirektor der Staatsseisenbahnen, also gewiß der kompetenteste Beurteiler der hier in Frage kommenden Fragen, seinerseits selbständig eine Untersuchung angestellt hat, wie sich die Verhältnisse voraussichtlich in den nächsten zehn Jahren gestalten werden, und in den grundsätzlichen Punkten durchaus in Übereinstimmung mit den Anschauungen steht, welche die Finanzverwaltung in der Denkschrift entwickelt hat.

Er betont namentlich ebenso entschieden, wie das Finanzministerium das tun muß, daß die Eisenbahnverwaltung in den nächsten zehn Jahren nicht imstande sein wird, dauernd das Erfordernis für Verzinsung und Tilgung der Anlehen aufzubringen. Infolge von Annahmen, die der Herr Generaldirektor macht, und infolge einer genaueren Begrenzung desjenigen, was als Vauaufwand in den nächsten zehn Jahren in Aussicht genommen ist, kommt er in seinem Schlussergebnis dahin, daß er eine etwas geringere Endsumme, die etwa zwanzig Millionen weniger beträgt, als hier angenommen ist, in Aussicht nimmt. Ich lege auf diese Endzahlen keinen entscheidenden Wert. Es ist ja nicht möglich, daß man auf zehn Jahre hinaus mit mathematischer Genauigkeit berechnet, wie ein solcher Schuldenstand sich gestalten wird. Aber soviel ist doch ganz sicher, und darin stimmen die beiden Berechnungen überein: Wir werden im Laufe der nächsten zehn Jahre zu einem sehr hohen Schuldenstand kommen. Er wird mindestens ungefähr 750 Millionen erreichen, vorausgesetzt, daß die Landesstände geneigt sind, den Staatszuschuß in der Höhe von 4 Millionen Mark während dieser ganzen Zeitperiode zu bewilligen.

Das sind, glaube ich, doch sehr trübe Aussichten und sie mahnen doch dringend daran, daß man eben alles aufbieten muß, um diese Entwicklung, soweit es irgend geht, zu verlangsamen, um dahin zu kommen, daß unsere Eisenbahnschuld sich nicht in so ungeheurer Weise vergrößert, daß vielmehr vielleicht einmal der Zeitpunkt erreicht wird, in dem an eine Herabminderung gedacht werden kann. In dieser Beziehung hat, glaube ich, die Anregung des Herrn Abg. Dr. Zehnter einen ganz berechtigten Kern. Er hat ausgeführt, daß für die Bahnen, die man im Interesse von Landesgegenden, die sich noch nicht des Besitzes von Bahnen erfreuen, in der nächsten Zeit anlegen müsse, der Anlehensdienst aus Mitteln der allgemeinen Staatsverwaltung bestritten werden müsse. Das wird noch dahin zu ergänzen sein, daß nicht nur der Anlehensdienst sondern auch die Beträge wohl richtig aus allgemeinen Staatsmitteln entnommen werden müßten, die notwendig sind, um die Betriebskosten dieser Strecken vollständig zu decken. Sämtliche Bahnen, die jetzt in Aussicht stehen, werden von der Beschaffenheit sein, daß auf eine vollständige Herabminderung der Betriebskosten nicht gerechnet werden kann. Es wäre also ganz richtig, wenn man die bei den Betriebskosten sich ergebenden Fehlbeträge von vornherein auf die allgemeine

Staatsverwaltung übernehmen würde. Wenn man das tut, so hat man aber damit ausgesprochen, daß man die Mittel der Steuerzahler unmittelbar für die Erfüllung der Eisenbahnwünsche in Anspruch nimmt. Dieser Tatbestand ist ja jetzt schon in der Bewilligung des Staatszuschusses enthalten. Der Staatszuschuß bedeutet ja eigentlich nichts anderes als eine Verkehrssteuer, die das Land auf sich genommen hat. Diese Verkehrssteuer müßte aber in noch höherem Maße von dem Lande verlangt werden.

Nun ist noch weiter zu bedenken, daß es gewiß ein vertretbarer Standpunkt ist, die Mittel der Steuerzahler für solche Zwecke zu beanspruchen. Aber es ist hier doch eine Grenze, und die liegt in der Rücksichtnahme auf die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler. Man kann ihnen nicht ungemessene Lasten auferlegen, und wenn man die möglicherweise aufzubringenden Steuerbeträge nun zu einem Teil lediglich für Zwecke des Eisenbahnbetriebs verwendet, dann müssen eben andere Staatszwecke zurücktreten; das Hohe Haus wird eben abzurufen haben, ob es die Vorteile, die die Erbauung neuer Eisenbahnen für einzelne Landesteile bringen wird, höher anschlügt als die Erfüllung anderer Staatsaufgaben.

Aus allen diesen Darlegungen werden die Herren entnehmen, daß bei der Bewilligung von neuen Bahnen in der Zukunft die allergrößte Vorsicht und die allergrößte Zurückhaltung nicht vermieden werden kann. Ich möchte glauben, daß es doch sehr im Interesse der Gesundheit unserer Eisenbahnverhältnisse gelegen ist, wenn das Hohe Haus sich dazu entschließen könnte, dem von der Großh. Regierung hier vorgezeichneten Weg zu folgen. Ich möchte namentlich bitten, daß die Herren von der Zentrumsfraktion die Stellung, die der Herr Abg. Dr. Zehnter zunächst präzisiert hat, noch einmal einer Revision unterziehen und in bezug auf die Bewilligung des Staatszuschusses, den wir in das Budget eingestellt haben, eine freundliche Haltung einnehmen.

Ich wende mich nun zu Einzelfragen, die im Laufe der Debatte erhoben worden sind. Es haben der Herr Berichterstatter und der Herr Abg. Dr. Zehnter die Frage erörtert, inwiefern es sich als möglich erweist, die Waldungen für die Zwecke der Staatsverwaltung in höherem Grade nutzbar zu machen. Es sind das die bekannten Erörterungen, die durch die Broschüre eines Oberförsters hervorgerufen worden sind, und ich möchte in dieser Beziehung nur einige wenige Bemerkungen machen. Der Herr Berichterstatter hat darauf hingewiesen, daß Hessen eigentlich in gewissem Sinn als vorbildlich bezeichnet werden könne und daß unsere Forstverwaltung den Stand, den die hessische Forstverwaltung einnehme, nicht ganz erreicht habe. Er ist da auf die Frage der Zwischennutzungen eingegangen. Wie ich mich verlässigt habe, liegt die Sache aber doch nicht so, wie es dargestellt worden ist. Es ist im wesentlichen eine Buchungsfrage. In Hessen werden unter Zwischennutzungen eben etwas andere Nutzungen verstanden als in Baden. In Hessen werden von einer Nutzung von 6 Festmetern im ganzen 4 Festmeter auf Zwischennutzung berechnet und nur 2 Festmeter auf die Hauptnutzung. In Baden ist die Sache umgekehrt; da wird die Zwischennutzung mit etwa 2 Festmetern angenommen und die Hauptnutzung mit 4 Festmetern. Im ganzen muß ich aber betonen, daß die Nutzungen in Baden durchaus nicht hinter den hessischen zurückstehen, sondern im Gegenteil die hessischen Nutzungen noch etwas übersteigen. Man

kann also wohl nicht sagen, daß wir in dieser Beziehung weniger leisten als Hessen.

Der Herr Abg. Dr. Zehnter hat gewünscht, daß eine Darlegung von der zuständigen Fachbehörde gemacht werde, in der die hier einschlägigen Fragen und die Materialien, die zu ihrer Beurteilung dienen, zusammengestellt seien. Ich kann Ihnen mitteilen, daß die Forst- und Domänenverwaltung bereits mit dieser Arbeit beschäftigt ist. Es wird das Material, das geeignet ist, diese Angelegenheit näher zu beleuchten, in Form einer kleinen Schrift zusammengestellt. Ich hoffe, daß es in etwa 14 Tagen möglich sein wird, dem Hohen Hause diese Schrift zugänglich zu machen, und ich glaube, sie wird bei den weiteren Beratungen über diesen Gegenstand nutzbringend verwertet werden können.

Es ist weiter in bezug auf diese Waldfrage zu bemerken, daß die Nutzung der Altholzbestände, um die sich ja im wesentlichen die Frage dreht, sich bereits im vollen Gange befindet. Es bringen also die diesbezüglichen Anregungen insoweit nichts neues. Es wird nicht erst jetzt daran herangetreten, die Althölzer etwas rascher zu nutzen, als es bisher üblich war, sondern diese Tätigkeit ist — wie gesagt — bereits im vollen Gange und wird noch gesteigert werden durch den geplanten außerordentlichen Holztrieb oder, wenn dieser Ausdruck weniger angenehm klingt, die geplante Vermehrung der regelmäßigen Nutzung um 40 000 Festmeter. Es muß aber doch auf einen Umstand aufmerksam gemacht werden. Es ist nicht zutreffend, wenn gesagt wird, die über hundert Jahre alten Bestände hätten überhaupt keinen erheblichen Wert mehr, man sollte sie womöglich beseitigen. Von unseren Waldungen liegen 60 Proz. auf dem Schwarzwald, und von diesen auf dem Schwarzwald gelegenen Waldungen liegt ein sehr ansehnlicher Bestand in einer Höhe von über 700 Meter. In dieser Höhe ist nun das natürliche Wachstum der Bäume ein wesentlich geringeres, und wenn man Starkholzfortimente ziehen will, die erstklassigen Sortimente, dann ist es in dieser Höhe überhaupt nicht möglich, dies bei einem Umtriebe von weniger als hundert Jahren zu bewerkstelligen, im Gegenteil, da muß der Umtrieb erhöht werden auf 120 Jahre und mitunter noch mehr. Die Erzeugung dieser Starkhölzer liegt aber im wirtschaftlichen Interesse. Die Domänenverwaltung hat Veranlassung genommen, bei den Interessenten und Altholzmännern Umfrage zu halten, ob ihnen etwa die Aufgabe der Erzeugung dieser Starkhölzer erwünscht sei, und da hat die übereinstimmende Meinung der Interessenten dahin gelautet, diese Starkhölzer sollten nach wie vor erzeugt werden. Sie werden im Verkehr gebraucht, und ihre Erzeugung liegt auch im finanziellen Interesse, weil diese Hölzer am besten bezahlt werden. Ich will nur diese wenigen Momente anführen, um anzudeuten, daß diese ganze Frage doch nicht so leicht und so einfach zu entscheiden ist. An anderer Stelle wird sie ja eine eingehendere Würdigung erfahren.

Der Herr Abg. Dr. Zehnter hat gefragt, wie es denn mit einer Lotteriegemeinschaft stehe, ob man nicht auf diesem Wege dem Staate weitere Einnahmen zuführen könnte. In dieser Beziehung kann ich nur die Erklärung wiederholen, die vor zwei Jahren in dem Hohen Hause abgegeben worden ist: Die Einführung einer Lotterie, die lediglich auf das Großherzogtum Baden sich beschränkte, ist aus finanziellen Gründen unmöglich und wäre nicht einträglich genug. Die Angliederung an eine bestehende Lotterie — als solche könnte nur die preussische Klassenlotterie in Frage kommen — wird nach den eingezogenen Erkundigungen einen nicht gerade sehr



Beträchtlichen Betrag liefern. Man würde kaum auf 500 000 M. kommen (Zurufe: Das ist doch besser wie nichts!). Aber es ist doch noch die Frage, ob man eben, um zu diesem Ertrage zu gelangen, die Einführung einer ganzen Lotterieorganisation auf sich nehmen will, die unserer Bevölkerung bis jetzt fremd gewesen ist. Ich glaube aber, die Frage wird wahrscheinlich in naher Zeit wieder dringender und spruchreifer werden, wenn wir nämlich an das nächste Budget herantreten, von dem ich die allergeringsten Erwartungen in bezug auf einen günstigen Abschluß habe. Dort werden Anstrengungen gemacht werden müssen, weitere Einnahmequellen zu erschließen und es wird in diesem Zusammenhange die Frage der Lotteriegemeinschaft erneut in Erwägung zu ziehen sein. Es ist mir erfreulich, daß das Hohe Haus anscheinend an diesem mäßigen Ergebnis keinen Anstoß nimmt, sondern sich damit einverstanden erklären würde, wenn die Großh. Regierung auf diese Einnahmequelle mit Ernst abhebt.

Der Herr Abg. Schmidt-Bretten hat Besorgnisse geäußert, daß das Finanzamt Bretten aufgehoben werde. Diese Besorgnisse kann ich zerstreuen. Es ist keine Erörterung im Gange, die die Aufhebung dieser Finanzstelle bezweckt.

Weiter hat der Herr Abg. Schmidt sich über die Branntweinsteuer verbreitet und hat über die Liebesgabe und die Art der Kontingentierung gesprochen und von der Großh. Regierung Auskunft verlangt, ob seine Darlegungen richtig seien. Ich kann nun nicht sagen, daß seine Darlegungen in allen Punkten das Richtige getroffen hätten; das ist aber sehr leicht erklärlich, weil das Branntweinsteuergesetz das schwierigste und undurchsichtigste Steuergesetz ist, das wir überhaupt besitzen. Wenn also hier ein Irrtum unterläuft, ist das bei jedem verzeihlich.

Die Sache selbst anbelangend hat der Herr Abg. Schmidt die sogenannte „Liebesgabe“ erwähnt, d. h. die Einrichtung, daß eine gewisse Menge der Branntweinherzeugung zu einem niedrigeren Abgabesaß versteuert wird, während das über diese Menge hinausgehende Jahreserzeugnis einer höheren Abgabe unterliegt, woraus sich für denjenigen, der in der Lage ist, Branntwein zum niedrigeren Abgabesaß herzustellen, die Möglichkeit ergibt, aus der Steuerdifferenz einen Nutzen zu ziehen. Diese Einrichtung ist nicht auf Anregung der süddeutschen Regierungen getroffen worden, diesen Ruhm müssen wir ablehnen. (Seiterkeit und Beifall.) Die Ausgestaltung des Branntweinsteuergesetzes ist auf die Entschliebung der Reichsregierung zurückzuführen, durch die die bezeichnete Einrichtung geschaffen worden ist. Natürlich nehmen an dem Nutzen, der möglicherweise den Branntweinherzeugern zugute kommt, unsere badischen Brenner teil. (Abg. Dr. Behner: Das ist Reservatrecht?) Gewiß!

Der Herr Abg. Schmidt hat weiter von der Kontingentierung gesprochen und hat auf die Verhältnisse unserer größten Branntweinbrennerei im Lande Bezug genommen und bemerkt, es sei das Kontingent, das dieser Brennerei zugewilligt worden ist, auf Kosten unserer Kleinbrenner erhöht worden. Auch diese Auffassung kann ich nicht als richtig bezeichnen. (Beifall.) Unsere Kleinbrenner scheiden überhaupt bei der Kontingentierung aus, insofern ihnen ohne weiteres der niedrigere Abgabesaß zugewilligt ist. Unter Kleinbrennern sind diejenigen verstanden, die nicht mehr als 10 Hektoliter im Jahre erzeugen. Das Kontingent wird auf die übrigen Brenne-

reien verteilt, also mit Ausschluß der Kleinbrenner, und wird von Zeit zu Zeit einer Revision unterzogen. Auf Grund dieser periodischen Revisionen ist nun das Kontingent, das diese größte Firma des badischen Landes ursprünglich gehabt hat, im Laufe der Zeit wiederholt herabgemindert worden. Es ist in diesem Zusammenhange noch die weitere Bestimmung des Branntweinsteuergesetzes zu erwähnen, daß das Kontingent der Brennereien von der großen Ausdehnung, wie sie hier in Betracht kommt, von vornherein um ein Zwanzigstel des Kontingentes, das ihnen eigentlich zukäme, gekürzt wird.

Es ist möglich, daß die Auffassung, die der Herr Abg. Schmidt entwickelt hat, darauf zurückzuführen ist, daß diese große Brennerei wesentlich über ihr Kontingent hinaus Branntwein erzeugt. Aber für alle die Branntweinemengen, die sie über ihr Kontingent hinaus erzeugt, muß sie eben den normalen Steuersaß bezahlen, da fehlt es also an jeder irgendwie gearteten steuerlichen Begünstigung.

Der Herr Abg. Fehrenbach ist auf die Anlehenpolitik des Staates zu reden gekommen, und ich freue mich, daß ich feststellen kann, daß die Auffassung, die der Herr Abg. Fehrenbach gestern entwickelt hat, sich in weitem Umfange mit der der Großh. Regierung deckt. Wenn überhaupt der Staat zur Anlehenpolitik übergeben soll, so kann das nur innerhalb ganz eng gezogenen Grenzen geschehen. Es können für den Staat Anlehen nur für solche Unternehmungen in Betracht kommen, die einen werbenden Charakter haben, und die infolge dieses Charakters die Verzinsung und Tilgung der aufgenommenen Anlehen sicher stellen. Der Herr Abg. Fehrenbach ist noch weiter gegangen und hat gesagt, es kämen nicht nur solche unmittelbar werbende, die Tilgung und Verzinsung der Anlehen sicherstellende Unternehmungen in Betracht, sondern man müsse auch noch die mittelbar werbenden Unternehmungen ins Auge fassen, auch für diese sei der Weg des Anlehens gerechtfertigt. Da begäbe man sich denn doch auf einen Boden, der etwas schwankender Natur ist. Man kann eben über die Frage, ob und in welchem Maße eine Unternehmung für größere Kreise unseres Volkes Nutzen bringt und somit einen wirtschaftlichen Vorteil darstellt, im einzelnen Falle sehr verschiedene Auffassungen hegen, und es ist jedenfalls, sobald man die Anlehenmöglichkeit auf solche Unternehmungen ausdehnen wollte, dann im Einzelfalle die allerschärfste Prüfung, die allergrößte Vorsicht geboten. Wenn wir nun unser Budget durchsehen, so wird sich kaum eine Position finden, die unter die erste Kategorie fiele, unter die Kategorie derjenigen Unternehmungen, bei denen überhaupt kein Bedenken obwalten kann; unter die zweite Rubrik würden die Ausgaben für die Rheinregulierung bis Straßburg fallen, und es wäre gewiß möglich, eine Verständigung darüber zu suchen, ob man für diesen Ausgabeposten Anlehen aufnehmen soll. Aber da habe ich doch ein schwerwiegendes Bedenken insofern, als ich glaube, es ist gegenwärtig der ungünstigste Zeitpunkt, den wir überhaupt in unserer badischen Finanzgeschichte erlebt haben, um nun mit unserer — ich darf wohl sagen — in Bezug auf Anlehen ruhmreichen Vergangenheit zu brechen und zu einem neuen System überzugehen. Wir haben leider eine sehr große Staatsschuld in Form unserer Eisenbahnschuld. Daß diese eine reine Staatsschuld ist, darüber kann man sich keiner Täuschung hingeben; und der Umstand, daß wir sie nur formell etwas anders behandeln, daß wir sie als eine einem sogenannten „ausgeschiedenen Verwaltungszweig“ angehörige

Schuld betrachten, ändert diesen Charakter der Schuld selbst gar nicht. Ich sage also: Wir haben leider eine beträchtliche Staatsschuld; wir haben eine Staatsschuld, die aller Voraussicht nach in den nächsten 10 Jahren einen noch sehr bedeutend vergrößerten Umfang annehmen wird, und nun erhebt sich doch gewiß die Frage, ob es in diesem Momente ratsam ist, nun auch noch die allgemeine Staatsverwaltung mit Anlehen zu bedenken. Ich glaube, daß da doch die allergrößte Vorsicht und die größte Zurückhaltung am Platze ist. Wir kommen sonst sehr leicht in den Fall, daß wir die Kerze an beiden Enden anzünden. Ich möchte deshalb annehmen, daß, soweit es sich um die allgemeine Staatsverwaltung handelt, die Frage der Anlehenspolitik eigentlich einen aktuellen Charakter nicht haben sollte.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Der bei den Budgetdebatten übliche Streit darüber, ob die Finanzlage eine rosige oder eine schwarze sei, ist meines Erachtens sehr unfruchtbar. Es handelt sich um Unterschiede des Temperaments, und nach langjähriger Übung ist auch die Stellung desjenigen, der das Urteil fällt, für das Endergebnis der Prüfung mitentscheidend; die Herren am Regierungstische sind von jeher aus leicht durchsichtigen Gründen geneigt, die Finanzlage weniger günstig darzustellen als die Mitglieder der Volksvertretung, die ein Anwachsen der Steuerlast zu verhindern suchen.

Die Streitpunkte, die von Seiten des Herrn Ministerialdirektors hervorgehoben worden sind, kann ich im Einzelnen nicht mehr alle berühren. Ich will nur hervorheben, daß seine Ausführungen, soweit sie sich auf die Amortisationskasse bezogen, wohl tiefen Eindruck nicht gemacht haben. Soweit mein Parteifreund Kolb die Amortisationskasse erwähnt hat, geschah es in der Beziehung, daß er, und mit Recht, hervorhob, wir dürften bei der Schilderung der Finanzlage dieses Refervermögen von mehr als 30 Millionen nicht vergessen, und diese seine Behauptung konnte nicht erschüttert werden. Die Ausführungen des Herrn Ministerialdirektors über die historische Rolle der Amortisationskasse, über die Entstehung und Funktionen dieses Instituts mögen vollständig richtig sein; dadurch wird aber das Argument nicht erschüttert, daß wir in dieser Amortisationskasse ein starkes Vermögen in Höhe von etwa 33 Millionen Mark haben. Mein Freund Kolb hat nicht vorgeschlagen, dieses Vermögen für laufende Ausgaben der Staatsverwaltung anzugreifen. Er hat lediglich das, ich möchte sagen, psychologische Moment in die Debatte hineingetragen, daß bei einem Vermögen, wie es der badische Staat in Gestalt von 33 Millionen Mark in der Kasse liegen habe, kein Anlaß zur Verzweiflung sei.

Ich weiß nicht, warum der Herr Ministerialdirektor bei der Besprechung der Amortisationskasse darauf abgehoben hat, daß diese 33 Millionen Mark nicht durch Leistungen der badischen Steuerzahler entstanden seien. Die Bemerkung war meines Erachtens nicht notwendig, sie war aber auch nicht richtig; diese 33 Millionen sind zwar nicht dadurch entstanden, daß die badischen Steuerzahler ihr Geld direkt an die Amortisationskasse geschickt haben, aber indirekt, das wurde ja zugegeben, stammt das Hauptvermögen der Amortisationskasse aus den Überschüssen der Vermögensverwaltung, aus den Zinsen, die hereingeflossen sind. Ich sehe dabei von dem Grundstock von 20 Millionen ab, der auch nicht durch freiwillige Zuwendungen außerhalb des badischen Volkes aufgebracht wurde.

Also das, was in der Amortisationskasse liegt, ist badisches Volksvermögen und muß und kann bei der Darstellung der Finanzlage mit berücksichtigt werden.

Es ist dann noch von einem anderen Refervermögens

Rede gewesen, der nicht in einer Kasse liegt, von unseren Solzbeständen. Es ist im Laufe des letzten Jahres hervorgehoben worden, daß wir im Gegensatz zu manchen anderen Forstverwaltungen unsere Forstbestände 110 und 120 Jahre alt werden lassen und dadurch den Staat um große Mittel brächten. Nun ist es ja richtig, daß offenbar für diese Praxis in ganz bescheidenem Maße eine Änderung angebahnt wird; aber ich glaube, wir dürfen den Männern, die den Anstoß zur Anbahnung dieser Änderung gegeben haben, für den Dienst, den sie uns geleistet haben, nur dankbar sein.

Was der Herr Ministerialdirektor dann in diesem Zusammenhang über die Anlehenspolitik gesagt hat, kann zu Mißverständnissen Anlaß geben. Er hat mit besonderer Befriedigung hervorgehoben, daß er sich in seiner Auffassung über die künftige Gestaltung des badischen Finanzwesens mit den Ansichten des Herrn Abg. Fehrenbach und damit mit den Meinungen der Zentrumspartei im Einklang befinde; ich darf seine Ausführungen dahin ergänzen, daß er sich wohl auch in Übereinstimmung mit den Ansichten des ganzen Hauses befindet. Denn die theoretischen Darlegungen des Abg. Fehrenbach über die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Anlehenspolitik sind auf keiner Seite des Hauses auf Widerspruch gestoßen; es waren theoretische, von niemand angefochtene Sätze, die in jedem Lehrbuch der Finanzpolitik zu finden sind, und der Herr Ministerialdirektor hätte nicht notwendig gehabt, in der pointierten Weise hervorzuheben, daß er sich so ganz besonders freue, wenn er gerade in dieser Frage mit dem Zentrum einig ist. In diesem Hause ist niemand, der nicht, rein theoretisch betrachtet, der Meinung ist, es wäre das Wünschenswerteste und das Beste, wenn die notwendigen laufenden Ausgaben aus laufenden Mitteln genommen und nur außerordentliche Dinge, nur Werke, die für Generationen berechnet sind, oder Werke werbenden Charakters aus Anlehensmitteln genommen werden. Das sind Dinge, über die nicht gestritten wird. Das, was mein Freund Kolb hervorgehoben hat, und was ihn vielleicht — nicht theoretisch — für den momentanen Stand der Frage in etwas von manchen Mitgliedern des Hauses unterscheidet, ist etwas anderes. Mein Freund Kolb hat hervorgerufen, daß wir vielleicht in Baden in einem Ausnahmezustande sind, daß wir in guten Jahren Ausgaben aus laufenden Mitteln bestritten haben, die normalerweise nach den von dem Herrn Ministerialdirektor gebilligten Grundsätzen aus Anlehen hätten bestritten werden können. Er hat hingewiesen auf die großen, für Generationen berechneten Staatsbauten hier in Karlsruhe, Verwaltungsgerichtshof, Oberlandesgerichtsgebäude, Generalandesarchiv und die Universitätsbauten, und da hat er gesagt: Die heutige Generation, die Generation der derzeitigen mageren Jahre, der Zeit der wirtschaftlichen Krisis muß nun dafür büßen, daß die Großregierung früher zum Vorteil der damals lebenden Steuerzahler von den von uns gebilligten Grundsätzen der allgemeinen Finanzpolitik abgewichen ist. Man darf vielleicht beifügen, daß auch das lange hinausschieben der Regulierung der Beamtengehälter mit in dieses Kapitel gehört. Die heutige Generation, die nun in schnellem Tempo die Beamtengehälter regeln mußte, hat damit Pflichten erfüllt, die vielleicht früher jahrelang vernachlässigt worden sind. Und es kommt noch eines dazu. Wir sind der Meinung, daß der badische Staat nur scheinbar in gewissen Jahren den Übergang zu einer mäßigen Anlehenspolitik vermieden hat. In Wahrheit haben wir Staatsanleihen in Baden — ich spreche nicht von der Eisenbahnschuld —, haben verhüllte Anleihen gehabt: Die Städte waren gezwungen, für den Staat die Anleihen

zu machen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und links.) Der badische Staat hat jahrelang Aufgaben namentlich auf dem Gebiete der Schulpolitik abgewälzt auf die mittleren u. größeren Städte des Landes u. diese waren dann gezwungen, die Schulden zu machen, die der badische Staat zu machen sich geweigert hat (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und links). Das dürfen wir bei der Beurteilung dieser Anleihepolitik nicht vergessen, und wenn die Groß. Regierung mit Stolz hinweist auf ihr ruhmgekröntes Finanzpolitik, die dem badischen Staat formell die Aufnahme von Staatsschulden erspart hat, so dürfen wir doch auch nicht vergessen: Formell haben wir keine Staatsschulden, materiell haben wir Staatsschulden gemacht. Materiell haben wir aber auch manches jahrelang unterlassen, was besser mit Staatsschulden ausgeführt worden wäre (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten).

Der Herr Ministerialdirektor ist dann auch dazu übergegangen, mit Zahlen belegte Prophezeiungen über die künftige Gestaltung des badischen Eisenbahnwesens vorzutragen. Ich will ihm auf dem Gebiet nicht folgen. Ich will auch jetzt die Zahlen nicht prüfen, die in der Denkschrift vorgetragen sind. Nur das eine will ich herausheben: Es ist nach unserer Überzeugung kein Zufall, daß diejenigen Jahre, in denen der badische Eisenbahnbetrieb sich rentierte, zusammengefallen sind mit der Zeit, in der in Baden das Kilometerheft eingeführt war. Alle gehörten Ausführungen machen uns nicht wankend in der Überzeugung, daß die Einführung des Kilometerheftes es gewesen ist, die unser badisches Staatsbahnwesen, unsern Staatsbahnbetrieb für kurze Zeit zu einem rentablen gestaltet hat.

Der Herr Ministerialdirektor hat, wenn ich ihn recht verstanden habe, uns nun irgend welche Hoffnungen auf künftige Rentabilität nicht gemacht. Er hat aber doch den Weg zur sogenannten Gesundung des badischen Eisenbahnbetriebs gezeigt. Allerdings möchte ich ihm auf diesem Wege nicht ganz folgen. Wenn ich ihn recht verstanden habe, hat er gesagt, es sollen künftig nach seiner Meinung nicht bloß die Kosten der Anlage, sondern auch die Kosten des Betriebs gewisser Nebenlinien auf die allgemeine Staatskasse übernommen werden. Wenn er den Weg weiter geht, dann werden wir allerdings bald das Defizit des badischen Eisenbahnbetriebs verschwinden sehen. Es wird dann das Rezept befolgt: Die unrentablen Linien sollen auf die allgemeine Staatskasse übernommen werden, die rentablen Linien sollen aber im ausgeschiedenen Staatseisenbahnbetriebe bleiben. Dann wird schließlich ein besseres Endergebnis der Eisenbahn und des Eisenbahnbetriebs herauskommen. Damit wird uns natürlich nicht geholfen. Das wäre nur eine rechnerische, eine formelle Verschiebung. Die Kosten müßte ja schließlich doch das badische Volk bezahlen. Eines allerdings wollen wir hervorheben: Wir sind erfreut darüber, daß nach den Erklärungen, die abgegeben worden sind, trotz der ungünstigen Finanzlage mit dem Bau auch unrentabler Nebenlinien nicht Einhalt getan werden soll. Wir sind der Meinung, daß diese Politik die richtige ist, daß die indirekte Rentabilität solcher Linien vom Standpunkt des allgemeinen Staatsinteresses nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Und deshalb — das wurde schon von meinem Freunde Kolb herorgehoben — wird wohl bei meinen Freunden unter Umständen Geneigtheit bestehen, die notwendige Dotation zu bewilligen, wenn nach der Finanzlage zurzeit ein anderes Mittel nicht gegeben ist.

Dann noch ein paar Worte zu dem, was der Herr Minister des Groß. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten uns gesagt hat. Seinen Wunsch, daß wir uns

bei anderer Gelegenheit in ausführlicher Weise mit den Angelegenheiten der Eisenbahnverwaltung beschäftigen sollen, werden wir gern erfüllen. Für heute will ich mich auf die Besprechung weniger Punkte beschränken, die der Herr Minister selbst in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen hat, namentlich die Frage des *Alteisenhandels*. Ich muß gestehen, daß die Ausführungen, die der Herr Minister gemacht hat, auf uns nicht sehr überzeugend gewirkt haben. Den Eindruck eines Sachverständigen auf diesem Gebiete hat der Herr Minister nicht gemacht. Was er uns über die Bewegung der Preise auf dem Alteisenmarkt vorgetragen, ich darf vielleicht sagen, vorgelesen hat, das waren Dinge, die aller Wahrscheinlichkeit nach der Geheimrat, der Referent zusammengeschrieben hat, dem unsere Vorwürfe gelten (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Der schwere Vorwurf, der von meinem Freunde Kolb der Eisenbahnverwaltung gemacht wurde, bleibt in vollem Umfange bestehen. Darüber, ob das Endergebnis, der Schaden, der dem badischen Fiskus erwachsen ist, so hoch war, wie wir meinten, oder etwas niedriger, kann ich mir heute ein Urteil nicht erlauben. Aber bestehen bleibt der schwere Vorwurf, daß im Gegensatz zu allen anderen deutschen Eisenbahnverwaltungen und im Gegensatz zu der ganzen Privatindustrie (Abg. *Süßkind*: Sehr richtig!) der badische Staat zwei Jahre lang in den Zeiten der Depression mit den Verkäufen so lange zurückgehalten hat, bis er schließlich durch Platzmangel gezwungen war, zu Verkäufen zu schreiten. Das ist ein Standpunkt, den wir nicht bloß nicht als kaufmännisch, sondern auch nicht als verständig bezeichnen können, und ich weiß nicht, ob der Herr Minister uns ernsthaft zumuten will, wir sollten uns über die Verluste, die so entstanden sind, trösten durch die Tatsache, daß angeblich der badische Staat gleichzeitig ein paar Tausend Mark durch Zukauf von irgend welchen Materialien gewonnen habe. Ich glaube, daß dieser Standpunkt den allerbescheidensten kaufmännischen Lehrlingskenntnissen widerspricht. Dadurch, daß jemand auf einem andern Gebiete vielleicht einen kleinen Profit für sein Geschäft herausgeschlagen hat, der doch gekommen wäre, wird doch nicht die Tatsache aus der Welt geschafft, daß hier schwere Unterlassungen, Fehler vorgekommen sind; denn dieser Profit, der da angeblich gemacht worden ist, steht doch mit der Unterlassung der Verkäufe in gar keinem ursächlichen Zusammenhang! Also ich muß sagen, ich hätte etwas mehr von Seiten der Regierung erwartet. Ich habe aber auch nicht recht verstanden, wie denn die ganze Sache gerechtfertigt werden wollte. Der Herr Minister hat gesagt, die Eisenbahnverwaltung sei in schlimmerer Lage als ein Privatunternehmer; sie habe nicht so viel Ellenbogenfreiheit, sie sei gebunden an Gesetze und Verordnungen. Ich frage: Welche Gesetze oder Verordnungen haben die Eisenbahnverwaltung gehindert, rechtzeitig, wie ein vernünftiger Kaufmann, ihre Bestände zu veräußern? Es gibt keine solchen Gesetze und Verordnungen! Der Herr Minister hat uns gegeben, wir sollten künftig der Eisenbahnverwaltung mehr Ellenbogenfreiheit als bisher gewähren. Auf welchen Gebieten soll diese Ellenbogenfreiheit gewährt werden? Noch niemals hat eine badische Volksvertretung die Eisenbahnverwaltung gehindert, vernünftige, kaufmännische Handlungen vorzunehmen. Im Gegenteil! Ich weiß, daß auf dem früheren Landtag gewünscht worden ist, die Regierung, namentlich die Eisenbahnverwaltung, möge in weitestgehendem Maße zu kaufmännischen Grundsätzen übergehen. Es wurde mit Recht hervorgehoben, daß die Staatsverwaltung bei unseren großen, auch nach anderen Gesichtspunkten zu beklagenden Eisenbahn- und Bahnhofsbauten zugunsten einer Anzahl

von Spekulanten geschöpft worden sei. Damals wurde der Generaldirektion das glänzende Beispiel einzelner Stadtverwaltungen vorgehalten, die sich in den Gemerkungen rechtzeitig Grundstücke sichern, damit sie im Zeitpunkt des Baues nicht hilflos einzelnen Geländespekulanten ausgeliefert sind. Damals wurde in der Budgetkommission und hier im Hause gewünscht, daß die Generaldirektion auf diesem Wege vernünftiger, kaufmännischer Grundsätze weiter schreite, und es wurde ihr Ellenbogenfreiheit in weitestgehendem Maße zugesichert, wenn sie diesen Grundsätzen Rechnung trage. Ich will heute, wie ich versprochen habe, nicht im einzelnen darauf eingehen, inwiefern wir die Durchführung kaufmännischer Grundsätze bei der Eisenbahnverwaltung noch für möglich und für notwendig halten. Die Generaldirektion hat es noch nicht fertiggebracht, durchzusetzen, daß in den vielen badischen Bahnhofswirtschaften auch Bier aus unserer staatlichen Brauerei ausgeteilt wird. Eine kleine Sache, aber welcher andere Unternehmer, dem so viele Wirtschaften zur Verfügung stehen, würde es nicht fertig bringen, diesem ganz bescheidenen Wunsche der Steuerzahler Rechnung zu tragen? Wir hören bei jeder Budgetberatung, daß die Generaldirektion geradezu passiven Widerstand leistet; und doch sollen kaufmännische Grundsätze maßgebend sein, wie der Herr Minister uns vorträgt!

Der Herr Minister ist dann auch in ein paar Worten auf die Frage der Eisenbahnbauten eingegangen. Ich will diese jetzt nicht behandeln, sondern nur einer Stimmung Ausdruck geben, die allerdings in weitesten Volkskreisen herrscht. Man versteht nicht, daß hundert Millionen und mehr für große Bahnhöfe auszugeben werden müssen zu gleicher Zeit, in der man aus Sparsamkeitsrücksichten Streckenarbeiter entläßt. Wenn der Herr Minister uns zu Besichtigungen eingeladen hat, so bin ich ihm für diese Einladung dankbar. Ich darf ihn vielleicht bitten, die Einladung auf die Besichtigung einzelner Neubauten am Bahnhof in Mannheim auszuweiten. Wenn er dort am Rangierbahnhof manches besichtigt, wenn er vielleicht die Verhältnisse in der Schmiedewerkstätte sieht, dann wird er uns recht geben, wenn wir sagen, es besteht eine große Unzufriedenheit mit den Millionenausgaben, denen Ersparnisse gerade auf dem Gebiet der Arbeiterwohlfahrt entgegenstehen. Wenn in der Mannheimer Schmiedewerkstätte derartige Zustände herrschen, daß alle Arbeiter in kurzer Zeit die Lungenheilstätten aufsuchen müssen, weil nicht für genügende Ventilation gesorgt und die Arbeitsstätte derart eng ist, daß die Arbeiter Gefahr laufen, mit dem Hammer ihre Neben- und Hintermänner zu treffen (Abg. Süßkind: Sehr richtig!), so werden Sie verstehen, daß wir den vorgetragenen Grundsätzen zwar zustimmen, aber ihrer Anwendung mit Zweifel und Mißtrauen entgegensehen.

Nun zu meinen Vorrednern. Es ist eigenartig, daß gerade diejenigen Parteien, die sich im Wahlkampf gegen die Behandlung der Finanzreform immer gewehrt haben, nun hier in der Finanzdebatte die Frage mit besonderem Nachdruck und besonderer Ausführlichkeit behandelt haben. Draußen und in der Presse wurde immer ausgeführt, mit der badischen Politik habe die Finanzreform keinen Zusammenhang; hier im Hause aber haben dann die Herren vom Zentrum und von den Konservativen ausführliche Entschuldigungsreden vorgetragen. Ich will dem Herrn Abg. Schmidt-Bretten nicht antworten. Er hat die Mahnung, die gestern der Herr Abg. Fehrenbach an die Mitglieder des Hauses zu richten für nötig hielt, nicht befolgt. Der Herr Abg. Fehrenbach hat gemeint, es gehöre sich nicht,

daß ein Abgeordneter zunächst einen Angriff vortrage und dann davonlaufe. Der ihm nahestehende Abg. Schmidt-Bretten hat gestern abend einen Angriff vorgetragen, und heute morgen, wo er die Antwort hören sollte, ist er nicht zur Stelle. Er hat übrigens mit einer derartigen Ausführlichkeit auch die Finanzreform behandelt, daß man den Eindruck bekommen hat, als ob wir nicht hinter den Wahlen, sondern vor einer Wahl stünden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich will ihm deshalb nicht folgen.

Aber die Liebesgabe, die er sehr eingehend und mit Behandlung der elementaren Grundlage dieser Frage behandelt hat, hat er ja schon eine Antwort von der Ministerbank aus bekommen. Ich weiß allerdings nicht, ob sie ihm gefallen wird. Er hat mit besonderer Betonung vorgetragen, daß zu seinem großen Leidwesen ein Teil seiner eigenen Wähler gar nicht wüßte, was die Liebesgabe ist. (Abg. Kolb: Das weiß er selber nicht!) Nun, wenn seine Wähler wüßten, was die Liebesgabe ist, dann hätten sie ihm die Stimmen nicht gegeben. (Seiterkeit; Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er hat aber durch seine gestrige Auffassung bewiesen, daß die Herren aus seinem Wahlkreis, die über die Liebesgaben nicht Bescheid wissen, sich den richtigen Vertreter gewählt haben. (Seiterkeit.)

Er hat sich dann noch sehr entriistet über angebliche Unwahrheiten, die im Wahlkampf eine Rolle gespielt haben, und in der Beziehung sind ihm die Herren vom Zentrum ja gefolgt. Es liegt mir nun fern, das Kapitel der Wahllügen hier ausführlich zu behandeln, ich will nur zwei Punkte hervorheben. Wenn die Herren Konservativen und die vom Bund der Landwirte über unrichtige Darstellung der Finanzreform sich entriisten, dann sollen Sie sich doch gefälligst an der eigenen Nase zupfen. Jeder, der auf dem Lande draußen zu agitieren hatte, wird mir bestätigen, daß namentlich die kleinen und mittleren Bauern geradezu erstaunt gehört haben, wenn man ihnen vortrug, wie es sich mit der Erbanfallsteuer verhalten hat. (Sehr richtig! links.) Die Leute waren ganz verblüfft, wenn man ihnen gesagt hat, daß Vermögen bis zu 20 000 M. frei bleiben sollten. In Dörfern, in denen kein einziger Landwirt oder Handwerker ein Vermögen über 20 000 M. aufzuweisen hat, haben die Leute sich entriistet, sogar Resolutionen gegen die Erbanfallsteuer gefaßt. Wer hat denn den Leuten diese unrichtige Darstellung gegeben? Niemand anders als der Bund der Landwirte! (Abg. Kolb: Und das Zentrum! Abg. Kopf: Das ist nicht wahr! Abg. Fehrenbach: Ich habe es in allen Versammlungen richtig dargestellt!) Was das Zentrum in der Beziehung gemacht hat, das brauche ich nicht auszuführen. Daß der Herr Abg. Fehrenbach sich gehütet haben wird, etwas derartiges zu sagen, das halte ich für selbstverständlich, schon nach seinem Charakter, aber auch deswegen, weil er den intelligenten Wählern von Freiburg so etwas nicht bieten könnte. (Abg. Fehrenbach: Ich bin im ganzen Lande herumgekommen.)

Ich will nur noch einen Punkt herausheben (Abg. Süßkind: Murgtal!), und da wird der Herr Abg. Dr. Zehnter die Schuld nicht bestreiten wollen. Man hat in der Presse des Zentrums, in Versammlungen des Zentrums, in Flugblättern des Zentrums die ganz infame Lüge gebracht — ich gebrauche absichtlich dieses scharfe Wort —, daß wir Sozialdemokraten uns im Reichstag gegen die Unterstützung der Tabakarbeiter gewendet hätten (Sehr gut! links); das war eine unerhörte Lüge! Sie (zum Zentrum) haben gewußt und wissen es noch, daß wir im Reichstag in der dritten Lesung gegen einen Verschlechterungsantrag des Zen-

trums gestimmt haben, gegen den Antrag, die Unterstützungen für die Tabakarbeiter auf einen bestimmten Betrag von 4 Millionen zu kontingentieren. Wäre der Antrag, den Sie gestellt haben, in der dritten Lesung abgelehnt worden, dann wäre nicht etwa die Unterstützung der Tabakarbeiter durchgefallen, sondern der Beschluß der zweiten Lesung hätte Geltung behalten, wonach die Unterstützung der Tabakarbeiter nach oben nicht beschränkt war (Hört, hört! links). Unter diesen Umständen, die ich bei Ihnen als bekannt voraussetzen muß, war es unerhört, wenn Sie bei der Wahl in zahllosen Flugblättern die Sache so dargestellt haben, als wenn wir uns gegen die Unterstützung der Tabakarbeiter gestimmt hätten. Es ist durch diese unwahre Verheugung soweit gekommen, daß Beamte des Tabakarbeiterverbandes von arbeitslosen christlichen Tabakarbeitern niedergebrüllt worden sind, so waren diese durch die ihnen vorgetragenen Unwahrheiten verheßt worden. Deshalb, glaube ich, daß Ihre Entrüstung über angebliche Unwahrheiten im Wahlkampf auf das richtige Maß zurückgeführt werden muß. Sie haben keinen Grund zu klagen! Wenn da oder dort im Wahlkampf, keineswegs immer aus bösem Willen, vielleicht Steuerfragen nicht korrekt dargestellt worden sind, so bedauern wir das, wir bedauern das umsomehr, weil nach unserer Überzeugung die Gegner der Reichsfinanzreform nicht nötig hätten, unrichtige Darstellungen zu machen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Wahrheit allein spricht gegen Sie. (Sehr gut! links.) Es hätte Ihnen auch da die Regierung nicht helfen können, denn die Regierung war mitschuldig, und wenn der Herr Abg. Fehrenbach dem Wunsch oder der Hoffnung Ausdruck gegeben hat, daß er gestern zum letzten Male über die Frage der Finanzreform geredet habe, so kann ich ihm nicht die Hoffnung machen, daß wir in Zukunft ihm nicht wieder Gelegenheit geben, seine Partei zu verteidigen. Er wird hier und im Lande draußen noch sehr, sehr oft die Haltung seiner Partei namentlich gegenüber der Erbanfallsteuer zu hören bekommen, nicht bloß wegen der wirtschaftlichen Seite der Sache, nicht bloß wegen der Bevorzugung der Großen zum Nachteil der Kleinen, sondern wegen der politischen Seite. Das Volk draußen vergißt nicht, daß die Konservativen die Ablehnung der Erbanfallsteuer in erster Reihe damit begründet haben, sie wollten einem Parlament, das aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangen ist, nicht die Verfügung über eine solche Steuer überlassen (Sehr gut! links). Damit hat sich die Ablehnung der Erbanfallsteuer zu einer Demonstration gegen das Reichstagswahlrecht gestaltet (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und diese Demonstration gegen das Reichstagswahlrecht ist nur dadurch möglich geworden, daß das Zentrum mitgemacht hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie (zum Zentrum) haben gegen das Reichstagswahlrecht mit den Konservativen zusammen demonstriert, und damit auch dem Mindesten über den wahren Charakter des Zentrums die Augen geöffnet. Wenn ich beifüge, daß in künftigen Jahren auch die Seite der Finanzreform nicht vergessen werden wird, die sich auf die Wahlversprechungen bezieht, so sage ich damit auch etwas, was Sie nicht bestreiten werden. In allen Dörfern, wo die politische Aufklärung Einzug gehalten hat, konnte man hören, daß das Zentrum vor dem letzten Wahlkampfe, den es gegen die Liberalen geführt hat, gesagt hat, wenn ihr liberal wählt, dann bekommt ihr Steuern auf Tabak, Bier und Schnaps! Hiermit vergleichen Sie die bekannte Broschüre des Zentrumsabgeordneten Erzberger. Nachdem aber die Wahl vorbei war, haben Sie die Steuern gemacht, die nach Ihren Behauptungen angeblich die Liberalen dem Volke angedroht haben.

Der Hauptzweck der Budgetdebatte ist nun ja eigentlich nicht der, daß die Parteien sich gegenseitig ihre Sünden oder ihre Verdienste vorrechnen, sondern der verfassungsmäßig gewollte Hauptzweck der Finanzdebatte ist die Auseinandersetzung zwischen der Volksvertretung und der Regierung. Die Regierung soll uns ihre Grundsätze vortragen, und die Volksvertretung soll sich dazu äußern. Dieser Hauptzweck der Budgetdebatte ist nach dem Eindruck, den wir haben, jetzt nur zum Teil erreicht worden; die notwendige Klärung zwischen dem Volke und der Regierung ist noch nicht ganz eingetreten.

Der Herr Staatsminister von Dusch, der, er wird mir das nicht übel nehmen, kein großer Freund politischer Klärungsdebatten ist (Geisterheit bei den Sozialdemokraten), hat ausgeführt, daß die Regierung nach wie vor altliberale Politik treibe. Er muß uns gestatten, daß wir diese Erklärung etwas unter die Lupe nehmen; denn sie leidet an ungewöhnlicher Undeutlichkeit. Er muß uns gestatten, daß wir fragen, was ist denn diese altliberale Politik? (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Denn wenn wir in der Geschichte des altliberalen Liberalismus zurückgehen, da gibt es wohl Zeiten, auf die nicht bloß die Liberalen sondern das ganze badische Volk stolz sein können, es gibt dann allerdings auch wieder eine Periode, in der der altliberale Liberalismus einen Tiefstand der badischen politischen Entwicklung bedeutet. Es gibt eine Zeit, in der diese altliberale Politik darin bestand, daß auf kirchlichem Gebiete Kulturkampf getrieben wurde, daß auf wirtschaftspolitischen Gebiete die Arbeiterbewegung verfolgt wurde und daß auf rein politischem Gebiete der Einführung des direkten Wahlrechts entgegengetrieben wurde. Ist das die „altliberale“ badische Politik, die der Herr Minister für wünschenswert hält? Ist das die Politik, die er bevorzugen würde? Er hat sich zu einer Politik bekannt, die nicht existiert. Der Altliberalismus ist ein Begriff, mit dem wir nichts anfangen können (Sehr wahr!). Wir können uns nur an konkrete Parteien halten, wie sie da sind. Der Herr Minister bekennt sich nicht zur Politik einer der hier im Hause vorhandenen liberalen Parteien. Ich will übrigens ausdrücklich hervorheben: Wenn ich vorhin diese schlimme Zeit einzelner Entwicklungsphasen des badischen Liberalismus betonte, so will ich niemand wehe tun. Ich weiß, daß in dieser Zeit auch im Liberalismus Männer gewirkt haben, die glänzende Seiten persönlichen und politischen Charakters gehabt haben. Wir verstehen diese Dinge historisch, sie sind so geworden und haben sich geändert. Die Parteien ändern sich wie die Menschen im Laufe der Entwicklung und unter dem Druck der Entwicklung. Aber mit dem, was der Herr Minister uns gesagt hat, können wir nicht viel anfangen; er hat im Grunde genommen gehandelt nach dem Spruch: „Zu welcher Politik ich mich bekenne? Zu keiner! Warum? Aus Politik!“ (Geisterheit links).

Nun ist aber mit Recht gefordert worden, daß wir die Regierung nach ihren Taten beurteilen sollen. Das ist eine Forderung, die gerecht ist. Vor zwei Jahren haben wir an der Regierung tabeln müssen, daß sie in Widerspruch mit dem Geist unserer Verfassung sich in Geschäfte der Volksvertretung eingemischt hat, in die Wahl des Präsidiums. Ich konstatiere gerne, daß eine derartige Einmischung vor der Wahl diesmal unterblieben ist. Es wurde aber früher von Seiten des Zentrums getadelt, daß die Regierung sich nicht in die Wahl eingemischt habe, daß sie im Jahre 1905 ruhig habe geschauen lassen, wie sich verschiedene Parteien im Land mit der Sozialdemokratie verbündet hätten.

Diesmal ist die Regierung dem Tadel ausgewichen und hat durch einen Artikel in der „Karlsruher Zeitung“ sich die lobende Anerkennung der Zentrumsredner verdient. Es ist keine so ganz leichte Frage, wie sich denn die Regierung bei den Wahlen verhalten soll. Man hat jetzt drüben in England große allgemeine Wahlen, da ziehen die Minister von Versammlung zu Versammlung, gehen in die kleinsten Arbeiterkreise und stehen dort auf Stühle und halten in Ruf und Rauch große Reden über die Politik der Regierung. Das hat nichts Komisches, sondern etwas sehr Erfreuliches an sich, wenn die Regierung sich so unmittelbar abhängig fühlt von dem Willen und der Entscheidung auch des niedersten Mannes im Volke (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten). Aber es ist da ein Unterschied: England hat seine parlamentarische Regierung. Nach dem Ausfall der Wahlen, nach der Mehrheit, die sich ergibt, wird die Regierung gebildet und die Minister wissen, wenn das Volk sie nicht wieder in das Parlament schickt, kommen sie auch nicht wieder auf die Ministerbänke. Bei uns in Baden haben wir leider noch kein parlamentarisches Regime. Die Regierung nimmt für sich in Anspruch, daß sie ein Beamtenministerium ist, daß sie nicht in direkter Abhängigkeit von dem Ausfall der Wahlen steht. Sie nimmt für sich in Anspruch, daß sie über den Parteien lediglich das Wohl des Landes, nicht das einer Partei, zu verfolgen habe.

Von diesem Standpunkt der Regierung aus muß aber ihr Eingreifen in den Wahlkampf aufs allerhöchste verurteilt werden (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Es war viel schlimmer, als wenn die Regierung sich von vornherein für oder gegen eine bestimmte Richtung erklärt hätte. Die Regierung hat in diesem Artikel der „Karlsruher Zeitung“ gesagt: „An sich ist es uns ganz gleich, wie die Parteien wählen; nur eines sollen sie nicht tun, sie sollen nicht zusammengehen mit der Arbeiterpartei, der sozialdemokratischen Partei.“ Damit haben Sie einem großen Teil des badischen Volkes eine schwere Kränkung zugefügt! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben versucht, uns außerhalb des politischen Lebens zu stellen, und das ist der schwere Vorwurf, den wir der Regierung machen. Sie wollten uns damit unter ein ungeschriebenes Ausnahmegesetz stellen (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), und das lassen wir uns von der badischen Regierung nicht gefallen. Keine noch so wohlwollend klingenden Ausführungen täuschen uns nun darüber hinweg, daß die Regierung, die sich für unparteiisch erklärt hat, in Wahrheit eine gegen die Arbeiter gerichtete Parteiregierung sein will (Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten).

Wir haben besonders bedauert, daß diese Politik von einem Manne gemacht und vertreten worden ist, von dem wir besseres erwarten durften. Ich sage es ganz offen, daß der Herr Minister von Bodman sich durch sein Vorgehen in einzelnen Arbeiterfragen, bei der Arbeitslosenversicherung, bei der Frage der Arbeitskammern, große Sympathien in der badischen Arbeiterschaft erworben hat. Ich sage es ganz offen, daß seine Praxis, die Gewerkschaften ohne Rücksicht auf ihre politische Parteistellung bei wichtigen Fragen zu hören, in den Kreisen der badischen Arbeiterschaft wohlthuend berührt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Aber es ist ein unlösbarer Widerspruch, daß man der Arbeiterbewegung gerecht werden will auf wirtschaftlichem Gebiet und auf politischem Gebiet sie im Ausnahmezustand erhalten will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er hat mit Recht gesagt, die Arbeiterbewegung sei etwas Kompliziertes. Ich darf mir erlau-

ben, ihm das zurückzugeben. Der Herr Minister von Bodman selbst ist politisch eine komplizierte Natur. Er gibt sich offenbar Mühe, die sozialpolitischen Wünsche und Bestrebungen der Arbeiterschaft zu würdigen, übersieht aber, daß die politische Seite der Arbeiterbewegung unmöglich getrennt werden kann von den gewerkschaftlichen Bestrebungen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nun hat er ja ausdrücklich versichert, daß er uns auch fernerhin wohlwollend behandeln wolle. Herr Minister! Die badische Arbeiterschaft verlangt von Ihnen in erster Reihe nicht Wohlwollen, sondern gleiches Recht! (Sehr richtig! sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das ist der Weg, den Sie gehen müssen.

Nun hat der Herr Minister von Bodman mit der Offenheit, die wir an ihm schätzen, ja sofort auch die vollen Konsequenzen aus seiner Auffassung der politischen Situation gezogen. Er hat sich nicht bloß zu jenem Artikel in der „Karlsruher Zeitung“ bekannt, er hat auch gesagt, das müsse Konsequenzen für die ganze Politik haben. Er hat über die Beamten gesprochen, die den Sozialdemokraten ihre Stimme geben, und hat da unterschieden: Wenn ein Beamter einen Sozialdemokraten wähle aus taktischen Gründen oder weil er verärgert sei, so sei das nicht schön. Auf diese Schönheitsfrage will ich nicht eingehen; ob schön oder nicht, das sind Geschmackssachen. Er hat aber weiter gesagt: Wenn einer einen Sozialdemokraten wähle nicht aus Verärgerung sondern aus Überzeugung, dann würde er ihm den Rat geben, daß er den Abschied nehme. Ich kann dem Herrn Minister von Bodman versichern: Wenn dieser sein Rat befolgt würde, so gäbe das im badischen Staat ein großes Abschiednehmen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und Sie würden vielleicht erleben, daß ein erheblicher Teil, gerade die tüchtigsten Beamten, ihren Abschied nehmen müßten (Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Wenn ich aber, was ich befürchte, seine Ausführungen so verstehen müßte, daß er den Beamten nicht bloß den Rat gibt, in solchem Falle den Abschied zu nehmen, sondern daß er diesen Abschied auch durch disziplinäre Maßregeln erzwingen wollte, dann müßte mein Urteil noch viel schärfer lauten, denn dann würde er nach unser aller Überzeugung eine ungesetzliche Maßregel androhen. Es gibt nach der Verfassung und nach dem Beamtengesetz, die allein das Verhältnis der Staatsdiener regeln, keine mystische, unklare Treupflicht, die nicht im Befehle begründet wäre, und ich kann nicht zugeben, daß derjenige Beamte, der im Dienste seine Pflicht tut, außerhalb des Dienstes sich der nötigen Achtung und des Vertrauens unwürdig macht, wenn er gemäß seiner Überzeugung einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgibt. Im Gegenteil, ich glaube, daß der Beamte, der gegen seine Überzeugung aus Angst vor der Regierung einen anderen Stimmzettel abgibt, der Achtung und des Vertrauens unwürdig wäre (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Das Volk braucht als Beamte keine Kreaturen, es will Charaktere haben, und es ist auch ein Staatsinteresse, daß wir in der Beamtschaft Charaktere haben. Ich glaube, es wäre besser, auf dem Wege, den Sie hier eingeschlagen haben, nicht weiter zu gehen und im Beamten den Menschen zu achten und den freien Staatsbürger! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Minister hat schließlich seine Stellung mit einer Ausdrucksweise begründet, die man sonst fast nur in norddeutschen Militärvereinsreden findet. Er hat die bedauerliche Unterscheidung zwischen sogenannten „nationalen“ Parteien und der sozialdemokratischen Partei zu seiner eigenen gemacht. Wir müssen dagegen aufs

allerschärfste protestieren! Ich halte es für eine Annäherung, wenn eine politische Partei sich als „nationale“ Partei bezeichnet, und es wäre eine Schande für das deutsche Reich, wenn das Ausland den Eindruck gewänne, daß die dreieinviertel Millionen Männer, die sich bei der letzten Reichstagswahl zur Sozialdemokratie bekannt haben, antinational gesinnt wären (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Wie wäre es gestellt mit der Wehrkraft des deutschen Volkes, wie wäre es gestellt mit der Sicherheit des deutschen Reiches und unserer Grenzen, wenn die Millionen von Männern, die die Militärvereine außerhalb der nationalen Richtlinie stellen wollen, antinational gesinnt wären? Ich glaube, wir sollten auch in Deutschland zu der Gewohnheit des Auslandes kommen, daß man als selbstverständlich annimmt: alle Männer, alle Deutschen, alle Parteien wollen auf ihre Weise das nationale Beste; und wenn die Wege abweichen, so ist das noch kein Grund, dem anderen dann das nationale Wollen abzuspochen. Wir sind der Überzeugung, daß es eine eminent nationale Tat ist, wenn wir die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der Arbeiterschaft zur Tatsache machen wollen, wenn wir das Selbstbewußtsein der Arbeiter stärken, wenn wir sie zur allgemeinen Überzeugung bringen, daß es ihre Pflicht sei, überall mitzuschaffen, die Macht der durch Zahl schon sich auszeichnenden Arbeitermasse auch im Staate zum richtigen Ausdruck zu bringen. Unsere Überzeugung ist, daß durch Reden, wie sie von der Ministerbank gehalten worden sind, kein anderer Zweck erreicht werden kann — ich weiß nicht, ob er erreicht werden will — als die Stärkung des Zentrums (Abg. Kolb: Sehr richtig!).

Herr Minister von Bodman hat eine etwas unklare Wendung gebraucht. Er hat seine Haltung in der „Karlsruher Zeitung“ damit erklärt, daß die Gefahr einer Zentrum-konservativen Mehrheit durch den ersten Wahlgang abgewehrt gewesen sei. Es wäre mir interessant, bestätigt zu finden, ob der Herr Minister von Bodman mit uns und mit den Liberalen eine Mehrheit des Zentrums und der Konservativen für eine Gefahr für das badiſche Land halten würde (Sehr gut! links).

Es ist recht bezeichnend, daß die „alliberale“ Politik des Ministeriums volle Zustimmung bisher nur bei dem Redner des Zentrums gefunden hat. Der Herr Abg. Fehrenbach hat allerdings die „alliberale“ Politik des Herrn Staatsministers in einer Weise interpretiert, daß diese alliberale Politik der Zentrumspolitik ähnlich sieht wie ein Ei dem anderen (Seiterkeit links).

Der Herr Abg. Fehrenbach hat im Anschlusse an diese seine Erklärung dann die Nationalliberalen oder einen Teil von ihnen in einer Form umworben, wie wir es im Wahlkampfe nicht gewohnt waren. Wir haben daraus nur die Überzeugung gewonnen, daß das Zentrum in seiner Isolierung sich nicht wohl fühlt, und daß die schwere Enttäuschung über den Ausgang der letzten Wahlen in Ihren Reihen noch nicht verschwunden ist. (Abg. Fehrenbach: Wir fühlen uns immer noch wohlher als die Nationalliberalen in Ihrer Umklammerung!) Ich möchte nicht untersuchen, wie wohl es den Nationalliberalen in der Umklammerung des Zentrums wäre. (Große Seiterkeit.) Sie haben gestern den Versuch gemacht, einen Teil der Nationalliberalen wegzuloben. (Sehr richtig! links.) Ich muß gestehen, es ist nicht nach meinem Geschmack, daß Sie direkt Namen von solchen Kandidaten der Gegenpartei genannt haben, die Sie für würdig hielten, in Ihren Rechtsblock einzutreten.

Sie haben zur Erreichung dieses politischen Zweckes, zur Erschütterung eines Teiles der Nationalliberalen, nun

ein Mittel angewandt, das ich nur aufs allerſchärfste bedauern kann. Sie haben versucht, das monarchische Empfinden einzelner Parteien im Hause für Ihre politischen Zwecke auszuschlachten. Sie haben behauptet, daß bei der Präsidentswahl die Nationalliberalen als monarchistische Partei sich etwas vergeben hätten. Sowohl in der Wahlagitation wie gestern wieder hat das Zentrum, hat der Herr Abg. Fehrenbach die Bedeutung der Präsidentswahl in einer Weise aufgebauscht, wie sie bei einem Politiker nicht vorkommen sollte (Sehr richtig! links). Man kann doch die ganze badiſche Politik, die so viele wirtschaftliche und geistig-kulturelle Fragen umfaßt, nicht von dieser einen kleinen Frage aus beurteilen! Ich nehme an, daß auch der Herr Abg. Fehrenbach mir zustimmen wird, daß die Präsidentsfrage im Grund genommen eine kleine Frage ist.

Herr Fehrenbach hat im Verlaufe seiner Ausführungen pathetisch ausgerufen: Der Großherzog gehört auch zur Verfassung! Ich bin der Meinung, daß dieses Verhalten schwer vereinbar ist mit den Tatsachen, die der Herr Abg. Fehrenbach gefannt hat. Der Herr Abg. Fehrenbach hat durch seinen Ausruf es so darzustellen gesucht, als ob von der sozialdemokratischen Partei die Eigenschaft des badiſchen Fürsten als Faktor der Verfassung irgend einmal in Frage gezogen worden wäre. Das ist eine unrichtige Darstellung, wie der Herr Abg. Fehrenbach wissen muß. Er hat selbst vor zwei Jahren, wie er vorhin erzählte, die Verhandlungen geführt, und da weiß er, daß von der sozialdemokratischen Partei jetzt wie früher immer erklärt worden ist: Alle Pflichten, die uns die Verfassung und die Geschäftsordnung auferlegen, wird der von uns präsentierte Vertreter im Präsidium erfüllen, gleichgiltig, ob der Verfassungsfaktor, um den es sich handelt, ein Fürst oder ein Minister ist; er wird immer die Kammer repräsentieren, wenn es die Verfassung und die Geschäftsordnung verlangt. Nur soweit darüber hinaus noch da und dort vielleicht Wünsche bestehen, wurde Herr Fehrenbach erklärt, würden wir Verpflichtungen nicht auf uns nehmen; wir würden aber selbstverständlich nicht protzieren, wir würden mit Takt den Empfindungen der anderen Mitglieder des Hauses begegnen.

Das war unsere Stellung, und wie demgegenüber der Herr Abg. Fehrenbach ausrufen kann: Der Großherzog gehört auch zur Verfassung!, das verstehe ich einfach nicht! (Abg. Fehrenbach: Das ist eine falsche Darstellung!) Sie haben gestern die Sache so dargestellt; was ich sagte, entspricht Wort für Wort dem, was geschehen ist! (Abg. Fehrenbach: Aber der Abg. Eichhorn hat gesagt, er übernehme die Verpflichtung nicht!) Ich kann nur erklären, daß unsere Fraktion beschloffen hat und erklären ließ, was ich gesagt habe, und ich schildere Ihnen nur den Standpunkt, auf dem unsere Partei heute noch steht. Wenn über diese Verpflichtungen der Geschäftsordnung oder der Verfassung hinaus unser Vertreter im Präsidium mehr nicht konzederen zu können glaubte, so meine ich, ist das etwas, was ein ehrlücher Gegner, auch wenn er monarchisch gesinnt ist, verstehen muß. (Sehr richtig! links.)

Vielleicht ist das Zentrum an der Entwicklung der Dinge nicht so ganz unschuldig. Ich darf Sie daran erinnern, wie das Zentrum im Wahlkampfe fast in jeder Versammlung und in vielen Flugblättern geflistentlich hervorgehoben hat, jener Artikel in der „Karlsruher Zeitung“ sei auf die Initiative des Großherzogs zurückzuführen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), er stehe direkt im Einklange mit den unmitttelbaren Wünschen des Fürsten. Ich darf Sie auch daran erinnern, wie vor der Eröffnung des Landtags in den Zentrumsblättern ausposaunt und jubelnd verkündet worden ist, der Groß-

Herzog eröffne diesmal den Landtag nicht persönlich, weil er sich über den Ausfall der Landtagswahlen ärgere.

Wer hat denn da das monarchische Empfinden geschädigt, wenn nicht Sie? Können Sie es einem Vertreter unserer Partei übel nehmen, wenn er sich sagt: Vielleicht oder wahrscheinlich ist es dem Fürsten angenehm, wenn ich ihn vor der Gefahr behüte, mit dem Vertreter einer Partei zusammenzukommen, die er selbst so ausgesprochen und energisch bekämpft? Ist das nicht ein Standpunkt, den auch Sie würdigen müssen? Ist das aber auch nicht eine Situation, die Sie selbst mit herbeigeführt haben? (Abg. Kolb: Sehr wahr!)

Nun, Herr Abg. Fehrenbach, haben Sie sich sogar dazu verpflichtet, zu sagen, es könnten Situationen eintreten, in denen infolge der Beteiligung der Sozialdemokraten am Präsidium die bairische Volksvertretung vielleicht ohne Repräsentation gegenüber dem Fürsten sei. Ich glaube, so spricht man nicht zu erwachsenen Männern (Sehr gut! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Lachen beim Zentrum). Wenn aber Herr Fehrenbach wirklich diese Befürchtung haben sollte, dann — verzeihen Sie mir, wenn ich persönlich werde — verstehe ich nicht, Herr Abg. Fehrenbach, warum Sie die Wahl zum Ersten Vizepräsidenten nicht angenommen haben (Sehr richtig! links). Da hätten Sie doch die Möglichkeit gehabt, dafür zu sorgen, daß jederzeit ein monarchistisch unbedingt zuverlässiger Mann die Repräsentation übernommen hätte (Zustimmung links). Sie werden mir antworten: Ja, ich habe Parteirücksichten genommen; die Lage unserer Partei, die mangelnde Rücksicht auf unsere Stärke, hat mir nicht erlaubt, das anzunehmen. — Ich meine, ein Mann, der mit geradezu religiöser Begeisterung seine monarchistische Gesinnung vorträgt, der hätte Parteirücksichten hinter seine monarchischen Sorgen zurückstellen müssen, wenn die monarchischen Sorgen so ernst genommen werden mußten, wie es gestern dargestellt wurde. (Abg. Fehrenbach: Ich bin nicht dazu da, um in eine Lücke einzutreten, die Andere gerissen haben.) Sie als Monarchist wollen nicht in eine Lücke eintreten, die Andere gerissen haben, wenn es sich darum handelt, die Gefahr abzuwenden, die dem Fürstenhaus droht! (Zustimmung links).

Ich will auch betonen, daß wir ein für allemal dem Zentrum den Verstoß abspitzen, sich als Lehren des monarchischen Empfindens aufzuspielen. Ich habe schon davon gesprochen, welcher schlechter Dienst der Monarchie durch das Vereinzeln des Landesfürsten in den Wahlkampf geleistet worden ist; es ist der Monarchie sicher auch kein Dienst geleistet worden durch die Verbreitung jenes Waldmichelwerkes, das den verstorbenen Großherzog Friedrich in einer Weise kennzeichnet, wie es noch niemals ein Sozialdemokrat getan hat (Sehr richtig! links). Abg. Kolb: Die bringen alles fertig! Abg. Dr. Schofer: Man sollte nicht annehmen, daß man nicht einmal seine Meinung öffentlich sagen darf! Ich freue mich, wenn Sie Ihre Meinung öffentlich sagen, Herr Abg. Dr. Schofer, sagen Sie sie nur recht oft genug öffentlich (Geisterzeit), ich glaube, daß in unserem Lande das politische Leben und die politische Moral nur gewinnen können, wenn wir Ihnen Gelegenheit geben, recht oft und recht öffentlich Ihre politischen Ziele zu verkünden. (Abg. Dr. Schofer: Seien Sie nur so aufrichtig wie ich!)

Im Verfolg seiner politischen Ziele und um einen Teil der Nationalliberalen von ihrer Großblockpolitik abzulösen, hat dann der Herr Abg. Fehrenbach den Versuch machen müssen, uns, die Sozialdemokraten, unsere Ziele und Lehren herabzusetzen, und er glaubte, uns wehe zu tun, wenn er hervorhob, daß ein guter Teil der besten Gedanken des Sozialismus in den

historischen Ideen des Christentums enthalten sei. Wir haben das nicht bestritten (Zustimmung), im Gegenteil, seit den ältesten Zeiten der sozialdemokratischen Agitation haben wir das herborgehoben (Sehr richtig! links). Und es ist das auch historisch wahr, was der Herr Abg. Fehrenbach gesagt hat, daß der große Grundgedanke der Gleichheit vor Gott in der Geschichte eine wirksame revolutionäre Idee gewesen ist: Die puritanischen Revolutionäre in England und die aufrührerischen deutschen Bauern sind mit Zitaten aus Gottes Wort, aus der Bibel, in den Kampf gezogen. Es ist kein Zweifel, daß diese Gleichheit vor Gott, die das Christentum gelehrt hat, die Konsequenz nahelegt und immer nahegelegt hat, daß auch die Folgerung der Gleichheit des Rechtes auf Erden daraus gezogen wird (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten).

Damit hat uns der Herr Abg. Fehrenbach nicht wehe getan, wenn er diesen innigen Zusammenhang der sozialdemokratischen Ideen mit den christlichen Ideen vortrug. Ich will aber hervorheben, daß sich das Zentrum diese Verdienste des Christentums keineswegs auf eigene Rechnung schreiben darf (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten; Auf links: Im Gegenteil! Geisterzeit). Das Zentrum hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte zu einer Partei entwickelt, die nicht die Interessen der Armen und Verfolgten sondern die Wünsche der Reichen und Großen berücksichtigt (Sehr richtig! Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten). Ich will das Zentrum nicht ohne weiteres mit den Katholikentagen identifizieren, aber einen innigen Konnex dieser Veranstaltungen mit Ihrer Parteibewegung wird Niemand bestreiten wollen, und da darf ich doch daran erinnern, daß das „Bayerische Vaterland“ und andere Zentrumsblätter herborgehoben haben, daß die Katholikentage immer mehr und mehr zu deutschen Adelstagen werden (Oho! beim Zentrum).

Dann hat der Herr Abg. Fehrenbach zum gleichen politischen Zweck vorgetragen, daß wir Sozialdemokraten trotz unseres Programmpunktes antireligiös seien; und mit besonderer Entrüstung hat er kritisiert, daß wir selbst an Weihnachtstagen agitatorische Gedichte und Artikel veröffentlichten. Ich will demgegenüber hervorheben, daß auch ohne unsere Agitation ein großer Teil der deutschen Arbeiter, die unter der Politik des Zentrums leiden, am Weihnachtsabend keine friedlichen Weihnachtsgedanken gehabt hat. Wenn Sie in die Wohnung der arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter am Weihnachtsabend hineingekommen wären, hätten Sie, trotz der Unterstützung, die diese Arbeiter bekommen haben, doch keine friedliche Feststimmung, sondern Kampfesstimmen gegen die Parteien, die diese Zustände verschuldet haben, gefunden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich will aber auch erwähnen, daß die Rücksicht auf das Weihnachtsfest, die der Herr Abg. Fehrenbach bei uns vermisst, bei den herrschenden Gewalten auch nicht immer vorhanden war. Vor einem Jahre haben wir in Mannheim einen Parteiveteranen, meinen Freund Parteisekretär Schäfer begraben: Der ist f. St. mit vielen anderen, größtenteils verheirateten Arbeitern gegen Ende des Sozialistengesetzes zum Weihnachtsabend aus Frankfurt ausgewiesen worden! (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten). Abg. Kolb: Er ist wahrscheinlich zur Verschierung abgeholt worden! In Krimmitschau hat die herrschende Gewalt den streikenden Webern die Weihnachtsfeier verboten, weil sie befürchtet hat, daß die hungernden Arbeiter nicht von den friedlichsten Gefühlen besetzt wären angesichts des brennenden Friedensbaums und angesichts der Not, die sie empfanden.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat in seinem Bestreben



uns zu isolieren, noch zu einem ganz verfehlten Mittel gegriffen. Er hat uns vorzuwerfen gesucht, daß wir Schuld daran seien, wenn jetzt in einzelnen Städten, die noch Verbrauchsabgaben haben, diese Verbrauchsabgaben wegfallen. Wir nehmen diese Schuld gern in Anspruch für uns, wir halten es für ein Verdienst, wenn wir den arbeitenden Klassen in den Städten diese Verbrauchsabgabe auf Brot, Fleisch und andere Dinge abnehmen, und wir freuen uns, wenn Sie diesen Vorwurf auch in den Versammlungen recht oft wiederholen.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat dann auch mir persönlich noch einen Vorhalt gemacht aus der Resolution einer Organisation in Mühlhausen, die vor zweiundeinhalb Jahren in der damals von mir herausgegebenen „Jungen Garde“ veröffentlicht worden ist. Diese Resolution wendete sich gegen den Militarismus, und der Herr Abg. Fehrenbach hat mit einer Geschwindigkeit, die rednerisch eine Leistung war, aus dem Militarismus das deutsche Heer gemacht und hat es so dargestellt, als wenn nicht der Militarismus sondern das deutsche Heer als Verteidigungseinrichtung von uns bekämpft würde. Das ist nicht wahr, Herr Abg. Fehrenbach! Wir sind der Meinung, daß die allgemeine Wehrpflicht, wie sie von Scharnhorst gedacht war, ein großer demokratischer Gedanke gewesen ist. Das Volk in Waffen ist überall die Ergänzung der demokratischen Rechte, die dem Volke zu geben sind, und nicht wir haben diese Einrichtung bekämpft sondern Ihre klerikalen Gesinnungsgenossen, die sich jetzt drüben in Belgien der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht widersetzt haben! Wir sind nur der Auffassung, daß im Verlauf der Jahrzehnte aus dem Scharnhorstischen Gedanken der Volksbewaffnung und des Volksheeres das Gegenteil geworden ist. Wir sind der Meinung, daß das Heer sich zu einem selbständigen Körper im Volkskörper entwickelt hat, und wenn der Herr Abg. Fehrenbach mit so großer Begeisterung das Heer, wie es jetzt existiert, gepriesen hat, so meine ich, es wird das etwas sein, was das Volk draußen sich merken muß. Sie (zum Abg. Fehrenbach) sind so begeistert vom Heer und seinem Zustande, wenn Sie auch einzelne kleine Schönheitsfehler zugeben. Wollen Sie denn bestreiten, daß die Soldatenmishandlungen im deutschen Heere noch einen Umfang haben, der sehr beschämend ist? Jetzt erst kam wieder die Nachricht, ich glaube aus Offenburg, daß ein Mann infolge der schweren Leiden, die er durchzumachen hatte, Selbstmord verübt hat (der dritte Mann in kurzer Zeit). Wollen Sie aber auch bestreiten, daß, wenn diese Soldatenmishandlungen etwas weniger geworden sind, das hauptsächlich zurückzuführen ist auf die scharfe Kritik, die die Sozialdemokratie — ich nenne den Abg. Weber — Jahre lang geübt hat? Wir haben uns gefallen lassen müssen, daß wir als Vaterlandsfeinde hingestellt worden sind, weil wir es wagen, diese Dinge vorzutragen, und schließlich hat man zugeben müssen, daß diese Mißstände in weitgehendstem Maße bestehen und daß dadurch dem Volke, dem Arbeiter und den anderen, der Heeresdienst berekelt wird, nicht durch Agitatoren, nein, durch die Leute, die verantwortlich sind für die Zustände im deutschen Heere. Viel schlimmer noch sind die Wirkungen des Militarismus, die sich ins bürgerliche Leben hinein erstrecken (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Ich frage den Herrn Abg. Fehrenbach, ob er, der so begeistert vom deutschen Heere ist, noch nichts gehört hat vom Militärboykott, ob er noch nichts davon gehört hat, daß auch im Süden — ich erinnere an Mainz, Offenburg, Lahr —, in seinem eigenen Wahlkreise Geschäftsleute, die mitzahlen müssen bei den Steuern, ihre Lokale

gesperrt bekommen, weil dort sozialdemokratische Versammlungen stattfinden? Man hat selbst Zigarrenläden gesperrt, weil Sozialdemokraten Inhaber der betreffenden Lokale waren. Ich habe noch nie gehört, daß auch beim Zahlen der Steuern der Militärboykott gegen die Sozialdemokraten durchgeführt wird. Leute, die mittragen müssen an den Lasten des Landes, Leute, die mit ihre Steuern an Geld und an Blut bringen müssen, werden planmäßig durch diesen Militärboykott unter Ausnahmerecht gestellt. Es wäre wünschenswerter gewesen, wenn der Herr Abg. Fehrenbach diese Seite des Militarismus betrachtet hätte, statt das deutsche Heer mit der ganzen Begeisterung zu preisen, wie wir sie aus den Kriegervereinen gewöhnt sind. (Abg. Fehrenbach: Ich bin nicht Mitglied eines Kriegervereins). Wenn der Herr Abg. Fehrenbach nicht im Kriegerverein ist, dann muß ich ihm aber bezeugen, daß er würdig wäre, Mitglied zu werden (Abg. Kolb: Vorstand! Geiterkeit).

Ich nenne noch eine Wirkung des Militarismus, der gefeierten sogenannten Disziplin, auf das bürgerliche Leben. Haben wir nicht erleben müssen, daß ein Mitglied des Reichstagspräsidiums, der Herr Abg. Baasche, in Gefahr war, ein Disziplinarverfahren zu erleiden wegen Äußerungen, die er in seiner Eigenschaft als Volksvertreter im Reichstage gemacht hat? Haben wir es nicht erleben müssen, daß Reserveoffiziere wegen ihrer Abstammung gemahregelt worden sind? Haben wir nicht erleben müssen, daß Leute wegen ihrer Zugehörigkeit zu katholischen Organisationen nicht Reserveoffiziere geworden sind? Und doch Ihre Begeisterung, Herr Abg. Fehrenbach, für das deutsche Heer! (Abg. Fehrenbach: Es ist eben nichts vollkommen, auch beim Heere nicht). Daß im Leben nichts vollkommen ist, das wissen wir genau. Es fragt sich nur, ob nicht ein Moment eintritt, in dem nach einem Wort von Marx die Quantität in die Qualität umschlägt, ob nicht ein Moment kommt, in dem die Mißstände so schwer und so zahlreich sind, daß wir sagen müssen: Die ganze Grundlage dieser Einrichtung ist eine verfehlte, ist eine antidemokratische, es ist eine Einrichtung, die bekämpft werden muß von jedem, der den Anspruch auf den Titel eines wahren Volksvertreters machen will.

Der Herr Abg. Fehrenbach ist in seinem Bestreben, die Nationalliberalen oder einen Teil von ihnen zu sich herüberzuziehen, dazu übergegangen, nicht bloß die Sozialdemokraten anzuschwärzen, sondern auch zu zeigen, daß die Herren von Zentrum doch eigentlich recht die gegebenen Bundesgenossen der Liberalen seien. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, hat er hervorgehoben, wenn irgendwo in den Gemeinden für wohltätige, künstlerische, wissenschaftliche Zwecke etwas auszuführen sei, da sei man doch darauf angewiesen, zusammenzuarbeiten. Ich glaube, Herr Abg. Fehrenbach, Sie hätten dieses Kapitel viel besser nicht anschnitten sollen, denn nirgends deutlicher als hier zeigt sich, wie das Zentrum in jahrelanger planmäßiger Arbeit einen Teil des deutschen Volkes von dem übrigen abzufordern gewußt hat. Durd ein aufs raffinierteste ausgeklügeltes Vereinswesen hat man alle kulturellen Dinge zu konfessionalisieren gewußt (Sehr richtig! links). Sie sprechen über künstlerische Dinge. Wie wollen Sie denn in künstlerischen Fragen zusammenarbeiten als Vertreter einer Partei, die in den wichtigsten künstlerischen Fragen einen isolierten Standpunkt hat? (Zuruf vom Zentrum: Wo?). Ich will mich auf Kunstfragen nicht weiter einlassen, ich will nur daran erinnern, in welcher Form die Theaterzensur in Dürren und anderen Städten des Rheinlands gehandhabt wird (Sehr richtig! links). Ich will nur da-

ran erinnern, wie der Stolz jedes Deutschen, wie Goethe in einzelnen katholischen Schriften und Seminaren behandelt wird. Welche Stellung nimmt denn Ihre Presse zu Goethe und anderen Klassikern ein? Wie wollen Sie in künstlerischen und anderen Fragen zusammenarbeiten? Ganz im Gegenteil, Sie können hier nicht mit modernen Menschen zusammenarbeiten, weil Sie eine Weltanschauung haben, die antimodern ist, auch wenn Sie das Gegenteil für wissenschaftliche Fragen versichern. Ich will hervorheben, daß in mehreren Städten, z. B. auch in Mannheim, die katholischen Organisationen, die Arbeitervereine, sich von dem Volksbildungsverein getrennt und eigene Einrichtungen geschaffen haben, weil gewagt worden war, naturwissenschaftliche Lehren vorzutragen, die ja niemand zu akzeptieren braucht, die man nur hören soll, auf Grund deren man sich dann ein Urteil bilden konnte (Abg. Kolb: Das sollen sie aber nicht). Sie wollen eben verhindern, daß eine gemeinschaftliche deutsche Kultur in künstlerischer, in geistiger, in wissenschaftlicher Beziehung überhaupt zustande kommt. Das ist der Grund Ihrer Isolierung, und jetzt hintennach, wo Sie Ihnen politisch unbequem ist, da kommen Sie und sagen, wir müssen ja doch draußen zusammenarbeiten. Nein, Sie verhindern das Zusammenarbeiten.

Wie gefährlich die Freundschaft des Zentrums werden kann, das hat sich an einer Stelle der Rede des Herrn Abg. Fehrenbach gezeigt, an jener Stelle, in der er, wenn auch in verhüllter Form, angekündigt hat, daß das Zentrum jetzt die Biersteuer bewilligen wolle. Da hat er für jeden, der hören konnte, gesagt: Jetzt, nachdem die Regierung versprochen hat, sich ordentlich zu betragen, nachdem die Regierung versprochen hat, „altliberale“ Politik zu treiben (Heiterkeit), nachdem die Regierung auch in bezug auf die Schulvorlage beruhigende Erklärungen abgegeben hat (Abg. Kolb: Sehr gut!), jetzt können wir die Biersteuer bewilligen. Ich glaube, das badische Volk und die Mehrheit der badischen Volksvertretung wird die badische Volksschule nicht um den Preis der Biersteuer ans Zentrum verkaufen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn in einem Punkt haben wir in der Schulfrage einen klaren und bestimmten Auftrag vom badischen Volk bekommen (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) und dieser Auftrag lautet: Verteidigung und Weiterentwicklung unserer badischen gemischten Volksschule! Und wir werden unter keinen Umständen zulassen, daß, gleichviel unter welchem Titel, unter welcher Verhüllung die geistliche Schulaufsicht eingeschmuggelt werden soll (Heiterkeit im Zentrum; Zurufe aus dem Zentrum: Da haben Sie gute Ruhe!). Wir werden nicht dulden, daß unter irgend welchem Titel, etwa unter dem Namen „Toleranz“, den Wünschen des Zentrums in Schulfragen Rechnung getragen wird. Diese Verteidigung der gemischten Volksschule, dieser Kampf um die Schule allein hätte es schon gerechtfertigt, wenn wir bei den letzten Wahlen des Abkommens getroffen hätten, das wir getroffen haben, den von Ihnen bekämpften Großblock.

Die Schule allein hätte uns ein Recht dazu gegeben, aber Ihre Aufregung und Ihr Eifer zeigt mir, daß wir auch in weitergehenden Dingen den Großblock noch recht notwendig haben. Es wäre, Sie dürfen mir das glauben, für die Parteiführer bei den Sozialdemokraten, und wohl auch bei den Nationalliberalen, viel bequemer gewesen, in alten Geleisen weiter zu fahren; man hätte sich manche Arbeit, manche Aufregung, manche Diskussion erspart. Aber unser politisches Gewissen hat uns gesagt: Ohne Rücksicht auf momentanen Gewinn der Partei müssen wir neue Wege gehen, auch wenn sie steil und

unbequem sind, auch wenn sich Schwierigkeiten ergeben, die nicht so einfach zu lösen sind. Ich bin der Meinung, daß der Großblock, den wir bei den letzten und vorletzten Wahlen geschlossen haben, eine Bedeutung über die Grenze des badischen Landes hinaus hat. Und ich will hervorheben: Der Herr Minister von Dusch hat einige Wendungen gebraucht, als wenn er daran zweifle, daß mein Freund Kolb die Meinung der Partei zum Ausdruck bringe. Der Herr Abg. Kolb hat, was er gesagt hat, Wort für Wort im Namen der Fraktion und der Partei gesprochen (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), die in der Beziehung hinter ihm steht (Abg. Krüger: Einstimmig!) und die keinen Zweifel darüber hat, daß die Politik, die wir eingeschlagen haben, die richtige Politik ist, die weiter verfolgt werden wird. Es ist nicht sicher, ob nicht im Verlauf der Zeit, im Verlauf der Jahre sich Rückschläge zeigen. Die Parteien wie die Menschen sind keine Maschinen, bei denen man eine Spule ablaufen läßt, sondern es sind komplizierte Dinge. Aber in der Richtung unserer Politik glaube ich nicht, daß in absehbarer Zeit eine Änderung eintreten wird und kann, weil wir die Überzeugung gewonnen haben, daß das Zentrum mit seinen konservativen Verbündeten zum Hemmnis der deutschen Entwicklung geworden ist. (Abg. Kolb: Sehr richtig!) Wir halten das Zentrum deshalb für das gefährlichere Hemmnis, weil es versteht, durch demagogische Kunststücke — außerhalb des Hauses natürlich (Heiterkeit) — seinen wahren reaktionären Charakter zu verhüllen. Der Kampf gegen das Zentrum, das ist unsere Überzeugung, ist die notwendige Voraussetzung für die Gesundung der deutschen Zustände, und der Kampf für diese neue Gestaltung Deutschlands, das ist eine Aufgabe, wert, daß ihr sich alle Kräfte widmen, die nicht zum Zentrum gehören.

Es ist schwer, zu einer so großen Aufgabe alle Kräfte zusammenzufassen; es gibt viele divergierende wirtschaftliche Interessen hüten und drücken, es gibt viele historische Gegensätze. Aber wenn ich mir sage, daß das Zentrum es selbst fertig bringt, seit Jahrzehnten in einem Parteirahmen die Bergwerksbesitzer in Schlefien und die ausgebeuteten, verfolgten Bergarbeiter im Ruhrgebiet durch die politische Idee, die es vertritt, zusammen zu halten, dann meine ich, muß und wird es auch möglich sein, zur Bekämpfung des Feudalismus in Deutschland, zur Demokratisierung und Liberalisierung der deutschen Zustände Männer und Parteien zusammenzuschweißen, die sonst ihre eigenen Wege gehen. Und deshalb sage ich: Den Großblock haben wir geschlossen, wir bedauern es nicht, wir sind stolz darauf! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatsminister Dr. Freiherr v. Dusch: Der Herr Abg. Frank hat in so bestimmter Weise eine weitere Äußerung des Staatsministers über die politische Richtung des Staatsministeriums provoziert, daß ich nicht umhin kann, ohne etwa auf den ganzen Inhalt seiner Rede einzugehen, wenigstens einige Worte zu sprechen.

Der Herr Abg. Frank wirft mir vor, daß ich ganz allgemein von altliberaler Richtung, von altliberaler Politik gesprochen und nicht näher präzisiert habe, was ich darunter verstehe. Ich glaube, man sollte einem Mann wie dem Herrn Abg. Frank, der mitten im politischen Leben steht, der die Presse verfolgt, nicht zu sagen brauchen, was ich, wenn ich das Wort „altliberal“ gebrauchte, damit gemeint habe. Ich kann es noch weiter präzisieren: Der Standpunkt des auch jetzt noch bestehenden rechten Flügel der nationalliberalen Partei, der Standpunkt, den eine Reihe hervorragender Männer, die jetzt leider aus der nationalliberalen Fraktion ausgeschieden sind, einge-

nommen haben, das ist im wesentlichen der Standpunkt, den die Regierung einnimmt.

Wenn ich mit ebenso großer Bestimmtheit an den Herrn Abg. Frank die Frage richten würde, was nun sein Standpunkt als Sozialdemokrat sei, ich glaube, der Herr Abg. Frank würde in eine gewisse Verlegenheit geraten. (Heiterkeit rechts. Abg. Dr. Frank: Durchaus nicht!) Was er uns vorgetragen hat, das sind Dinge, die einigermaßen in den Rahmen des Großblocks passen. Aber was hören wir vom Herrn Abg. Frank über die großen Ziele der sozialdemokratischen Partei überhaupt? Da listet er vielleicht auf dem Leipziger Parteitag beiläufig ein wenig den Schleier und sagt: Es wird in der Zukunft kein Privateigentum an Produktionsmitteln geben, es wird auch kein Erbrecht geben. Sie schütteln den Kopf und lachen. Aber derartige Endziele stehen mit unserer gegenwärtigen Staatsordnung in so flagrantem Widerspruch, daß aller Grund vorläge, wenn man solche Grundzüge vertritt, ab und zu, nicht nur auf sozialdemokratischen Parteitagen, sondern auch im Landtag und Reichstag sich darüber auszusprechen. (Abg. Dr. Frank: Habe ich schon oft getan!)

Der Herr Abg. Frank hat gefragt: Was für einen Liberalismus vertritt die Regierung, den von vor 3, 4, 6 oder 10 Jahren? Da seien die merkwürdigsten Schwankungen vorgekommen; es habe Zeiten gegeben, wo auch die nationalliberale Partei gegen das allgemeine und direkte Wahlrecht gewesen sei. So fragt der Herr Abg. Frank einen Minister, dessen Unterschrift unter der Verfassung vom Jahre 1904 steht! Das sind denn doch dialektische Scherze, die der Herr Abg. Frank besser unterlasse. Er kennt doch ganz genau die Gesinnung eines Mannes, der jetzt nahezu 10 Jahre an dieser Stelle steht, und der an der Neugestaltung der Verfassung mitgewirkt hat. Und dieser Mann wird hingestellt, als ob er in seinem politischen Leben sich nicht offen ausgesprochen habe, was für einen Standpunkt er zum allgemeinen direkten Wahlrecht einnehme.

Wenn ich nun aber über das gesamte Programm der Regierung auf allen Gebieten Ausführungen machen wollte, wohin kämen wir denn in unserer Debatte, namentlich in Hinsicht auf all die Fragen, welche den jetzigen Landtag wieder beschäftigen, wenn ich die im einzelnen erörtern wollte. (Abg. Dr. Frank: Aber ich soll das ganze Programm vortragen.) Herr Abg. Frank, ich habe nicht gesagt, Sie sollten das ganze Programm vortragen, sondern es wäre wünschenswerter, wenn der Herr Abg. Frank seinerseits mit einer etwas größeren Ehrlichkeit auch in diesen Dingen vorgehen und nicht lediglich das Mitglied des Großblocks darstellen würde, wenn er einmal seine Meinung über ganz gewisse Dinge aussprechen würde, die von großem Interesse sein würden.

Wenn der Herr Abg. Frank speziell wegen des Schulgesetzes mich provoziert hat, — ich kann in dieser Äußerung nur einen Ausfluß der Leidenschaft erblicken, in die er hineinkam —, so muß ich die Äußerung des Herrn Abg. Frank, daß die Regierung die Volksschule um die Biersteuer an das Zentrum verkaufen wolle, denn doch als eine unerhörte bezeichnen. Es wird davon gesprochen, es läge die Absicht vor, die geistliche Schulaufsicht wieder in die Volksschulen einzuführen. Woher weiß denn der Herr Abg. Frank das? (Abg. Dr. Heimbürger: Das Zentrum hat es ja gesagt! — Abg. Dr. Frank: Der Vorwurf war an das Zentrum gerichtet!) Der Vorwurf war an die Regierung gerichtet. (Widerpruch.) Nun, dann freue ich mich, daß der Vorwurf nicht gegen mich gerichtet war. Der Vorwurf gegen das Zentrum ist aber auch ein sehr schwerer und wird die nötige Erwide-

rung finden. Aber ich benutze den Anlaß, da von der geistlichen Schulaufsicht die Rede war, und da in den ganzen übrigen Ausführungen des Herrn Abg. Frank sich ein gewisser Verdacht gegen die Regierung wegen einer Kollusion mit dem Zentrum ergibt, um festzustellen, daß von der geistlichen Schulaufsicht in den ganzen Vorarbeiten und auch in den Verhandlungen über das Schulgesetz nicht mit einem Worte die Rede war. Die Berichte darüber in den Schulzeitungen beruhen auf einem Mißverständnis des in diesem Punkte unvollständig und teilweise unrichtig wiedergegebenen ersten Entwurfs. Ich kann hier ganz bestimmt erklären: Von der geistlichen Schulaufsicht ist nicht die Rede, wohl aber soll, und das war von Anfang an die Absicht der Regierung, und ich glaube daß mit dieser Tendenz das ganze Hohe Haus übereinstimmen wird, die technische Schulaufsicht der Ortsschulbehörde ausgeschaltet werden. Ich glaube deshalb, diesen Vorwurf zurückweisen zu müssen, und ich empfehle den Herren, mit Ihren Äußerungen zu warten, bis Ihnen die Vorlage zugeht.

Wenn ich aber dem Herrn Abg. Frank aus meinem politischen Programm einen anderen Punkt erwähnen darf, in dem meines Erachtens eine sehr erhebliche Divergenz gerade zwischen der nationalliberalen, wenigstens der altliberalen (ich gestatte mir, den Ausdruck wieder zu gebrauchen), den linksliberalen und den radikalen Parteien besteht, so ist das, daß ich auf dem Boden des Gesetzes vom 9. Oktober 1860 stehe, daß ich ein Gegner bin der Trennung von Staat und Kirche, die ja ein Hauptgegenstand des sozialdemokratischen, aber auch des linksliberalen Programms darstellt. Das ist gerade der Punkt, der es der Regierung höchst zweifelhaft erscheinen läßt, ob überhaupt im Großblock für den Landtag ein lebensfähiges Gebilde liegt.

Der Herr Abg. Frank, der von seiten der Regierung die größte Deutlichkeit verlangt, hat in seinen Schlussfolgerungen den Großblock außerordentlich gelobt und ihn als etwas sehr notwendiges hingestellt, er hat uns aber nicht berichtet, wie der Großblock über solche tiefgehende Gegenätze, die zweifellos zwischen der altliberalen Richtung und den Sozialdemokraten bestehen, einmal hinwegzukommen gedenkt.

Ich glaube damit über die allgemeine politische Stellung der Regierung genug gesagt zu haben, da sich ja Gelegenheit genug geben wird, bei einer Reihe von Gesetzen den Standpunkt der Regierung genau zu präzisieren. Aber ich nehme für mich in Anspruch, daß ich in meiner ganzen politischen Laufbahn noch nie in unehlicher Weise mit meiner Ansicht zurückgehalten oder auch nur den Versuch gemacht habe, irgend etwas zu verschleiern.

Wenn der Herr Abg. Frank bedauert, daß wir noch kein parlamentarisches System haben wie in England, das in diesem Lande dazu führt, daß die Minister in der Lage sind, selbst zu den Wählern zu reden, so kann ich nur sagen, daß es ja auch vielleicht bei uns ganz erwünscht wäre, wenn ein Minister ab und zu in eine Wohlversammlung ginge. Ich glaube aber, das wäre eine Arbeit, die ein Minister bei uns bei seiner übrigen Tätigkeit kaum mehr leisten könnte, und das wäre eine Arbeit, bei der ich z. B. über die Aufnahme in einer sozialdemokratischen Versammlung sehr im Zweifel wäre (Heiterkeit; Abg. Dr. Frank: Glänzend!), und ob es den Ministern auch nur gelingen würde, eine Rede, die ja schon in diesem Hause gegenüber der sozialdemokratischen Partei selten ohne heftige Unterbrechungen zu halten ist, zu Ende zu führen. (Zwischenruf des Abg. Süßkind: Stürmische Heiterkeit.) Gegenüber den Bemerkungen

des Herrn Abg. Süßkind, der ja eine ganz eigenartige Rolle hier spielt und zur Erheiterung des ganzen Hohen Hauses beiträgt, will ich wieder zum Ernst übergehen. (Zwischenruf des Abg. Süßkind. Der Präsident bittet, die Unterbrechungen zu unterlassen.) Bezüglich des parlamentarischen Systems möchte ich an den Herrn Abg. Frank, der ja so große Deutlichkeit liebt, die Frage richten, wie er sich eigentlich eine parlamentarische Regierung in Deutschland denkt, wie er sich aber speziell eine parlamentarische Regierung hier in Baden vorstellen würde? Eine parlamentarische Regierung setzt voraus, daß große homogene kompakte Parteien vorhanden sind, die, wie z. B. in England sich gegenseitig ablösen können. Wo wäre hier diese große kompakte Majorität? Wie sollte denn das Ministerium gebildet werden? Vielleicht der Herr Abg. Kolb als Eisenbahnminister? (Seiterkeit.) Ich will damit durchaus nicht dem Herrn Abg. Kolb zu nahe treten, der Herr Abg. Kolb wäre gewiß auch imstande, einen Ministerposten zu vertreten, die Frage ist nur die, wie er sich mit seinen Herrn Kollegen vertragen würde (Seiterkeit); wie überhaupt ein homogenes Ministerium möglich wäre, wo vielleicht neben Herrn Kolb Herr Rohrhurst Kultusminister wäre (Seiterkeit), darauf will ich mich nicht einlassen. Ich meine also, vom parlamentarischen System wollen wir vorläufig ganz absehen.

Ich gehe aber zu einer Frage über, die sehr ernst ist, das sind die Angriffe, die der Herr Abg. Frank gegen die Regierung gerichtet hat wegen ihrer Stellung gegenüber den Beamten, die sich zur Sozialdemokratie bekennen. Der Herr Abg. Frank hat sehr heftig ausgeführt, was das für ein Eingriff in die Rechte des Beamten wäre, wenn man sich irgendwie darum kümmere, ob er Sozialdemokrat sei (Unruhe), und er hat unter anderem gesagt, warum man denn bei uns in Deutschland immer mit so Dingen operiere, wie mit einer „mythischen Treue“. Ja, Herr Abg. Frank, die mythische Treue ist bei uns im Beamtenstand außerordentlich konfret ausgesprochen. Wie die Ansichten des Herrn Abg. Frank über den Eid überhaupt sind, weiß ich nicht. Es ist nicht von dem Herrn Abg. Frank, aber von einem seiner Parteigenossen, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, einmal ausgesprochen worden, daß der Verfassungseid, den die Abgeordneten zu leisten haben, ein Zwirnsfaden sei, über den man nicht stolpere. Ich will darüber nicht rechten, aber eines sage ich an dieser Stelle: Für den Beamten ist der Beamteneid kein Zwirnsfaden (Sehr wahr! im Zentrum), und die Regierung wird darauf halten, daß die Beamten diesem Eid treu bleiben. Wir könnten aber stundenlang mit dem Herrn Abg. Frank darüber verhandeln, und wir würden uns über diesen Punkt doch nicht einig werden. Deshalb will ich mich darauf beschränken, ihn auf eine Äußerung eines Mannes zu verweisen, den er heute selbst zitiert hat und mit dem er vielleicht — ich möchte auch da wieder gewisse Zweifel erheben — politisch nicht so ganz harmoniert, in dem er aber immerhin noch den geistigen Führer der Sozialdemokratie anerkennen wird, des Herrn Bebel. Der hat auf dem Nürnberger Parteitag (Protokoll Seite 294) aus Anlaß der Erörterung des Falles Kofz-haupt in Bayern folgendes wörtlich gesagt: „Herr v. Podewils sagte, . . . das Verhältnis der Staatsbeamten im Gegensatz zum Staatsarbeiter sei öffentlich-rechtlicher Natur. Der Staatsbeamte sei durch feierlichen Eid gebunden. Ein Staatsbeamter, der sich zu einer politischen Richtung bekenne, die die Grundlage der monarchischen Verfassung verneint, setze sich dadurch in unlöslichen Gegensatz zu seinem ganzen Dienstverhältnis, namentlich zu seinem Eid.“ Daraufhin: „Hört! hört!“ aus der

Versammlung, und Bebel fügte bei: „Nun, Parteigenossen, dieser Standpunkt des Herrn v. Podewils ist durchaus korrekt vom Standpunkt eines monarchischen Ministers. Dagegen läßt sich nichts sagen.“

Wenn ich also auf den Beifall auch des Herrn Abg. Bebel rechnen kann für den Standpunkt, den ich hier einnehme, so glaube ich etwas weiteres darüber nicht ausführen zu sollen.

Wenn nun der Herr Abg. Frank sich weiter darüber aufgeregt hat, daß ein Gegensatz zwischen nationalen und anderen Parteien gemacht werde, so möchte ich doch den Herrn Abg. Frank fragen: Womit sind die Spalten der sozialdemokratischen Presse Tag für Tag immer wieder gefüllt? Militarismus, Marinismus, das sind die Schlagworte, um die sich alles dreht, und wenn es sich darum handelt, das Notwendige für die Wehrkraft und die nationale Kraft des deutschen Reiches zu tun, dann fehlen die Herren Sozialdemokraten. Sie fehlen aber nicht, wenn es sich darum handelt, die auswärtige Politik des deutschen Reiches herunterzureißen. Ich könnte Ihnen Duzende von Belegen bringen aus allen sozialdemokratischen Zeitungen, daß, wenn irgendwo auf der Welt das deutsche Reich in Konflikt mit einer anderen Macht ist — ich erinnere z. B. an die Marokko-Frage —, mit einer geradezu apodiktischen Gewißheit vorherzusagen ist, daß die sozialdemokratische Presse Stellung gegen die Reichsregierung nimmt. Ich glaube also, daß es demnach kein unbegründeter Vorwurf ist, wenn man sagt, der Standpunkt der Sozialdemokratie sei kein nationaler. Ich will aber auf die weiteren Ausführungen, die der Herr Abg. Frank über das Meer, über die Stellung des Reserveoffiziers u. dgl. gemacht hat, hier nicht eingehen. Wir führen ja keine Militärdebatte, dazu ist der Reichstag da.

Ich will nur noch einmal darauf zurückkommen, daß ich wiederhole, wenn auch der Herr Abg. Frank das bestritt: Ich nehme für mich in Anspruch, daß meine politische Stellung Jedermann, der mich kennt, seit Jahren bekannt ist. Ich nehme für mich in Anspruch, daß ich eine Politik in ehrlichem, altliberalem Sinn, in einem Sinn, den der Herr Abg. Frank nicht mißverstehen kann, hier vertritt. Ich nehme aber vor allem für mich in Anspruch, daß man mit der Kritik gegenüber der Regierung, z. B. der Schulpolitik, wenigstens abwartet, bis die Vorlagen dem Hause zugegangen sind; dann wird sich ergeben, ob oder welche Vorwürfe gegen die Regierung begründet sind.

Wenn schließlich der Herr Abg. Frank mit erhobener Stimme erklärt hat, der Herr Abg. Kolb habe im Namen der ganzen sozialdemokratischen Fraktion gesprochen und diese Fraktion trete für ihn in allen Dingen ein, so liegt es mir ferne, jetzt näher auf die Mißhelligkeiten in der sozialdemokratischen Fraktion selbst einzugehen. Allein, Sie können darüber niemanden täuschen. Wenn man die Dinge so öffentlich wie in Nürnberg verhandelt, so werden sie gedruckt und kommen unter andere Menschen. Es kann kein Zweifel darüber aufkommen, daß auch persönlich in Ihrer Fraktion erhebliche Mißhelligkeiten bestehen, daß gerade diese politischen Tendenzen, die der Herr Abg. Kolb und auch der Herr Abg. Frank, wenn er sich noch so leidenschaftlich gebärdet, doch im wesentlichen vertritt, nämlich die revisionistischen Tendenzen, hier in Ihrer Fraktion, aber auch in der ganzen deutschen sozialdemokratischen Partei noch bei weitem nicht die Mehrheit haben. Man wird also abwarten müssen, wie die ganze Partei sich entwickelt, um sagen zu können, ob wirklich eine fruchtbare Zusammenarbeit möglich ist.

Es wird aber noch auf längere Zeit und vor allem in unserm Landtag der Zustand der bleiben, daß die Macht der Tatsachen, der äußere Zwang, um überhaupt eine brauchbare praktische Politik zu machen, das Zentrum mit einem Teil der Liberalen zusammenführt, den sonst wird überhaupt nichts zustande kommen. Ich sage das nicht, um der Sozialdemokratie damit zu nahe zu treten; sie hat ja ihre Grundzüge, die sie vertritt, aber Grundzüge, mit denen eben nicht regiert werden kann, Grundzüge, die dazu führen, daß, wenn man auch die schönsten Reden hält, dann, sobald es einmal ernst wird, sobald es gilt, z. B. 4 Millionen für Brausteuern zu bewilligen, es heißt: Das können wir nicht, da sind die Grundzüge, die uns hindern, da mitzuwirken. Deswegen bleibt es dabei, daß das die Politik dieses hohen Hauses wird sein müssen und daß auch eine Politik der Regierung keine andere sein kann, als über den Parteien stehend und ausgleichend unter den Parteien, die auf dem Boden unserer Staats- und Gesellschaftsordnung stehen, dahin zu wirken, daß unter der Zusammenarbeit dieser Parteien etwas für das Staatswohl Ersprießliches entsteht.

**Präsident Rohrhurst:** Der Herr Staatsminister hat im Verlaufe seiner Ausführungen gesagt, daß der Herr Abg. Süßkind eine ganz eigenartige Rolle in diesem Hause spiele. Ich nehme an, daß er nur die Reizung des Herrn Kollegen gemeint hat, dann und wann Zwischenrufe zu machen (Geisterzeit, Zustimmung des Staatsministers).

**Abg. Dr. Koch (natl.):** Der Herr Finanzminister hat in seiner Rede hinsichtlich der Beamten geäußert, es sei ein gewisser Gang zu ruhigem und bequemem Leben, der sie in den Staatsdienst ziehe. Damit hat er die Beamten — so wird es wenigstens ausgelegt — als etwas faule und bequeme Leute hingestellt, und diese Äußerung hat in den Kreisen der Beamten sehr verstimmt und mit Recht verstimmt. Ich sehe mich deshalb veranlaßt, mit aller Energie Protest hiergegen einzulegen. Die große Mehrzahl der Beamten hat ihr redlich Teil Arbeit, und wenn es auch richtig ist, daß es draußen auf dem Lande manche Stellen mit nicht übermäßiger Arbeit gibt, so sind diese Stellen nicht geschaffen, damit die Beamten dort wenig zu arbeiten haben, sondern sie sind geschaffen im Interesse der Bevölkerung, damit die Bevölkerung nicht zu weite Wege zu den Behörden, mit denen sie zu tun hat, zurückzulegen hat.

Der Abg. König hat ganz richtig hervorgehoben, daß aus den Äußerungen des Herrn Finanzministers ein gewisser Mangel an Wohlwollen gegenüber den Beamten gesprochen habe. Es ist dadurch in den Beamten das Gefühl erweckt worden, daß ihre Tätigkeit nicht richtig eingeschätzt wird, und das ist durchaus nicht geeignet, ihre Dienstfreude zu erhöhen.

Der Herr Finanzminister hat auch wieder die Grundzüge der Sparsamkeit verkündet, und ich bin mit dem Prinzip vollkommen einverstanden. Ich bin mit dem Herrn Finanzminister auch darin vollständig einverstanden, daß es unzulässig ist, Beamtenstellen lediglich deshalb zu schaffen, weil viele Bewerber auf solche Stellen vorhanden sind. Aber andererseits möchte ich doch auch dringend bitten, daß bestehende notwendige Stellen besetzt werden und daß sie nicht durch billigere Dienstverweiser verwaltet werden, denn darauf besteht ein Anspruch nicht bloß der Beamten sondern auch des Publikums, daß die vorhandenen Stellen durch ständige Beamte besetzt werden.

Der Herr Finanzminister hat dann dem Landtag mit der Höhe des „persönlichen Aufwands“ etwas gruselig gemacht. Er hat ausgeführt, daß von unserem Gesamt-

aufwand über 40 Millionen oder 40 Prozent auf den persönlichen Aufwand entfallen. Das ist eine sehr hohe Ziffer. Allein es geht hier wie mit allen statistischen Zahlen: Man muß sich näher ansehen, was dahinter steckt. So ist es auch hier. In diesem persönlichen Aufwand stecken nämlich allein 17,2 Millionen Schulaufwand, den man doch abziehen muß. Wenn man dann diese Ziffer gewissermaßen gegen die Beamten anführt, so müssen auch 2 weitere Millionen abgezogen werden, die für Dienstreisen und Umzugskosten ausgegeben werden; denn für den Steuerzahler ist es zwar einerlei, für was er das Geld zahlen muß, aber für den Beamten ist dies doch lebendig ein Ersatz für Auslagen, die er gehabt hat.

Es ist ferner noch zu berücksichtigen, daß wir für das Reich die Erhebung von Zöllen besorgen und daß uns das Reich für diese Müheverwaltung jährlich etwa 2 1/2 Millionen vergütet. Das sind also auch keine direkten Ausgaben von unserer Seite. Zieht man alle diese Posten ab, so bleibt ein persönlicher Aufwand von 20 und nicht von 41,7 Millionen, wie der Herr Minister angegeben hat.

Ich gebe nun dem Herrn Minister auch ohne weiteres zu, daß wir zu viele Beamte haben, und zwar nicht zu viele Beamte für die Arbeit, die heute von ihnen zu besorgen ist, sondern zu viele Beamte deswegen, weil zu viele Arbeit da ist durch eine ungeschickte Einteilung, durch eine ungenügende Benutzung der modernen Hilfsmittel, insbesondere der Stenographie, der Schreibmaschine und dergleichen. Es wird weiter auch zu viele Arbeit durch besser bezahlte, höher gestellte Beamte besorgt, die recht gut durch Beamte niedrigerer Gehaltsklassen mit demselben Erfolge versehen werden könnte. Es wird sich im Laufe der weiteren Verhandlungen Gelegenheit finden, näher hierauf einzugehen. Hier will ich nur anfügen, daß am 1. April d. J. mit Einführung der Zivilprozessnovelle beim Amtsgericht Mannheim durch die Erhöhung der Zuständigkeit des Amtsgerichtes einige Richter notwendig werden. Ich bin nun der Ansicht, daß dort eine Vermehrung auch nicht um einen einzigen Richter notwendig wäre, wenn man die Stenographie und die Schreibmaschine richtig ausnützte. Denn auch das ist ein Fehler, daß viel zu viel selbst geschrieben wird. Wer schreibt denn heute bei der Industrie noch selbst? In einem größeren Geschäft fällt es keinem Chef und keinem Abteilungs-vorstand ein, seine Schreibarbeit selbst zu besorgen; es wird alles diktirt, nachstenographiert und mit der Schreibmaschine geschrieben. In unserer Verwaltung aber wird bis zu den höchsten Beamten hinauf alles selbst geschrieben, und dadurch wird eine Menge Zeit verbraucht, die viel besser und nützlicher verwendet werden könnte.

Allerdings wäre es für eine ausgedehntere Anwendung der Stenographie notwendig, daß endlich einmal der alte Streit zwischen den Systemen entschieden würde. Ich halte da die wohlwollende Neutralität, die die Regierung gegenüber den beiden größten Systemen anwendet, nicht für richtig. In bin der Ansicht, es müßte von Reichswegen endlich einmal für ein System entschieden werden, das dann allgemein eingeführt werden sollte. Dann aber könnten wir durch allgemeine Verwendung der Stenographie eine Menge Zeit und Geld ersparen. Ich bin hier durchaus unparteiisch, ich trete keinem der Systeme zu nahe, denn ich kenne leider keines von beiden.

Es wird auch sonst bei uns zu umständlich gearbeitet. Als vor hundert Jahren unser Großherzogtum zusammengefasst wurde, da waren es, so erzählt man sich, eines Tages mehr als eine halbe

Million Seelen, und da sollen die damaligen Geheimräte in den Ministerien die Hände über dem Kopfe zusammengeschlagen und sich beim Landesfürsten dahin verwendet haben, man könne um Gottes Willen niemanden und keinen Gebietsteil mehr dazu nehmen, man wisse bis jetzt noch nicht, wie alle diese Leute regiert werden könnten (Geiterkeit). Dieses System der Zentralregierung, die alles selber besorgt und zu wenig den unteren Behörden überläßt, ist leider noch heute bei uns zu sehr im Schwunge. Ich will nur ein charakteristisches Beispiel anführen, das glücklicherweise wieder beseitigt worden ist.

Mit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs war eine neue Bestimmung herausgekommen, daß die Vornamensänderungen dem Justizministerium übertragen worden sind, das Amtsgericht lediglich die Vorbereitungsarbeiten zu machen, die Entscheidung aber das Ministerium zu treffen habe. Nun bin ich der Ansicht, wenn irgend jemand von seinen untorsichtigen Eltern den schönen Namen Abraham oder Anastasius erhalten hat und will ihn mit dem wohlklingenden Namen Artur oder Alfred vertauschen, so ist das keine so wichtige Angelegenheit, daß das Ministerium damit beschäftigt werden müßte. Das hat dann auch das Justizministerium eingesehen, und die Bestimmung ist wieder geändert worden. Man kann aber noch eine ganze Reihe von Fällen finden, wo die Erledigung ruhig einer unteren Behörde überlassen werden könnte.

Wenn der Herr Finanzminister sparen will und Vereinfachungen einführen will, so bin ich der Ansicht, daß das nicht von oben herunter geschehen kann. Ich bin der Ansicht, daß man sich dabei die praktischen Erfahrungen der Leute, die an unteren, mittleren oder höheren Stellen stehen, und ihre Vorschläge zu Nutzen machen sollte. Es ist in jeder größeren Fabrik üblich, daß für die Arbeiter und Beamten, die irgend eine kleine Betriebsverbesserung vorschlagen, sogar Prämien ausgesetzt werden, die die Leute anreizen, über solche Verbesserungen nachzudenken. Ähnliches sollte man auch bei uns tun und sich die praktischen Erfahrungen der Beamten nutzbar machen. Es wäre sehr empfehlenswert, wenn nicht immer bloß vom Ministerium aus verfügt würde, wie gespart werden soll, sondern wenn etwa eine Kommission von Beamten aus allen Klassen zusammengesetzt und den Leuten dann die Frage vorgelegt würde, was und wo nach ihrer Ansicht gespart werden und was einfacher und was zweckmäßiger gestaltet werden könnte.

Ich möchte auch beim Herrn Finanzminister anfragen, wie es beim Sparen bei den andern Ministerien gehalten wird. Man hat bisher nur von seinem eigenen Ministerium und den ihm unterstellten Behörden etwas gehört. Bei den andern Ministerien scheint es noch nicht möglich gewesen zu sein, irgend welche Maßnahmen zu treffen.

Der Herr Finanzminister hat sich sehr energisch dagegen verwahrt, daß man ihm den Vorwurf mache, er wende das Gehaltsgesetz illoyal an. Darin hat er allerdings insofern recht, als er sagt, daß er sich an das Gesetz gehalten habe. Allein, wie ist denn die Sache in der Praxis? Wir geben nach dem Gesetze eine Zulage von 100 oder 150 M., und nun kommt das Finanzministerium und entzieht dem Beamten, der beispielsweise im Nebenamt eine Kasse verwaltet hat, das bisher hierfür gewährte Nebengehalt von 400 bis 600 M. Der Effekt ist dann doch der, daß der Beamte einige hundert Mark weniger bezieht als vor der Revision des Gehaltstarifes, die doch deswegen gemacht wurde, weil man die Gehälter der Beamten für zu niedrig hielt. Das ist doch kein richtiger Zustand, und man kann es den Beamten nicht

berdenken, wenn sie nun mit Beschwerden und Eingaben kommen. Daß die 100 oder 150 M. mehr pensionsberechtigtes Einkommen sind, ist doch kein Unterschied; ich bekomme für das pensionsberechtigte Zehnpfennigstück auch kein größeres Glas Bier als für das nicht pensionsberechtigte. Ich will jetzt nicht näher auf diesen Punkt eingehen, es wird sich Gelegenheit ergeben, bei der Besprechung der Interpellation, die meine Fraktion eingebracht hat, darüber zu reden.

Es sind mir auch Fälle bekannt, wo die Sparbarkeit des Herrn Finanzministers recht bedenkliche Folgen gehabt haben soll. Hierher gehören insbesondere die Steuerbehörden. Dort herrscht, wie mir gesagt worden ist, ein solcher Personalmangel, daß eine Reihe von Anträgen auf Steuernachlaß nicht hat behandelt werden können, weil die Referenten keine Zeit gehabt hätten, die Sache gründlich zu prüfen und es eventuell auf einen Prozeß ankommen zu lassen. Man hat lediglich aus Personalmangel gewissermaßen mit den Leuten Vergleiche schließen müssen, damit sie zufrieden sind und es zu keinem Prozesse kommt.

Auch das Verhalten der Regierung bei der Gehaltsrevision scheint mir nicht richtig zu sein. Die Beamten haben auf die Gehaltsverbesserung lange gewartet, die Regierung hat aber ihren Wünschen nicht Rechnung getragen, sondern die Vorlage so knapp aufgestellt, daß der Landtag, der Vertreter der Steuerzahler, sich veranlaßt gesehen hat, über eine Million zuzulegen. Wenn die Sache anders gewesen wäre, wenn die Regierung eine Vorlage mit reichlicheren Sätzen gemacht hätte, und wenn sie dem Landtage überlassen hätte, daran zu streichen, dann wäre, wie ich glaube, die Position der Regierung jetzt eine viel angenehmere und günstigere, denn dann könnte sie alles Odium auf den Landtag abladen. Dadurch, daß sie umgekehrt vorgegangen ist, ist es gekommen, daß jetzt die Beamten — das beweist die Flut von Anträgen und die Masse von Gesuchen — den Landtag als den Vertreter ihrer Interessen gegenüber der Regierung ansehen. Ich glaube nicht, daß das ein gesunder Zustand ist, meines Erachtens sollte das Umgekehrte der Fall sein.

Der Herr Finanzminister hat auch erwähnt, daß man nicht großzügig sparen könne. Ich glaube da nur den Herrn Finanzminister auf die Güterwagengemeinschaft hinweisen zu brauchen, die uns jährlich 800 000 Mark erspart. Ich meine, das ist eine Art von großzügiger Sparbarkeit. Wenn wir weiter bei unseren Bauten sehr sparen würden, so wäre auch das eine Art großzügiger Sparbarkeit. Wir müssen da auch die Frage anschneiden und näher prüfen, ob es nicht überhaupt zweckmäßig wäre, wenn wir das ganze Bauen auf eigene Rechnung aufgeben und die Bauausführungen an Privatunternehmer vergeben würden. Vielleicht wäre das ein Weg, auf dem den so oft beklagten Überschreitungen etwas Einhalt getan werden könnte.

Ich komme nunmehr zu dem Artikel in der „Karlsruher Zeitung“, der zu den Wahlen erschien, und ich freue mich, in der Beurteilung dieses Artikels mich vollständig in Übereinstimmung mit dem Herrn Staatsminister zu befinden. Unser Fraktionsredner hat diesen Artikel für überflüssig erklärt, und der Herr Staatsminister hat gesagt, die Regierung sei sich bemüht gewesen, daß der Artikel nicht die mindeste Wirkung haben werde. Ich glaube, daß er damit auch nichts anderes gesagt hat, als daß er überflüssig war, daß die Regierung eben ohne zwingende Not ihre Autorität auf das Spiel gesetzt hat.

Der Herr Minister hat uns auch das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten vorgeworfen, er hat dieses Zusammengehen bedauert und gesagt, wir hätten doch

schließlich gerade so gut mit dem Zentrum zusammengehen können, ohne unsere Grundsätze zu ändern. Aber das war auch gerade unsere Ansicht. Wir sind mit der Sozialdemokratie zusammengegangen, weil wir wußten, daß das unsere Grundsätze nicht im mindesten berühre.

Wenn der Herr Staatsminister sodann auf die revolutionären Ziele der Sozialdemokratie und darauf hingewiesen hat, daß diese mit dem heutigen modernen Staate unvereinbar seien, so muß ich demgegenüber sagen: Sind vielleicht die letzten Ziele der Zentrums-Partei mehr mit dem modernen Staatsgedanken zu vereinbaren als die letzten Ziele der Sozialdemokratie? Darüber habe ich sehr erhebliche Zweifel (Nuse beim Zentrum: Oho!), und die Gefahr, daß diese Gedanken zur Ausführung kommen und sich in die Praxis umsetzen, ist viel größer als die Gefahr eines sozialdemokratischen Zukunftsstaates (Sehr richtig! links). Der Herr Abg. Muser hat ja diese letzten Ziele geschildert, ich brauche darauf nicht weiter einzugehen; ich möchte nur einige Bemerkungen machen.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat über den Herrn Abg. Muser gespöttelt, daß er sich früher vom Zentrum habe wählen lassen und heute einen solchen Standpunkt einnehme. Ich wundere mich, daß er sich wundert. Der Herr Abg. Muser hat sich allerdings von Ihnen (zum Zentrum) wählen lassen, er stand dann lange Jahre in enger Verbindung mit Ihnen und Ihrer Partei, hat dadurch Ihre Partei und Ihre Grundsätze genau kennen gelernt, und da dürfen Sie sich nicht wundern, daß er auf seinen jetzigen Standpunkt gekommen ist (Seiterkeit, Lachen beim Zentrum; Abg. Fehrenbach: Diese Begründung unterschreibt der Abg. Heimburger nicht! Seiterkeit und Zustimmung beim Zentrum).

Dann hat der Herr Abg. Fehrenbach der Sozialdemokratie ein Verzeichnis ihrer Fehler vorgehalten; er hat ihr etwas übertriebenes Selbstbewußtsein und den Ton ihrer Presse mit Recht hervorgehoben, wobei es nichts geschadet hätte, wenn er auch etwas auf den Ton seiner eigenen Presse eingegangen wäre. Hinsichtlich der Sozialdemokratie müssen wir uns nun vor die Tatsache stellen, daß wir nun einmal eine Arbeiterbewegung haben, die stark und kräftig ist, die ihren Anteil an dem Volksleben verlangt; daß die Art der Entwicklung uns nicht entspricht, daß wir gewünscht hätten, sie hätte einen andern Weg genommen, daß wir das nicht nur für unser deutsches Volk sondern auch für die Arbeiter selber für besser und vorteilhafter gehalten hätten, das ist eine Sache für sich. Allein über die brutale Tatsache, daß diese starke Arbeiterbewegung eben da ist, darüber kommen wir nicht hinweg. Ich halte es deshalb für viel zweckmäßiger und vernünftiger, sich mit dieser Tatsache abzufinden und, wenn die Herren sagen: wir wollen mit euch arbeiten, darauf zu sagen: Gut, wir sind bereit, wir schlagen ein, arbeitet mit uns! Da hat der Herr Minister des Innern in erfreulicher Weise gesagt, daß das auch sein Standpunkt sei. Ich kann ihm nur erwidern, daß wir aus derselben Anschauung heraus zu dem sogenannten Großblock, dem Stichwahlblock mit der Sozialdemokratie gekommen sind. Unsere Parteigrundsätze hat das in keiner Weise berührt. Wir haben uns nur lediglich deshalb gefunden, weil wir der Ansicht waren, daß es für unser badisches Land und für unser badisches Volk kein größeres Unglück als eine Zentrumshegemonie geben könne, und wir haben in dem Bewußtsein gehandelt, gerade unsere Pflicht gegen die Entwicklung des Landes und Volkes zu tun, für seine Zukunft zu sorgen, indem wir diesen sogenannten Großblock abgeschlossen haben.

Hinsichtlich der Mitarbeit der Sozialdemokratie können wir darauf verweisen, daß die Sozialdemokratie bereits im letzten Landtag recht eifrig mitgearbeitet hat; ich erinnere nur an die Landwirtschaftskammer und an die Ärztekammer (Lachen beim Zentrum), die gegen das Zentrum zustande gekommen sind. Ich weise auch darauf hin, daß wir noch in keinem Landtag so schnell und so viel wie diesmal gearbeitet haben. Wenn irgend etwas nicht gegangen ist, so ist es bis jetzt die Biersteuer gewesen. Allein, wenn ich auch der Ansicht bin, daß die Sozialdemokraten auch in diesem Punkte einmal über ihre Parteigrundsätze hinwegkommen könnten, muß ich doch sagen: Wenn irgendwo bis jetzt Schwierigkeiten gemacht worden sind, und wenn die Sache nicht gebieten ist, so sind daran Schwierigkeiten schuld, die von einer Partei ausgingen, deren Grundsätze ihr nicht verbieten, die Sache so zu machen, wie sie vorgeschlagen war.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat natürlich auch wieder die Präsidentenfrage angeschnitten. Die Sozialdemokratie hat erklärt, sie übernimmt alle Verpflichtungen, die geschäftsordnungsmäßig und verfassungsmäßig sind, und das hat uns genügt; das hat offenbar früher auch dem Zentrum genügt; denn wenn es ihm nicht genügt hätte, so hätte wahrscheinlich im Jahre 1905 Herr Laud den Vizepräsidentenposten nicht angenommen.

Vor Weihnachten haben wir uns mit einer für unser Land sehr wichtigen Frage, mit der Frage der Schiffsabgaben, befaßt. Es ist damals in Aussicht gestellt worden, daß wir mit Württemberg in Verbindung treten würden. Ich habe nun aber nach guten Informationen zu meinem großen Erstaunen gehört, daß seit dieser Zeit vonseiten unserer Regierung nichts geschehen ist. Dabei brennt uns tatsächlich das Feuer auf den Nägeln, denn in etwa 14 Tagen wird die Frage im Bundesrat entschieden. Über diesen Punkt möchte ich den Herrn Minister um Auskunft bitten. Ich habe den Eindruck bekommen, daß es sich in dieser Frage als ein großer Fehler gezeigt hat, daß verschiedene Ministerien mit den Fragen zu tun haben, die hiermit eng zusammenhängen: bei den Schiffsabgaben und bei Ausnutzung der Wasserkräfte das Ministerium des Innern, bei den Eisenbahnfragen das Ministerium des Großh. Hauses. Ich glaube, daß es dringend notwendig wäre, daß wir uns ein eigenes Verkehrsministerium schaffen, dem alle diese Gegenstände und aus dem ohnehin sehr überlasteten Ministerium des Innern außerdem noch Handel, Industrie und Gewerbe überwiesen werden. Ich verlange aber nicht die Schaffung eines besonderen Ministeriums, sondern ich bin der Ansicht, daß die sonstige Tätigkeit des Ministeriums des Großh. Hauses und der äußeren Angelegenheiten sehr wohl einem der anderen Ministerien übertragen und von diesem mitbeforgt werden könnte. Die Ausbeutung der Wasserkräfte für die Erzeugung der Elektrizität usw., die Frage der Schiffbarmachung des Rheins und die Frage der Neckaranalisation u. s. f., das sind alles Dinge, die mit unserer Eisenbahnfrage auf das allerengste zusammenhängen und die von ein und derselben Zentrale aus bearbeitet und geleitet werden müssen, wenn nicht die Erledigung dieser Geschäfte den schwersten Schaden leiden soll. Ich glaube, daß der schwersten Gefahr vorgebeugt worden wäre, wenn wir schon viel früher versucht hätten, uns mit Bayern und Württemberg zu verständigen. Da muß ich wirklich fragen: Wozu haben wir denn unseren Gesandten in München, wenn in dieser Richtung gar nichts geschieht?

Der Herr Abg. Behner hat von einem 18-Millionenprojekt gesprochen. Ich möchte bemerken, wenn damit die Ausbeutung der Murgtalwasserkräfte gemein-

ist, müßten wir dieses 18-Millionenprojekt freudig begrüßen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich an die Regierung die Frage richten, wie es mit dem Prioritätsstreit steht, der sich entsponnen hat, indem auf einmal behauptet wurde, der geistige Urheber jenes ersten Projektes sei nicht Professor Rehbock, sondern es habe eigentlich die Generaldirektion zum Urheber.

Des weiteren hat der Herr Staatsminister erklärt, daß er und das gesamte Ministerium gemäßigt liberal sei. Er hat dies heute dahin präzisiert, daß er etwa den rechten Flügel der Nationalliberalen vertrete. Ja, dann hätte der Herr Staatsminister und das Staatsministerium auch mit dem Großblock einverstanden sein müssen, denn unser Abkommen ist mit der Zustimmung auch des rechten Flügels und mit einer solchen Einmütigkeit erfolgt, daß man fast von Einstimmigkeit reden kann, und die Leute auf unserm rechten Flügel haben ebenso mitgemacht wie die auf dem linken Flügel.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat bei dieser Gelegenheit wieder Herrn Fieser gegen uns ausgespielt. Er hat Herrn Fieser gelobt und ihn zurückgewünscht. Ich erwidere diese Freundlichkeit und Liebeshöflichkeit, indem ich meinerseits gern zugebe, daß es uns viel angenehmer wäre, wenn drüben statt des Herrn Wacker Herr Kender der Führer wäre. Im allgemeinen scheint es aber, daß man erst einige Zeit tot sein muß, bis man als Liberaler bei den Herren vom Zentrum Anerkennung findet (Geiterkeit), und ich habe auch den Eindruck, daß dem Herrn Abg. Fehrenbach die toten Liberalen viel lieber sind als die lebendigen (Geiterkeit). Wir sind aber noch recht lebendig und hoffen, das dem Zentrum auch noch recht oft zu zeigen (Abg. Fehrenbach: Wenn ich von den Lebenden spreche, ist es nicht recht, und wenn ich von den Toten rede, ist es auch nicht recht!).

Der Herr Abg. Fehrenbach hat dann von dem jungliberalen Terrorismus gesprochen. In der ganzen Fraktion, unter den 17 Herren, sind Herr Köhlin, Herr Schmidt-Singen und ich jungliberal, und von Terrorismus habe ich noch nichts bemerkt. Sie wissen anscheinend gar nicht, welche nette, liebeshöfliche Leute wir alle sind (Geiterkeit). Es scheint, als ob der Herr Abg. Fehrenbach uns mit einer gewissen Antipathie betrachtet, und es kommt mir fast so vor, als ob diese Antipathie ihre Hauptursache darin habe, daß der Jungliberalismus zu derselben Zeit eingesetzt hat, zu der ein bekannter Führer des Zentrums triumphierend von der Liquidation des Liberalismus gesprochen hat. Ich möchte den Herrn Abg. Fehrenbach doch bitten, uns Einzelfälle zu zeigen, in denen wir unsern Terrorismus angewendet haben, und ich glaube, daß, wenn er das mit nüchternen Tatsachen beweisen soll, ihm das doch recht schwer wird.

Er hat auch wieder die Trennung von Staat und Kirche vorgebracht. Unsere Partei hat sich darauf festgelegt, in dem Gesetz vom Jahre 1860 einen richtigen Ausgleich zu finden. Ich möchte den Herrn Abg. Fehrenbach nur fragen, weshalb sich denn das Zentrumsprogramm von 1877 für Trennung von Staat und Kirche ausgesprochen hat?

Sehr ergötzend war es, welches Spiel der Herr Abg. Fehrenbach der Regierung und den Parteien gegenüber getrieben hat. Der Regierung hat er etwas Zuckerbrot offeriert, dann wieder mit dem Stocke gedroht und es dann bei den Sozialdemokraten und uns ebenso gemacht. Bezüglich seines Verhaltens gegenüber der Regierung ist es sehr merkwürdig, daß er jetzt auf einmal durchaus bereit ist, mit ihr zusammenzuarbeiten, während noch vor

vier Wochen im „Pfälzer Boten“ und „Freiburger Tagblatt“ die schlimmsten Artikel gerade gegen den Herrn Staatsminister von Dusch zu lesen waren. Es ist sehr auffallend, daß das vollständig vergessen ist. Der Herr Abg. Fehrenbach hat sich der Regierung angeboten, obwohl diese erklärt, daß sie gemäßigt liberal sei. Er hat nicht nur das getan, sondern sogar selbst ein ganz liberales Programm aufgestellt, auf das er sich verpflichtet hat, allerdings so allgemein, daß man für irgend eine konkrete Frage die Stellung des Zentrums aus ihm niemals wird erraten können (Abg. Fehrenbach: Machen Sie es besser!). Er hat sich sogar wieder für die Simultanschule erwärmt, seinen Standpunkt allerdings recht verflaumt. Bei der Wärme, mit der das Zentrum gewöhnlich von der Simultanschule zu sprechen pflegt, wenn ein Zentrumsmann außerhalb des Hauses sich für die Simultanschule ausspricht, muß ich immer an die alte Fabel vom Fuchs denken, dem die Trauben zu sauer waren.

Bei den Ausführungen des Herrn Abg. Fehrenbach über die Politik des Zentrums war mir viel mehr interessant als das, was er gesagt hat, das, was er ausgelassen hat. Wenn er sich der Regierung zur Verfügung stellt, so hätte er eigentlich auch sagen müssen, was die Regierung dafür zahlen muß. Ich glaube, daß eine Regierung, auch wenn sie nur gemäßigt liberal ist, sich niemals in die Arme des Zentrums werfen kann. Sie könnte sich gerade so gut in die Arme des bekannten Nürnberger Folterinstruments, der eisernen Jungfrau, werfen, das würde ungefähr den gleichen Effekt für die Lebensdauer dieser Regierung haben.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat sich auch als Hüter der alten badischen Verfassung bewährt. Das klang sehr schön, man hörte förmlich unsere gute badische Verfassung in ihren Fugen krachen, weil diese verruchten Nationalliberalen durch die Einrichtung der sogenannten „Pfleger“ daran gerüttelt hatten. Ich habe hier das Schreiben, das in dieser Sache an unsere Organisationen gerichtet wurde; da heißt der erste Absatz: „Aus mehreren Wahlkreisen, die nicht durch nationalliberale Abgeordnete im Landtage vertreten sind, ist der Parteileitung der Wunsch geäußert worden, einen Abgeordneten unserer Partei zu bezeichnen, an den sich die Angehörigen unserer Partei aus diesen Wahlkreisen mit ihren Angelegenheiten wenden können. Diesem Wunsche kommen wir nach usw.“ Ich weiß nicht, was da irgendwie verfassungswidrig ist. Ich gehe soweit, zu behaupten, daß in sämtlichen anderen Parteien wohl ähnliche Einrichtungen in der einen oder andern Form bestehen (Abg. Fehrenbach: Solch ein Zeugnis machen wir nicht). Wenn sie nicht bestehen, so möchte ich doch sehr bezweifeln, ob, wenn ein guter Zentrumsmann aus dem sozialdemokratischen oder liberalen Freiburger Bezirk zu Herrn Fehrenbach kommt, dieser ihn dann fortstößt. Ich glaube, daß er dessen Anliegen auch entgegennehmen und zu vertreten versuchen wird; er wird ihm nicht sagen: Du mußt Dich an Herrn Kräuter oder Herrn Göhring wenden (Abg. Kopf: Pfleger bestellen wir ihm keinen). Allerdings muß ich dem Herrn Abg. Fehrenbach zugeben, daß wir da nicht die Quittung des Vereins verlangen, wenn so ein Mann zu uns kommt und etwas von uns will. In der Beziehung bin ich entgegenkommend. Ich kann Herrn Fehrenbach verraten, daß er, wenn er einmal als Bürger Fehrenbach mit einem Anliegen zu einem liberalen Abgeordneten von Freiburg kommen wird, dann auch das liebeshöflichste Entgegenkommen finden wird (Lachen im Zentrum, Geiterkeit).

Nun komme ich auf die Grund- und Häusersteuer und möchte an die Regierung die Anfrage



richten, bis man wir die in Aussicht gestellte Vorlage zu erwarten haben. Es hat sich dieses völlige Versagen des Schuldenabzugs bei der Gemeindebesteuerung als äußerst hart und drückend gezeigt, und es ist sehr dringend eine Abhilfe notwendig. Ich will mich nicht näher auf die Frage einlassen; allein die Lage vieler Grund- und Hausbesitzer ist so, daß Abhilfe geschaffen werden muß und daß sie bald geschaffen werden muß.

Eine weitere Frage, die die Regierung auch einmal in Erwägung ziehen sollte, und von der bereits gestern gesprochen wurde, ist die bezüglich der Besteuerung der Acker in der Nähe der Städte. Es ist richtig, daß die Besteuerung nach dem wirklichen Wert der Grundstücke der Spekulation entgegenwirkt; allein es ist auch wieder richtig, daß, wenn tatsächlich noch Landwirte in der Nähe der Städte Acker haben und noch ihren Erwerb davon ziehen, es für sie außerordentlich drückend ist, wenn sie diese Ackergrundstücke jetzt als Baugrundstücke versteuern müssen.

Lebhafte Beschwerden sind ja auch bezüglich der Landesbauordnung erhoben. Hierüber zu sprechen, wird sich später noch Gelegenheit geben.

Eine weitere Anfrage möchte ich an die Regierung bezüglich der staatsbürgerlichen Erziehung richten. Hier hat ja in den letzten Jahren eine lebhafte Bewegung eingesetzt. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß der Durchschnittsdeutsche von den Einrichtungen seines Staats, seiner Gemeinde usw. so gut wie nichts oder äußerst wenig weiß, und es sollte da etwas mehr getan werden. Auf den Mittelschulen kann es ja leicht dadurch geschehen, daß der Gegenstand als Lehrplan aufgenommen wird, allein bei den Volksschulen ist die Frage erheblich schwieriger, denn die Kinder sind zumteil mit 14 Jahren noch nicht reif, das zu verstehen, oder, wenn man es ihnen vorträgt, haben sie es wieder vergessen, bis sie es brauchen können. Es wird daher in Frage kommen, ob nicht während der Fortbildungsschulzeit oder nachher noch ein derartiger Unterricht eingeschoben werden soll. Jedenfalls ist die Frage wichtig und eingehender Erwägung wert.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat sich dann dahin geäußert, daß ihm die Ausführungen des Herrn Kollegen König über die Eisenbahnpolitik sympatisch seien. Ich glaube, daß er den Herrn Kollegen König nicht richtig verstanden hat. So ist es nicht, daß wir Nationalliberalen uns jetzt mit Hurra auf eine Erhöhung der Tarife einlassen wollen. Das fällt uns gar nicht ein. Das ist eine Frage, die sehr ernsthafter Erwägung wert ist. Wir sind der Ansicht, daß die Besserung unserer Eisenbahneinnahmen, unserer Finanzen vor allem auf einem andern Wege versucht werden soll: auf dem Wege der Gemeinschaft. Das halten wir für eine viel bessere Lösung der Frage als die Erhöhung der Tarife. Wir haben nur erklärt, daß, wenn es nicht anders ginge, wir über diese Frage eventuell mit uns reden lassen würden.

Ich komme dann mit einigen Worten auf die Reichsfinanzreform, die ja von den Herren reichlich behandelt worden ist. Es ist da geklagt worden, daß von der Seite der Liberalen und der Sozialdemokraten sibiell Entstellung und Lüge in den Wahlkampf hineingetragen worden sei. Besonders der Herr Abg. Schmidt-Bretten hat ja recht lebhafte Klagen geführt. Ich glaube aber, daß der Herr Abg. Schmidt am wenigsten Anlaß hätte, hier solche Klagen zu führen. Ich erinnere ihn an das Flugblatt, das in dem Landtagswahlkreis Seidelberg-Land verbreitet worden ist, wo fett darüber gedruckt war: „Nationalliberale Partei“, sodas der Eindruck erweckt wurde, das Flugblatt ginge von uns aus,

während darunter stand: „Wählt den konservativen Kandidaten Schmidt“. Das war auch ein Wahlschwindel, aber der allgeringfügigsten Art. Dann möchte ich auf Flugblätter zu sprechen kommen, die in dem Wahlkreis des Herrn Schmidt selber verbreitet worden sind. Man liest da: „liberale Schindluderpolitik“, „Bauernfängerpolitik“, „denk daran, daß die Liberalen unsern Kandidaten mit Gift und Galle bespritzen, daß sie keine Lüge und Verdrehung scheuen“, „die Liberalen werden auch in diesem Wahlkampf kein Mittel unberührt lassen“, „die Liberalen in ihrer bekannten unehrlichen Kampfweise“ werden mit „Lügen und Ehrabschneiderei auf dem Platze erscheinen“, „Laßt Euch nicht von den mandats-hungrigen und schächernden Volksverrättern vor den großkapitalistischen Wagen spannen“ (Abg. Kolb: Bauernfänger!).

Dann ein Flugblatt: „Menzingen am Scheideweg!“ In ihm heißt es: „Wer ist schuld an den immer wachsenden Lasten, Steuern und Abgaben? Die liberale Regierung! Wer hat seit 50 Jahren die Gejege geschaffen, die beim Bau eines Stühnerfalls, eines Kamins, einer Scheuer oder eines Hauses fast alle freie Selbstbestimmung ausschließen? Die liberale Regierung!“ „Wer hat euch das gute alte Volksrecht genommen, eure Menzinger Kirchweih nach eurem Belieben zu halten? Die liberale Regierung!“ (Große Heiterkeit). Ein Mann, in dessen Wahlkreis solche Flugblätter verbreitet worden sind, hat keinen Anlaß, sich über die Handlungen anderer Parteien zu beklagen (Abg. Schmidt-Bretten: Es sind aber keine Unwahrheiten!). Es sind doch keine Wahrheiten! (Abg. Schmidt-Bretten: Gewiß sind es Wahrheiten!).

Der Herr Abg. Schmidt-Bretten hat unser Zusammengehen mit der Sozialdemokratie mit Schärfe gerügt, weil sie eine antinationale Partei sei. Ich möchte ihn fragen, wie er das Bündnis des Bundes der Landwirte mit den Welfen in Hannover beurteilt (Abg. Schmidt-Bretten: Erstirt nicht, ist nicht richtig). Nach meiner Information ist es richtig. Dann möchte ich noch eine Frage an Herrn Schmidt richten: Es hat vor einigen Wochen in der Zeitung gestanden, und meines Wissens ist kein Widerspruch dagegen erfolgt, daß im Jahre 1905 gewissermaßen schon ein Bündnis zwischen der Sozialdemokratie und dem Bund der Landwirte in seinem Wahlkreise geschlossen war (Abg. Kolb: Versucht!) und nur durch den Abschluß des Stichwahlabkommens zwischen den Liberalen und der Sozialdemokratie vereitelt wurde. (Abg. Schmidt-Bretten: Ist nicht wahr!) Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ist doch wahr! Ich möchte den Herrn Abg. Schmidt-Bretten ersuchen, darüber etwas nähere Auskunft zu geben.

Über die Reichsfinanzreform will ich keine weitere Kritik üben, nur vorlesen, was einige Zentrumsblätter darüber geschrieben haben. Die klerikale „Oberschlesische Volkszeitung“ schreibt: „Der Millionär trägt auch bei der neuesten Steuermacherei wieder den Überzieher, der arme Mann den schweren Koffer! Eine solche Art und Manier verstößt gegen die Grundsätze des Christentums. Man macht sich zum Schrittmacher der Sozialdemokratie. Die Schädlichkeit, die hier entwickelt wird, übertrifft alles auf diesem Gebiet bisher dagewesene!“

Und das „Schwarzwälder Volksblatt“ schreibt: „Nie war das Wort von der „misera contribuens plebs“, von der armen steuerzahlenden Masse mehr am Platze als bei der Unmasse neuer indirekter Steuern, die von der jetzigen Mehrheit des Reichstags dem Volke beschert worden ist. Bei einer Belastung des deutschen Volkes um  $\frac{1}{2}$  Milliarde neuer Steuern, zu der noch mindestens 100 Millionen an Erhebungskosten, Gratifikationen an die Bundesstaaten, Liebesgaben an privilegierte Klassen

und ähnliche Aufwendungen kommen, sollte man es eigentlich für selbstverständlich halten, daß wenigstens alle Kreise und Schichten des Volkes etwas zu den neuen Steuern beitragen, wenn auch nicht nach ihrer Leistungsfähigkeit. Diese Annahme wäre indessen ein Irrtum. Es gibt eine Klasse, die nicht bloß nichts zu zahlen hat, sondern die noch profitiert, das ist der Großgrundbesitz. Unsere Zentrumsabgeordneten hätten nie und nimmer zugeben dürfen, daß der Großgrundbesitz ungeschoren davon kommt."

Und dann, führe ich ihnen einen weiteren Zeugen für die Güte der Finanzreform an, den Herrn Staatsminister. Er hat gesagt, die Regierung habe die Reichsfinanzreform lediglich angenommen, weil sie in der Lage war, sich sagen zu müssen: Vogel friß oder stirb! Eine härtere Kritik an diesem Gesetzgebungswerk ist auch von unserer Seite niemals geübt worden!

Der Herr Abg. Fehrenbach hat dann auch wieder unser Stichwahlkommen getadelt. Der Herr Kollege Müller hat schon in das richtige Licht gerückt, daß das Zentrum das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie erlaubt findet, wenn es ihm nützt, daß er es aber tadelnswert findet, wenn es ihm schadet. Ich hätte nicht gedacht, daß der Herr Abg. Fehrenbach bestreitet, daß das Zentrum die Sozialdemokratie schon durch seine Wähler unterstützt hat. Da hat ein Zentrumsmann, allerdings ein einzelner Zentrumsmann, gesagt: "Man macht uns vom Zentrum auch Vorhalt, weil wir mit den Sozialdemokraten zusammengehen. Was ist denn da dabei? Wenn zwei mit Stoßfarnen unten am Ochsenfisch sind und haben zu schwer aufgeladen, so ist es doch das einfachste, wenn sie abstellen und einer dem andern heraufhelfen." Es war das nur ein einzelner Zentrumsmann, aber dieser einzelne sitzt mir gegenüber, es war der Herr Abg. Dieterle (Abg. Dr. Schäfer: Aber er bestreitet das! Teilen Sie das auch der Versammlung mit.) Das ist mir nicht bekannt. (Abg. Dr. Schäfer: Dann sollten Sie eben die Blätter lesen, daß Sie es erfahren.) Die "Konstanzer Nachrichten" schreiben: "Wir betrachten die Herrschaft des Nationalliberalismus als ein schweres Unglück für unser Volk. Die durchgreifende Niederhaltung des Einflusses dieser Partei hätte in unsern Augen Charakter und Bedeutung einer rettenden Tat." Dann schlägt diese Zeitung vor: "Für die Wahl von 1909 steht zu erwarten, daß in mindestens 60 Wahlbezirken Zentrum und Sozialdemokratie zusammen eine ausgesprochene absolute Mehrheit erlangen können. Ein Bündnis der beiden Parteien, bei dessen Durchführung der Sozialdemokratie rund 25 Mandate zufallen könnten, würde für alle übrigen Parteien zusammen kaum mehr als ein Dutzend Mandate übrig lassen. In diesem Falle wäre die gründliche Niederhaltung des Nationalliberalismus erzielt. Wie würde man sich dazu stellen, wie darüber urteilen? Man kann es sich ganz leicht denken. Und wie wollten wir uns verteidigen? Das wäre gar nicht schwer. Wenn wir so handeln würden, wäre es an sich genau das, was die Nationalliberalen 1905 getan haben. Nur wäre es eher zu rechtfertigen als das Bündnis der Nationalliberalen, während es andererseits in Hinsicht auf das Erstarken des sozialdemokratischen Einflusses weniger gefährlich wäre." Ja da sind Ansichten, bei denen von einer grundsätzlichen Abneigung gegen die Sozialdemokratie nichts zu spüren ist.

Dann muß ich, wenn es auch alte Geschichten sind, wieder darauf zurückkommen, daß 1897 das Zentrum der Sozialdemokratie in der Residenz die Mandate in die Hände gespielt hat, und daß von einem einzelnen Zentrumsmann gesagt wurde, daß dies lediglich eine berechnete Ausübung des Rechtes der freien Wahl sei. Das

geschah auch wieder von einem einzelnen Zentrumsmann, nämlich Herrn Theodor Wacker. Derselbe einzelne Zentrumsmann hat die Auslieferung der Residenz an die Sozialdemokratie als höchstfreudlich bezeichnet und erklärt, daß er alles getan habe, daß Wassermann 1903 in Karlsruhe nicht durch Zentrumsstimmen unterstützt worden sei. Schließlich muß ich auf das Plakat zurückkommen, das 1907 in München angeschlagen und vom Zentrumswahlkomitee unterschrieben war, in dem es heißt: "Tretet Mann für Mann für den sozialdemokratischen Kandidaten ein". Dann ist es auch nicht richtig, Herr Abg. Fehrenbach, daß Ihr Zusammengehen mit der Sozialdemokratie in Bayern nur gemacht wurde, um die direkte Wahl durchzusetzen, sondern das Bündnis war auch noch für die erste Wahl nach der Änderung des Wahlrechtes geschlossen.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat darüber gespöttelt, daß Herr Abg. Kolb uns vorgeworfen habe, wir wären schuld, daß wir gewissermaßen noch keinen Rechtsstaat in Deutschland hätten, wir hätten doch die ganze Entwicklung in den letzten 50 Jahren in der Hand gehabt. Ich glaube, wenn es überall in Deutschland so aussähe würde wie in Baden, hätte der Herr Abg. Kolb das nicht gesagt. Aber daran, daß Preußen in der politischen Entwicklung noch so weit zurück ist, sind die Konservativen schuld und das Zentrum, das mit diesen zusammengeht.

Dem Herrn Kollegen Kolb möchte ich bemerken, daß, wenn er bedauert, daß wir im Reiche nicht mit den Sozialdemokraten zusammengehen, daran die Sozialdemokratie selbst schuld ist, weil sie sich in allen Militärfragen ablehnend verhält. Wenn die Sozialdemokratie wirklich so national ist, wie der Herr Kollege Frank sie geschildert hat, sollte sie, meine ich, im Interesse des deutschen Volkes allmählich dazu kommen, auch mit diesem Programmpunkt fertig zu werden.

Der Herr Kollege Fehrenbach hat anerkannt, daß der Herr Kollege König erklärt hat, wir wollten keinen Kulturkampf. Aber er hat das sofort widerrufen und gesagt, Herr König müsse dann den Herrn Wassermann am Ohr zupfen, da dieser mit Billow zusammengehalten habe, der den Kampf gegen Rom geführt habe. Wo hat denn Billow einen Kampf gegen Rom geführt? (Abg. Fehrenbach: Wassermann hat es ja gesagt!) Das ist wieder die übliche Identifizierung von Zentrum und Rom. (Abg. Fehrenbach: Aber Wassermann hat es ja gesagt!) Ich habe nicht gelesen, daß unser Parteichef das gesagt hat. Ich kenne natürlich nicht alles, was er gesagt hat. Es war aus der Rede des Herrn Fehrenbach nicht ersichtlich, daß er nur zitiert hat. (Abg. Neuhäus: Es hat in der Zeitung gestanden!)

Herr Fehrenbach hat aus dem neuen Testament den schönen Satz angeführt: "Selig sind die Sanftmütigen und selig sind die Friedfertigen." Ich möchte ihm empfehlen, diesen Satz der Zentrumspresse als weiteren Untertitel anzuraten.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat sodann über den Ton im Kampfe gegen das Zentrum gesprochen. Wenn da eine scharfe Tonart geführt worden ist, so mißbilligen wir das, wir müssen dann aber auch von ihm verlangen, daß er auf der anderen Seite für das Gleiche eintritt. Wenn das Meßkircher Blatt einen recht derben Ton angeschlagen hat, so muß ich sagen, in der Wahlzeit kann man nicht jedes Wort auf die Waagschale legen, und dann ist auch die Situation des Blattes zu beachten. In jener Gegend erscheint eine ganze Anzahl kleiner Zentrumsblätter, und es gilt auch da das Wort, daß schlechte Beispiele die guten Sitten verderben.

Was nun den Ton betrifft, der in den Zentrums-

blättern selbst herrscht, so will ich davon einige kleine Proben geben. Ich erinnere an die Äußerungen der „Freien Stimme“ aus dem August vorigen Jahres: „Die Liberalen schleichen umher wie die gepöbelten Hunde“. (Abg. Dr. Schofer: Klapperschlange!) Dasselbe Blatt schreibt: „Der Liberalismus ist soweit heruntergekommen, daß kein Hund mehr ein Stück Brot von ihm nimmt.“ Des weiteren erinnere ich an den Aufruf eines Eitlinger Zentrumsblatts: „Wenn Ihr nicht wollt, daß die Kreuzigte von den Wänden gerissen werden, wählt Zentrum!“

Dann kommt schließlich noch das schönste. Das „Eitlinger Volksblatt“ schreibt: „Würde sich das Volk in seiner Mehrheit vom Christentum ab- und dem Liberalismus zuwenden, dann würde es der Herrschaft der Sinnlichkeit anheimfallen. Denn wenn es durch den Liberalismus das „Söhre“, nämlich die Erkenntnis der ewigen Wahrheit und Gerechtigkeit verliert, dann hat es eben nichts anderes mehr als Sinnlichkeit, und unter der Alleinherrschaft der Sinnlichkeit muß der Mensch physisch und moralisch verkommen, er sinkt zum Tier herab, bei dem es nur Sinnlichkeit giebt. Nebenbei bemerkt, daher auch das Streben des Liberalismus, die Abstammung des Menschen vom Vieh herzuweisen.“ Dann heißt es weiter: „Also an der großen Zahl der Verbrechen in Niederbayern sei der Liberalismus unschuldig? Oha! Umgekehrt! Jedes Verbrechen, jedes Vergehen ist ein Opfer an den Liberalismus. Unter dem Verderben des Liberalismus leidet nämlich die gesamte Menschheit.“ (Zwischenruf des Abg. Fehrenbach.) So könnte ich Ihnen noch weiteres vorlesen, und solange Sie, Herr Abg. Fehrenbach, mir nicht ähnliche Produkte aus liberalen Blättern bieten (Abg. Fehrenbach: O Jesses!), haben Sie kein Recht, sich über das Tun der Gegner zu beklagen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Heimburger (Dem.): Ich danke Ihnen, daß Sie Geduld haben, mich noch heute anzuhören; ich werde mir deshalb Mühe geben, so kurz als möglich zu sein, und Sie kennen mich auch von der Seite, daß ich solche Versprechungen zu halten pflege. Ich will deshalb nicht näher auf die Finanzlage des Landes eingehen, zumal wir sie durch unsere Reden doch nicht bessern werden. Auch die Beamtenfrage will ich nicht behandeln, da wir wohl sonst noch Gelegenheit bekommen, sie und die Anschauungen zu besprechen, die hierüber von der Regierungsbank aus geäußert worden sind.

Ich will nur ganz kurz einiges über die Finanzreform sagen. Bei ihr haben wir unsere Agitation nicht gegen die einzelnen Steuern gerichtet in dem Sinne, daß wir an jeder indirekten Steuer alles hervorgehoben haben, was daran zu tabeln ist. Das wissen wir auch, daß man solche Steuerreformen nicht machen kann ohne Steuern, die da und dort drücken, aber was wir vor allem zu tabeln gehabt haben, ist, daß man es vermeiden hat, eine Besitzsteuer einzuführen, die alle Besitzenden nach ihrer Leistungsfähigkeit getroffen hätte. Wir haben uns bereit erklärt, an der Finanzreform mitzuarbeiten, wir haben uns auch bereit erklärt, indirekte Steuern, soweit sie dazu nötig sind, zu bewilligen. Aber die Grundbedingung war die, daß daneben auch eine wirkliche Besitzsteuer eingeführt werde, und diese Bedingung ist von dem Augenblick an, wo das Zentrum den Konservativen beifrang und die Erbschaftsteuer zu Fall bringen half, gescheitert gewesen, und deshalb konnten und mußten wir dieser Finanzreform entgegentreten. Man hat so und so lange immer bei den Wahlen dem Volke gesagt, wenn wieder neue Steuern gemacht werden müssen, die für die Aufrechterhaltung der Wehrfähigkeit des Vaterlandes notwendig sind, so werden wir endlich

dazu übergehen, auch einmal eine Reichsteuer zu nehmen, welche die Reichen, die Besitzenden trifft; dieses oft gegebene Versprechen sollte bei der Reichsfinanzreform endlich einmal wenigstens zu einem Teile in Erfüllung gehen. Dieses Versprechen ist aber nicht gehalten worden von dem Augenblicke an, wo man die einzige Besitzsteuer, welche die Reichsfinanzreform uns bringen sollte, zu Fall gebracht hat. Wir wußten wohl, daß das Zentrum nicht von vornherein Gegner der Erbschaftsteuer war, aber es hat den Konservativen zu Liebe und um den Reichszanzer Bülow, den „Schuldenmacher Bülow“, wie er in einem in Oppenau verteilten Flugblatt bezeichnet worden war, zu Fall zu bringen, damals diese Haltung eingenommen (Abg. Dr. Schofer: Er war schon im November gefallen!). Der Herr Kollege Schofer macht den Zwischenruf, daß er schon im November gefallen wäre (Abg. Dr. Schofer: Oriola hat es nach der „Frankfurter Zeitung“ gesagt!). Wenn er das gesagt hat, so ist er für mich kein Papst, dessen Aussprüche für mich unbedingt bindend sind.

Dieses Zufallbringen der Erbschaftsteuer war auch weiter sehr interessant. Es hat heute der Herr Minister wieder einmal einen Unterschied zwischen nationalen und nicht nationalen Parteien gemacht. Er hat der Sozialdemokratie den Vorwurf gemacht, eine nicht nationale Partei zu sein, weil sie dem Reiche die notwendigen Bewilligungen zur Aufrechterhaltung der Wehrkraft verweigere. Nun, die Konservativen haben zwar die Bewilligungen nicht verweigert, aber wie man an sie herantrat und verlangte, jetzt sollen auch einmal die Junker den Beutel aufmachen, um die Kosten für diese Bewilligungen bezahlen zu helfen, da hat auf einmal auch bei ihnen die nationale Gefinnung aufgehört und man hat das Werk der Finanzreform, so wie es ursprünglich geplant war, zum Scheitern gebracht. Das ist, was wir kritisiert haben, und ich glaube, das darf man nicht als eine lügenhafte Agitation hinstellen. Dem Herrn Abg. Schmidt ist das Nötige über die konservative Agitation schon gesagt worden. Auch ich habe die Erfahrung gemacht, daß die konservativen Agitatoren überall den Bauern gesagt hatten: Ihr müßt diese Erbschaftsteuer bezahlen, auf Euch wird die Hauptlast gelegt, wenn diese Steuer kommt. Und als ich den Leuten gesagt habe, sie beginnt ja erst mit 20 000 M., waren sie höchlichst entriistet über die „Belehrung“, die ihnen vorher von den konservativen Agitatoren gegeben worden war, und sie schämten sich, daß sie sich dazu hatten verleiten lassen, Resolutionen gegen diese Erbschaftsteuer zu fassen. (Abg. Schmidt-Bretten: Bei 10 000 M., nicht bei 20 000 M. sollte sie beginnen!) Sie irren sich! (Abg. Schmidt-Bretten: Sie irren sich!) Die Nachlasssteuer hatte bei 20 000 M. Nachlaß beginnen sollen. Das andere ist dann gemacht worden, um den Konservativen die Erbschaftsteuer noch etwas annehmbarer zu machen. Deshalb ist schließlich auch nicht der große Betrag herausgekommen, den man ursprünglich beabsichtigt hatte, das ist durch den Widerstand der konservativen Partei und das Nachgeben gegenüber den Wünschen dieser Partei herbeigeführt worden. Es ist deshalb sehr merkwürdig, wenn uns nun vom Zentrum vorgeworfen wird, die Erbschaftsteuer hätte so wenig eingebracht. Sie hätte nur deshalb schließlich so wenig eingebracht, weil man den Wünschen Ihrer Verbündeten nachgegeben und die Erbschaftsteuer immer und immer wieder geändert hat, so daß schließlich allerdings ein nicht mehr genügender Betrag herauskam (Abg. Fehrenbach: Gegen die Nachlasssteuer haben auch die Nationalliberalen gestimmt!). Ich wollte also nur feststellen, warum und wie wir diese Agitation betrieben haben,

und daß es unerhört ist, wenn man sagt, diese Agitation sei eine verlogene.

Es wird bekanntlich vor den Wahlen leider Gottes vielfach gelogen und man kann nichts anderes tun, als, wo einem bekannt wird, daß etwas Unwahres behauptet worden ist, dem entgegenzutreten. Ich nehme selbstverständlich auch nicht an, daß Herr Fehrenbach gelogen hat. Wenn von einer verlogenen Agitation der Zentrumsparthei die Rede war, so haben wir an Herrn Fehrenbach zu allererst gedacht; denn das wissen wir, daß er nicht wissentlich etwas sagt, was nicht wahr ist. Er wird aber hoffentlich auch nicht von uns glauben, daß wir etwa das getan hätten. Man hat bei diesem Vorwurf andere Persönlichkeiten und einzelne Presseäußerungen im Auge gehabt.

Aber die Art, wie die Zentrumspresse uns bekämpft, ist doch auch kein Muster von Wahrheitsliebe. Allerdings hat die Zentrumspresse, wenn sie die Wahrheit verleiht, allmählich eine solche Geschicklichkeit entwickelt, daß es immer sehr schwer ist, sie darauf festzunageln. Es wird nicht direkt das Gegenteil der Wahrheit gesagt, aber es wird in Andeutungen geredet, die bei den Lesern ganz bestimmte Meinungen hervorrufen; wenn man sie aber festnagelt, so kann sie sagen, das haben wir gar nicht gesagt, das ist nicht darin gestanden. Ich habe keine Zettelammlung, weil ich auf diese Zettelpolitik wirklich nicht viel halte. Aber es ist mir erst kürzlich wieder ein Muster von dieser Art in die Hand gekommen. Es hat ein hiesiger Rechtsanwalt, ein Sozialdemokrat und Freidenker, in Gagganau eine Rede über die Entstehung des Christentums gehalten; in diese Versammlung ist auch der evangelische Pfarrer gegangen und hat sich an der Diskussion beteiligt. Nun schreibt ein Zentrumsblatt darüber etwa folgendermaßen: „Daß, wie man sagt, der evangelische Pfarrer den Karlsruher Juden hat kommen lassen, wollen wir nicht glauben. Wir glauben auch, daß die Anwesenheit des Pfarrers in der Versammlung nur auf „Zufälligkeit“ — Zufälligkeit ist in Anführungszeichen gesetzt — beruht.“ Werden nun die Leser dieses Blattes auch den Eindruck gehabt haben, der Pfarrer hat „den Juden“ nicht kommen lassen und seine Anwesenheit beruht nur auf Zufall? Eine solche Berichterstattung, eine solche Polemik hat sich in den letzten Jahren geradezu mit Raffiniertheit in der Zentrumspresse herausgebildet (Abg. Kolb: Sehr richtig!); und das scheint mir eine viel ärgere Vergewaltigung der Wahrheit, eine viel unehrlichere Polemik zu sein, als wenn irgendwo einmal etwas gesagt wird, was nicht wahr ist. Eine direkte Lüge kann man wenigstens berichtigen; gegen solche Art ist man fast mehrlos. (Sehr richtig! links).

Es ist dann noch etwas über die Äußerungen der Regierung zu sagen. Der Herr Staatsminister hat sich darüber beschwert, daß der Herr Kollege Frank seine Definition der Regierungspolitik als altliberal nicht ganz klar gefunden hat. Ich glaube, auch andere Leute im Hause haben sie nicht ganz klar gefunden. Denn wenn das wirklich der Sinn sein sollte, daß der Herr Staatsminister und seine Kollegen auf dem Standpunkt der nationalliberalen Partei, wie sie bis vor kurzem die herrschende war, stehen, dann wundert es mich außerordentlich, daß der Führer des Zentrums, der Herr Abg. Fehrenbach, sein volles Einverständnis mit dieser liberalen Politik der Regierung ausgesprochen hat. Offenbar hat auch er nicht darunter verstanden, daß die alte nationalliberale Politik nun von der Regierung fortgesetzt werden solle; denn ich bin fest überzeugt, wenn er das darunter verstanden hätte, so hätte er nicht sein volles Einverständnis mit dieser Regierungspolitik erklärt. Er hat offenbar auch darunter verstanden, daß so sadie

ein Hinübergleiten zum Zentrum darin enthalten sein sollte. Sonst hätte er gewiß nicht — denn ich bin überzeugt, das Zentrum würde bei seiner Gegnerschaft gegen diese Politik, die es bisher bis aufs Messer bekämpft hat, der es einen Krieg bis zur Vernichtung erklärt hat — zu einer solchen Politik seine Zustimmung nicht geben.

Und nun wäre zu reden über den Großblock und die Stellung der Regierung dazu. Daß die Regierung sich nicht etwa für den Großblock in ihrer Presse aussprechen würde, das war uns allen klar. Aber trotzdem bedauern wir, daß sie dann diesen Artikel gegen den Großblock in die Presse geworfen und damit allerdings in einer meiner Ansicht nach unzulässigen Weise in den Wahlkampf eingegriffen hat. Da darf doch nicht nur in Betracht gezogen werden, was die Regierung selber damit beabsichtigt hat, sondern sie mußte doch auch erwägen, welche Wirkung sie mit einem solchen Artikel hervorrufen würde. Sie haben ja gehört, welche Wirkungen er hervorgebracht hat: Es ist soweit gekommen, daß die Zentrumsblätter geschrieben haben: „Durch diese Kundgebung der Regierung ist gezeigt, daß der Großherzog ein Gegner des Großblocks ist.“ „Der Großherzog ist ein Feind des Großblocks!“ wurde damals in den Zentrumsblättern geschrieben und: „Wer ein Freund des Großherzogs ist, der muß deshalb gegen den Großblock wählen.“ Wen er wählen muß, ist nicht dabei gestanden. Da aber alle anderen Parteien zum Großblock gehörten und die Konservativen im Oberland gar keine Kandidaten aufgestellt hatten, so konnte das nur heißen: Als Freund des Großherzogs, als treuer Untertan muß man Zentrum wählen. Das ist ja allerdings ein alter Trick, daß man auf den Herrscher hinweist, um seine eigenen Geschäfte zu machen. Schon vor bald 1900 Jahren ist ja diese Taktik angewendet worden. Als Pilatus sich weigerte, gegen den von der Klerisei denunzierten „Revolutionär“ von Nazareth einzuschreiten, haben die Klerikalen auch gesagt: Wenn du nicht gegen ihn einschreitest, so bist du des Kaisers Freund nicht mehr (Geiterkeit). Sie sehen, das sind alte Geschichten, die immer von neuem produziert werden: Wer uns nicht zu Willen ist, der ist kein Monarchist, der ist ein Gegner des Herrschers! Pilatus hat sich ja dann bekanntlich dadurch einschüchtern lassen und hat dem Klerus den Gefallen getan, er ist gegen den „Revolutionär“ eingeschritten. Ähnlich ist ja auch schon gegen den Minister Schenkel geschrieben worden, er habe sich als Bundesgenosse der Sozialdemokratie gezeigt. Die jetzige Regierung hat offenbar diesen Vorwurf nicht auf sich laden wollen und hat deshalb nun gezeigt, daß sie „der Freund des Kaisers“, und ist mit ihrem Artikel gegen die „Revolution“ eingeschritten. Dieser Artikel ist aber unter allen Gesichtspunkten verfehlt gewesen.

Der Herr Minister des Innern hat uns gesagt, es wäre ja, wenn dieser Mahnung Folge geleistet worden wäre, die Gefahr einer Mehrheit des Zentrums und der Konservativen nicht mehr vorhanden gewesen. Wenn man rein arithmetisch die Zahlen zusammenzählt, so konnte man das glauben, aber die Politik beruht eben nicht bloß auf der Arithmetik, es gehört auch Psychologie dazu! Und das ist doch wohl klar: Wenn die nationalliberale Partei — wir sind ja in jenem Artikel nicht dazu eingeladen worden — nach einem solchen Wahlkampf, wie er bis zum 21. Oktober geführt wurde, nach einem solch erbitterten Wahlkampf gegen das Zentrum und des Zentrums gegen die Nationalliberalen, da mitten im Wahlkampf diese unerhörte Schwänkung hätte machen wollen, wenn sie nun die nationalliberalen Wähler, denen sie den Kampf gegen das Zentrum als oberste Pflicht

eines liberalen Mannes hingestellt hatte, auf einmal hätte zum Schwanken kommandieren und für das Zentrum, das man so charakterisiert hatte, an die Wahlurne führen wollen, glauben Sie, daß eine solche Parole von den Wählern befolgt worden wäre? Es wäre ein Zusammenbruch in der nationalliberalen Partei eingetreten, wie ihn noch nie eine Partei erlebt hat, und die Folge wäre gewesen, daß einige Nationalliberale noch mit Zentrums-hilfe durchgekommen wären, daß aber die große Mehrzahl der nationalliberalen Kandidaten von ihren eigenen Wählern verlassen worden wäre (Sehr richtig! links). Die Sozialdemokraten wären um keinen Mann schwächer in den Landtag eingezogen, dagegen dort (nach dem Zentrum zeigend) säßen die Sieger! Und dann wäre tatsächlich die Mehrheit zustande gekommen, mit der Herr von Bobman ganz gewiß nicht hätte regieren können. Schon von diesem Standpunkte aus, um ein Regieren in „altliberalem“ Sinne möglich zu machen, durfte man den Parteien eine solche Umschwenkung im heftigsten Wahlkampfe nicht zumuten.

Ich muß dann auf einiges kommen, was der Herr Minister gegen meinen Freund Muser gesagt hat. Nebenbei bemerkt, der Herr Abg. Fehrenbach hat Herrn Muser in sehr unfreundlicher Weise behandelt, gar nicht so friedfertig, wie man es sonst an ihm gewohnt ist, und wie er es als Zentrumsart gepriesen hat. Wenn Herr Muser weggegangen ist, so ist es nicht deshalb gewesen, weil er die Erwiderung des Herrn Fehrenbach auf seine Rede nicht hören wollte, sondern nur aus dem Grunde, weil sein Gesundheitszustand ihn gezwungen hat. Ich konstatiere das vor dem Lande, ohne weiter über den Angriff des Herrn Fehrenbach zu urteilen.

Der Herr Minister hat dem Herrn Abg. Muser vorgeworfen, er habe diesen Artikel als eine Verletzung der Verfassung hingestellt. Der erste Satz, den mein Freund Muser darüber gesprochen hatte, konnte wohl so aufgefaßt werden. Wenn man aber die Folgerungen, die er daraus gezogen hat, gehört hatte, mußte man sagen, daß es nicht so gemeint war. Der Herr Abg. Muser hat gesagt, diese Kundgebung des Großherzogs stand „außerhalb der Verfassung“. Er hat nicht sagen wollen, sie sei verfassungswidrig, sondern er hat nur gemeint, die Kundgebung ist nicht ein Regierungsakt, dem von den Untertanen gehorcht werden muß. Er hat weiter fortgefahren: „Sie beansprucht also von den Bürgern des Staates keine weitere Beachtung als die, die ihr inhaltlich zukommt, und es darf nicht etwa daraus eine Pflicht des Gehorsams gegen den Landesherrn konstruiert werden.“ Daß er es auch nur in dem Sinne gemeint hat, geht daraus hervor, daß er gegen die Äußerungen der Zentrums-presse polemisiert hat, die aus dieser Kundgebung eine Gehorsamspflicht dem Großherzoge gegenüber abgeleitet hat, die erklärt hat: „Der Großherzog ruft Euch, also müßt Ihr so wählen, wie es der Großherzog wünscht! Ihr dürft nicht einen Kandidaten des Blocs wählen!“ Wenn mein Freund Muser in diesem Zusammenhange von Lakaiengefinnung gesprochen hat, so hat er damit natürlich auch nicht sagen wollen, daß jedermann, der Anhänger der Regierung ist und der im Sinne der Regierung wählt, ein Lakai sei, sondern es ist eine Lakaiengefinnung, wenn einer gegen seine innere Überzeugung, nur aus einer mißverstandenen Loyalität nach oben heraus, für den Regierungskandidaten stimmt und so seine Überzeugung verleugnet. Ich glaube, gegen diese Ausführungen ist nicht das Geringste einzuwenden.

Ich hätte diesen Artikel der „Karlsruher Zeitung“ lieber nicht gesehen, und ich glaube, die Kundgebung war auch insofern nicht wünschenswert, als dadurch die Sozialdemokratie in einer Weise behandelt worden ist,

wie es allerdings meiner Ansicht nach dem Geiste der Verfassung nicht entspricht und wie es auch höchst unflug ist. Die Sozialdemokratie wird von dem Herrn Staatsminister tatsächlich immer so behandelt, als ob wir noch ein Ausnahmegesetz gegen sie hätten. (Sehr richtig! links.) Glücklicherweise existiert ein solches Ausnahmegesetz nicht mehr, die Sozialdemokratie ist eine vollständig gleichberechtigte Partei und muß auch politisch als solche behandelt werden. Ein Bündnis mit der Sozialdemokratie ist an und für sich gar nichts anderes als ein Bündnis mit irgend einer anderen Partei. Solche Bündnisse können unsittlich sein, sie können aber auch sittlich sein, wenn man sittliche Zwecke damit verfolgt.

Wenn davon geredet worden ist, daß die Umschwenkung zum Zentrum seitens der Liberalen unmoralisch gewesen wäre, so hat der Herr Minister dagegen mit der Ausführung polemisiert, ein Bündnis mit dem Zentrum sei an und für sich nichts Unmoralisches. Allerdings kann man auch mit dem Zentrum ein Bündnis schließen, ganz gewiß! Warum soll man nicht auch mit dem Zentrum ein Bündnis schließen können, wenn man einen vertretbaren Zweck damit verfolgt? Wenn man das ausschließen wollte, wäre das ja gerade so, als ob nun das Zentrum unter einem Ausnahmegesetze stünde. Aber es kommt darauf an, in welcher Lage man ein solches Bündnis schließt, und wenn man in einem Augenblicke, wo man — unseres Erachtens mit Recht — das Zentrum als die größte Gefahr für das Staatswohl hingestellt hat, ein Bündnis mit dem Zentrum schließen wollte, so wäre das allerdings eine unmoralische Handlungsweise (Sehr richtig! links).

Nun hat der Herr Minister gegen die Sozialdemokratie durch allerhand Zitate polemisiert. Ich muß sagen, diese Art, die Sozialdemokratie zu beurteilen, scheint mir doch wirklich für einen Minister nicht die richtige. Wer die sozialdemokratische Bewegung in ihrem Wesen erkennen will, darf sich nicht darauf beschränken, die Resolutionen auf Parteitag und die offiziellen Kundgebungen der Partei zu lesen, der muß tiefer sehen und die ganze Wandlung, die diese Bewegung seit dem Falle des Ausnahmegesetzes gemacht hat, in ihren tiefsten Tiefen zu erkennen suchen; er muß blind sein, wenn er nicht erkennen würde, daß die Möglichkeit, daß die Tendenz dazu vorhanden ist, die Sozialdemokratie aus der Partei, die sie unter der Herrschaft des Umsturzesgesetzes ganz mit Recht war, aus der rein negierenden, zu einer Partei zu machen, die positiv an der weiteren Entwicklung unseres Staatslebens mitarbeiten kann. Die drei Millionen und mehr Wähler, die hinter der Sozialdemokratie stehen, wird man nicht so betrachten können, als ob sie nicht da wären. Ich stimme durchaus der Ansicht zu, daß man sagt: Der Staatsmann wird sich um das Deutsche Reich, die deutschen Staaten verdient machen und wird dereinst vor der Geschichte als großer Mann dastehen, der es fertig bringt, die sozialdemokratische Bewegung in die Bahn zu leiten, in der wir sie alle zu sehen wünschen, in die Bahn, daß diese Partei als eine radikale, aber als eine vom besten Willen besetzte Reformpartei mit an der Arbeit für die Entwicklung unseres Vaterlandes teil nimmt. Und diese Bewegung, diese Entwicklung befördert man nicht, wenn man der Sozialdemokratie immer wieder einzelne Resolutionen und einzelne rabiate Ausführungen gewisser Führer vorwirft, sondern nur dadurch, daß man sie als gleichberechtigte Partei gelten läßt und versucht, sich gegenseitig zu verstehen.

Woher kommt denn der Unterschied zwischen der süddeutschen und der norddeutschen Sozialdemokratie? In Norddeutschland ist die Sozialdemokratie von den anderen Parteien geächtet, zum Teil sogar auch gesellschaftlich geächtet, und das ist der Grund der neueren-

den Stellung der norddeutschen Sozialdemokratie. In Süddeutschland aber, wo man schon aus dem gemüthlicheren Charakter der Süddeutschen heraus nicht dazu gekommen ist, die Herren als etwas Minderwertiges oder gar als einen Auswurf der Gesellschaft zu betrachten, ist auch der Charakter der Partei ein ganz anderer. Eine Drei-Millionenpartei werden Sie aber mit Zitieren von Resolutionen nie aus der Welt schaffen. Man sollte aber auch nicht durch derartige Hervorhebungen von Gegensätzen immer den Zwiespalt zwischen den politischen Richtungen vergrößern, man sollte im Gegenteil alles daran setzen, um es dahin zu bringen, diesen klaffenden Riß zwischen Arbeiterchaft und Bürgerium zu schließen.

Man meint vielleicht, man handle damit nach dem Grundsatz: *Divide et impera!* Aber ich erinnere den Herrn Staatsminister an ein Wort seines verstorbenen Kollegen von Sachsen-Weimar:

Teile und herrsche! — Tüchtig Wort!  
Verein' und leite! — Besserer Wort!

Und nun noch die Frage: Kann ein Beamter Sozialdemokrat sein? Da wird mit Aufwand von viel Logik die äußerste Konsequenz aus dem Beamtenverhältnis und andererseits aus dem Programm der Sozialdemokratie gezogen, und daraus nun geschlossen, ein Beamter könne nicht Sozialdemokrat sein und er solle auch nicht sozialdemokratisch wählen. Der Herr Minister hat ja einen Unterschied gemacht zwischen Wahl aus Taktik, Wahl aus Verärgerung und Wahl aus Überzeugung. Nun, ich meine, wer aus Verärgerung wählt, der wählt am wenigsten schön; und ich bin ganz damit einverstanden, wenn der Herr Finanzminister gesagt hat, die Aufforderung, der Beamte solle nur nach seinem Interesse und nicht nach seiner politischen Überzeugung wählen, lasse einen bedauerlichen moralischen Tiefstand ihres Urhebers erkennen (Sehr richtig!). Aber ich meine andererseits auch: Wenn ein Beamter Anhänger der sozialdemokratischen Ideen ist, so soll er dem auch durch den Stimmzettel Ausdruck geben. Ich bezweifle, ob man dann sagen kann, er verleihe damit seine Pflicht. Die Pflichttreue besteht nicht darin, daß man dem Großherzog, wie gesagt worden ist, „seine Seele“ opfert, daß man auf das Recht seiner innersten Persönlichkeit verzichtet, sondern darin, daß man seine Beamtenpflicht vollständig erfüllt. Tut man das, so hält man den Eid und verleiht ihn nicht. Es wird deshalb selbstverständlich nicht etwa ein Sozialdemokrat ein Beamter werden können, der die Politik der Groß. Regierung zu vertreten hat; er wird nicht, wenn er selber Republikaner ist, unter einem monarchischen Ministerium Verwaltungsbeamter werden können, das versteht sich von selbst. Aber es gibt doch eine Masse von Beamtenstellen, wo es auf die politische Überzeugung nicht ankommt.

Nun weiß ich nicht, wie das Zentrum sich eigentlich zu dieser Frage stellt. Ich nehme an, daß das Zentrum doch auch der Meinung ist, daß ein Beamter nicht deshalb gemahregelt werden darf, weil er sozialdemokratisch gewählt hat. Das Zentrum tritt ja mit großem Feuereifer für die Beamten ein, die in Kattowitz polnisch gewählt haben und deshalb gemahregelt worden sind. Ich denke, wenn man polnisch wählen darf, wird man doch wohl auch noch sozialdemokratisch wählen dürfen. (Seiterkeit. Abg. Fehrenbach: Wir sind für Freiheit der Wahl, aber dieser Vergleich ist nicht logisch!) Ich glaube, die Polen gehören nicht eigentlich zu den Parteien, die man als „staatserkhaltende“ bezeichnen kann. Wenn nun aber das Zentrum nichts dagegen hat, dann weiß ich nicht, warum in der Zentrumspreffe fortwährend

Denunziationen gegen Beamte stehen, die sich irgendwie mit der Sozialdemokratie in Berührung gesetzt haben. (Abg. Fehrenbach: Agitation!) Nicht in der Agitation bloß! Es wird immer darauf hingewiesen, daß die Beamten infolge des Grobblocks den sozialdemokratischen Stimmzettel abgegeben haben — mit oder ohne gelbe Handschuhe, darauf wird es ja nicht ankommen (Seiterkeit) —, und es wird auch sonst immer darauf hingewiesen, wenn irgendwo ein Verdacht besteht, daß ein Beamter wenn auch nur bei nichtpolitischer Gelegenheit mit den Sozialdemokraten in Berührung kommt. Ich habe dieser Tage wieder einen Artikel gelesen — ich meine, er stand im „Beobachter“ —, da hat ein Beamter aus Billingen, ein Herr Wiesendanger, in Waldshut oder Säckingen vor dem Arbeiterbildungsverein und vor den vereinigten Gewerkschaften einen Vortrag über Ägypten gehalten, also gewiß ein unpolitisches Thema. (Sehr richtig! links.) Und da erscheint nun in einem Zentrumsblatt ein Artikel, dieser Beamter sei mit der Sozialdemokratie in Berührung getreten und wird nun der Regierung, jedenfalls zu wohlwollender Beurteilung empfohlen. (Seiterkeit.) Das sind doch Denunziationen, die die Presse endlich lassen sollte, das läßt wirklich nicht erkennen, daß man im Ernst für die Freiheit der Überzeugung eintreten will. Denn wenn man die Sozialdemokraten so geradezu als Pestfranke betrachten soll, daß man nicht einmal in einem Verein, wo Sozialdemokraten da sind, Vorträge über Ägypten halten soll, dann müßte man, meine ich, auch die politischen Konsequenzen daraus ziehen. (Verschiedene Zwischenrufe.) Ich freue mich, wenn Sie das mißbilligen, und ich freue mich noch mehr, wenn Sie dafür sorgen, daß eine Wiederholung solcher Dinge nicht mehr vorkommt.

Nun kurz zur Präsidentenwahl. Darüber ist ja eigentlich bald genug geredet. Aber konstatieren will ich, daß nun auch der Herr Abg. Fehrenbach anerkannt hat, daß die im „Beobachter“ wiederholt enthalten gewesene und von dem Herrn Abg. Behner wiederholte Behauptung, daß früher die Präsidenten persönlich zum Großherzog gegangen seien und man es diesmal aus Rücksicht auf den Ersten Vizepräsidenten unterlassen habe, tatsächlich unrichtig ist. Der Herr Abg. Behner hat erklärt, wie bei ihm der Irrtum entstanden ist. (Abg. Dr. Behner: Ich habe nichts erklärt, ich habe nur gesagt, ich sei dort gewesen!) Sie seien dort gewesen. (Abg. Dr. Behner: Mit Herrn Dr. Wilkens!) Aber sonst ist es nie geschehen. Ich nehme an, daß hierdurch der Irrtum bei Ihnen entstanden ist, denn wenn das nicht der Fall wäre, wenn Sie ohne Grund zu diesem Mißverständnis gekommen wären, dann würde ich es bedauern. Ich will auf diese Frage aus Rücksicht auf die vorgerückte Zeit nicht weiter eingehen.

Nun muß ich noch einiges über den Schluß sagen, den der Herr Abg. Fehrenbach seiner rethorisch sehr schönen Rede gegeben hat (Seiterkeit). Der Schluß der Rede war süß wie Honigseim (Seiterkeit). Er hat weit seine Arme geöffnet für alle, die bereit sind, in die Zentrumsbüden einzurücken. Zunächst gegen die Regierung; der Liberalismus der Regierung ist ihm vollständig recht — was der Regierung hoffentlich nicht gefallen hat (Seiterkeit). Er ist auch durchaus nicht in der Lage, der Regierung irgendwelche Schwierigkeiten machen zu wollen; im Gegenteil, er tritt ganz auf demselben Boden mit ihr, er will mit ihr für die gemeinsamen Ziele zusammenarbeiten, für die Monarchie und das Christentum und noch etwas mehr. (Abg. Summel: Und die individualistische Wirtschaftsauffassung!) Er würde auch gerne aus den Reihen

der nationalliberalen Partei aufnehmen, wer etwa bereit ist, mitzumachen. Er wird wohl auch mit Herrn Behner gedacht haben: Der große Körper zieht den kleinen an, und nicht der kleine Körper den großen; wenn so ein paar Nationalliberale sich verleiten lassen und hinüber kämen, so würden sie ebenso wenig den großen Körper der Zentrumsparlei auf ihre Seite herüberziehen, sondern der große Körper der Zentrumsparlei würde sie zu sich hinüberziehen: dann hätte ja das Zentrum, was es wollte, es hätte die Mehrheit und hätte die Herrschaft, und so das Ziel langjähriger Kämpfe erreicht. (Abg. Dr. Behner: Also entgehen sie ihrem Schicksal doch nicht!) Wenn wir mit den Sozialdemokraten zusammengehen, so wissen sowohl die Sozialdemokraten als wir, daß wir in den Endzielen deshalb noch nicht einig sind. Aber können denn Parteien nur dann zusammengehen, wenn sie auch in ihren Endzielen einig sind? Waren wir denn mit dem Zentrum in den Endzielen einig, als wir mit ihm zusammengingen? (Abg. Blümmel: Wahlrecht!) Der Herr Kollege Blümmel ruft mir in sehr dankenswerter Weise zu: „Das direkte Wahlrecht“. Nun, das war ein gemeinsames Ziel, es ist aber natürlich nicht das Endziel unserer Politik, so wenig es Ihr Endziel ist. Denn sonst hätten Sie sich, nachdem wir das erreicht haben, auflösen können, Sie hätten ja Ihr Endziel erreicht gehabt. Aber das ist nicht geschehen, Sie machen immer noch weiter. (Heiterkeit.)

Es ist wie gesagt sehr richtig, was der Herr Kollege Blümmel gesagt hat: Ein Ziel hatten wir, das vor uns lag, aber das war nicht das Endziel, und wir haben es ganz für richtig gehalten, daß wir bis zu diesem Ziele mit einander gingen, ohne uns deshalb etwas zu vergeben. Und gerade so ist es, wenn wir mit den Sozialdemokraten zusammengehen. Wir haben auch ein gemeinsames Ziel, was vor uns liegt: Die Demokratisierung und die Liberalisierung der badischen und der deutschen Politik, und soweit wollen wir dann auch mit einander gehen. Wenn das dann einmal erreicht ist — wir werden es ja nicht erleben —, dann machen wir es gerade so, wie das Zentrum und wir es zusammen gemacht haben, dann gehen wir eben in Gottes Namen auseinander und verfolgen dann jeder wieder seine besonderen Ziele für sich. Ich glaube, das ist eine Politik, die alle Parteien einschlagen, und gegen die nicht das geringste einzuwenden ist. Aber daß man deshalb, wenn man das Vaterland retten will, zum Zentrum gehen muß, dafür wird der Herr Kollege Fehrenbach trotz seiner meisterhaften Rhetorik und trotz seines einschmeichelnden, lebenswürdigen Tones recht wenige Gläubige finden. Es ist allerdings ja auch in der Zentrumspresse zu lesen gewesen: Baden steht vor einer Revolution. Nun, ich weiß wirklich nicht, was man davon sagen soll! Wenn in keinem Staate die revolutionäre Gefahr größer und dringender wäre als in Baden, dann könnten alle Fürsten der Welt ruhig ihr Haupt niederlegen, dann bräunte keiner Angst zu haben. Durch eine liberale Regierung ist überhaupt noch nie eine Revolution heraufbeschworen worden. Revolutionen werden nicht gemacht, sondern entstehen. Sie entstehen dann, wenn man die Volksfreiheiten unterdrückt; aber wenn man dem Volke Spielraum gibt, seine Kräfte zu betätigen, mitzuarbeiten an dem Staatswohl, das ist das allerbeste Mittel, um eine Revolution zu verhindern. Ich glaube auch nicht, daß die Herren, die so et was schreiben, wirklich daran glauben, daß jetzt in Baden eine bald eine revolutionäre Mobilmachung stattfindet, trotzdem ja jetzt auf dem Präsidentenstuhl ein „Freimaurer“ sitzt, wie man in der Zentrumspresse hat lesen können, und ihm zur Seite einer mit der Ballonmütze

steht und noch einer hinten dran mit dem Federhut (Heiterkeit). Ich glaube, diese Kopfbedeckungen werden der badischen Politik keinen besonderen Schaden bringen, sie werden dem einen und dem andern ästhetisch nicht unangenehm sein, aber die Ästhetik spielt in der Politik ja eine so ausnehmend geringe Rolle, daß man deshalb nicht gleich an eine Revolution glauben muß.

Ich komme zum Schluß. Der Herr Kollege Fehrenbach hat schließlich die Zentrumspolitik in bengalischer Beleuchtung als die Verwirklichung des Christentums, der Gedanken des Heilands erscheinen lassen. Sie werden uns verzeihen, wenn wir nicht recht an die Richtigkeit dieser Kennzeichnung glauben. Wir sind nicht der Meinung, daß das, was Sie anstreben, das ist, was Jesus von Nazareth einst angestrebt hat, und wir finden auch, daß nicht alle Ihre Taten mit den Worten übereinstimmen. Der Herr Abg. Fehrenbach hat uns als Devise für die Zentrumspolitik die Stelle aus der Bergpredigt angeführt: „Selig sind die Sanftmütigen“. Ich lese den „Badischen Beobachter“, ich lese die „Freie Stimme“, ich lese den „Pfälzer Boten“, ich lese den „Waldmichel“, und ich lese auch jenen Zeitungsartikel, den die Bischöfe von Metz und Straßburg an die Lehrer geschickt haben, worin von den „Charakterköpfen des Himmels“ und von den liberalen „Wasschlappen“ die Rede war, und wenn ich das alles gelesen habe, dann sage ich: Selig sind die Sanftmütigen! (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Staatsminister Dr. Freiherr von Dujich: Ich habe nur die kurze Erklärung abzugeben, daß die Großh. Regierung mit Rücksicht darauf, daß die Debatte jetzt abgeschlossen werden soll, davon absieht, auf die einzelnen Fragen, die noch an sie gerichtet worden sind, vor allem von dem Herrn Abg. Koch, heute einzugehen. Es wird sich bei der Behandlung der einzelnen Ressorts Gelegenheit geben, all die Fragen zu erörtern.

Die Beratung wird geschlossen.

Der Präsident der Budgetkommission verzichtet auf das Schlusßwort.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Abg. Venedy (Dem.): Der Herr Minister des Innern hat einen Artikel erwähnt, den ich, wie ich wohl heute sagen kann, am Tage nach der Stichwahl oder am Tage der Stichwahl selber und unter dem unmittelbaren Eindruck einer aufregenden, aufreibenden Wahlkampagne geschrieben habe. Dieser Artikel ist deswegen vielleicht in der Form auch etwas schärfer ausgefallen, als es sonst vielleicht der Fall gewesen wäre, das gebe ich ohne weiteres zu. Der Herr Minister hat ausgeführt, daß in diesem Artikel einige Mitglieder der Großh. Regierung in ihrer persönlichen Ehre angegriffen worden seien. Ich erkläre hier offen vor dem Hause: Eine Absicht, die Herren in ihrer persönlichen Ehre anzugreifen, hat mir durchaus fern gelegen, und ich bedauere, wenn die Wahl meiner Worte einen derartigen Anschein erwecken konnte. Meine Absicht war, meinem Erstaunen und (das sage ich auch ganz ehrlich) meinem äußersten Unmut darüber Ausdruck zu geben, daß dieselben Herren Minister, die bei verschiedenen Gelegenheiten ihre Zugehörigkeit zu einer liberalen Anschauung und zum Liberalismus bekannnten und betonten, in dem Augenblick, wo der Liberalismus im Entscheidungskampf um Sein oder Nichtsein in Baden lag, ihm durch diese Parole in der „Karlsruher Zeitung“ in den Rücken fielen und unserem badischen Volk einen Rat für die Stichwahl gaben, dessen Befolgung zum sofortigen Untergang oder jedenfalls zur schwersten Niederlage des Liberalismus und zum Siege einer kleri-

sal-konserverativen Kollision führen mußte. Meinem Gefühl des Erstaunens und meinem Gefühl, daß ich, der ich jeweils der Meinung war, die einfachste, klarste und durchsichtigste Politik sei auch die beste und nicht die komplizierteste und schwerverständlichste, von der Stellungnahme der Regierung überrascht sei, meinem Erstaunen und meinem Unmut über die Parole der Regierung Ausdruck zu geben, war die Absicht jenes Artikels; aber jemanden persönlich damit zu beleidigen, hat mir durchaus ferngelegen. Ich beschränke mich hierauf und behalte mir vor, gegebenenfalls bei einem andern Anlaß näher auf diese Äußerungen zurückzukommen.

Staatsminister Dr. Freiherr von Dusch: Ich wollte nur erklären, daß wir mit Genugtuung die Erklärung des Herrn Abg. Benedey begrüßen, daß er eine beleidigende Absicht nicht gehabt habe. Ich will auf den Sachverhalt selbst nicht mehr eingehen, sondern mich nur auf die Konstatierung der Tatsache beschränken. Ich muß auch in der Tat sagen, daß, seitdem ich mit dem Herrn Abg. Benedey in politischen, allerdings nicht freundschaftlichen Beziehungen stehe, es der erste Fall war — ein Fall, der eigentlich außer seiner sonstigen Gewohnheit liegt —, daß er in einer so scharfen Weise vorgeht. Ich wiederhole aber, daß die von dem Herrn Abg. Benedey gegebene Erklärung dem Artikel jedenfalls die beleidigende Spitze nimmt, die wir darin haben finden müssen.

Weiter erhalten zu persönlichen Bemerkungen das Wort

Abg. Schmidt-Bretten (Vd. d. Ldw.): Der Herr Abg. Frank hat sich in seinen Ausführungen mit meiner Person beschäftigt. Ich muß mir vorbehalten, auf diese Ausführungen später zurückzukommen.

Auch der Herr Abg. Koch hat sich mit meiner Person beschäftigt und hat die Behauptung aufgestellt, es sei bei der Stichwahl vor vier Jahren ein Bündnis zwischen Anhängern von mir und der Sozialdemokratie abgeschlossen gewesen, dessen Ausführung nur dadurch verhindert worden sei, daß das Großblodabkommen geschlossen wurde. Er hat weiter ausgeführt, das sei in der Zeitung gestanden und es sei dem nicht widersprochen worden.

Es ist richtig, daß die Behauptung in der Zeitung aufgestellt worden ist, einer meiner eifrigsten Anhänger hätte im Jahre 1905 mit den Sozialdemokraten ein vorläufiges Abkommen getroffen, es sei mir dies auch bekannt gewesen. Unrichtig ist aber, daß diesem Artikel nicht widersprochen worden sei. Diejenige Behauptung wurde als unwahr erklärt und angefordert, denjenigen meiner eifrigsten Anhänger zu nennen, der dieses Bündnis angeblich abgeschlossen habe. Bis jetzt ist der Name dieses „eifrigsten meiner Anhänger“ nicht genannt worden. Ich selbst habe mich bei den Personen erkundigt, die in Frage kommen könnten, alle haben mir erklärt, daß eine derartige Vereinbarung nicht stattgefunden hat. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Jawohl hat sie stattgefunden!) Mit wem denn? Sagen Sie mir den Namen! (Von den Sozialdemokraten werden einige Namen gerufen.) Das sind ja Sozialdemokraten.

Abg. Dr. Schofer (Zentr.): Der Herr Abg. Dr. Frank hat mich persönlich angegriffen; ich hatte mich zum Worte gemeldet, aber mit Rücksicht darauf, daß die Debatte zu Ende geht, habe ich auf das Wort verzichtet. Aber zu meiner persönlichen Verteidigung nehme ich das volle Recht jetzt in Anspruch.

Ich habe in dem Wahlflugblatt „Der politische Waldmichel“ vom Jahre 1905 an den Vorgängen von 1860 kriti-

tisch geübt. Daraus hat der Herr Abg. Frank Grund abgeleitet, meine monarchische Gesinnung anzuzweifeln. Ich stehe auf monarchischem Boden aus Überzeugung, habe diese Überzeugung durch mehr als einen Eid geheiligt und bin auch gewillt, bis zum meinem letzten Atemzuge diesen meinen Eid zu halten. Aber dieser Eid und diese monarchische Gesinnung schließt nicht das Recht aus, Kritik zu üben innerhalb der Schranken, die die monarchische Gesinnung zieht; von diesem Recht habe ich Gebrauch gemacht und nichts anderes getan. Es sollte ein Sozialdemokrat dafür Sinn haben, daß man von solchen Rechten Gebrauch macht; es gehört dazu mehr Mut als zu andern Dingen.

Er hat meine Ehrlichkeit angezweifelt: Ich ging aus ehrlicher Überzeugung hinter dem Sarge des Monarchen. Ein anderer ging hinter dem Sarge des Monarchen aus taktischen Gründen und ist dafür von seiner Partei gerühmt worden.

Der Herr Abg. Muser hat mich ebenfalls angegriffen. Er hat gegen das zweite Wahlflugblatt, den politischen Waldmichel von 1909, einige Sotissen gesagt und hat mit einer Handbewegung gegen mich, offenbar um damit auf den Autor hinzuweisen, an meine Adresse ähnliches gerichtet. Er hätte ohne weiteres, wenn er das Flugblatt gelesen und bis zum Schluß gelesen hätte, den Autor erkennen können, denn jedesmal stand sein Name darunter. Ich habe nicht eine einzige Zeile am Wahlflugblatt des Jahres 1909 geschrieben. Wenn ich das Flugblatt geschrieben hätte, brauchte ich mich deswegen nicht zu schämen, aber ich habe nicht daran geschrieben. Darum ehrt der Angriff, den Herr Muser gemacht hat, weder den Politiker noch den Juristen (Beifall im Zentrum).

Abg. Fehrenbach (Zentr.): Der Herr Abg. Frank hat meine Darstellung über die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion wegen Übernahme der Loyalitätsverpflichtungen gegen die Krone als unrichtig bezeichnet. Ich habe hier den unkorrigierten Abzug dessen, was ich gestern gesagt habe; ich verweise darauf, das ist richtig, ich will es nicht wiederholen. Ich habe nur einmal mit dem Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion darüber zu verhandeln gehabt, als ich Fraktionschef war, das war im Jahre 1905; es ist, in Abwesenheit des damaligen Fraktionschefs Ged, mit dem Vizefraktionschef der Sozialdemokraten Eichhorn draußen im Gang geschehen. Daß meine Frage und die Antwort des stellvertretenden Fraktionschefs der Sozialdemokratie von mir wörtlich genau wiedergegeben worden ist, das können Sie von Herrn Eichhorn erfahren, das können Sie auch von dem Herrn Abg. Ged erfahren, der darüber unterrichtet ist, und der mir gestern durch Zuntzen das bestätigt hat. Welche Erklärungen von anderer Seite abgegeben worden sind, weiß ich nicht, da ich keine Verhandlung darüber mit Ihnen zu führen hatte. Aber was ich über das Jahr 1905 vorgetragen habe, ist wörtlich wahr.

Der Herr Abg. Frank hat dann weiter von einem Handel gesprochen, den ich in bezug auf die Biersteuer und auf die Schule eingegangen hätte. Die Stelle, auf die er Bezug genommen haben kann, lautet wörtlich: „Der Herr Staatsminister hat an unsere Mitarbeit appelliert. Wenn je einmal der Gedanke obgewaltet hätte oder in Zukunft obwalten würde, daß die Regierung gewillt wäre, die Kulturarbeit des im wesentlichen sozialdemokratisch gerichteten Linksblocks auf geistigem Gebiet zu besorgen und im übrigen die Steuern durch uns genehmigen zu lassen, dann würde die Gr. Regierung sich tätigen. Das kann man von keiner Partei verlangen. Das wäre die Abdankung einer Partei.“ Ich bin der Meinung, daß sämtliche Parteien des Hauses und des deutschen Reiches und überhaupt aller parlamentarischen Stör-



perschäften sich ebenso verhalten würden (Sehr richtig! im Zentrum). Es ist deshalb nicht in Ordnung gewesen, wenn mir eine solche Unterstellung vom Herr Abg. Frank gemacht worden ist.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Der Herr Abg. Fehrenbach hat meinen Ausführungen über die Bedingungen, die meine Parteifreunde bei Übernahme des Präsidiums im Jahre 1905 zu erfüllen sich bereit erklärten, eine andere Darstellung gegeben als ich. Ich muß demgegenüber folgendes aufrecht erhalten: Der Auftrag der Fraktion für die Verhandlungen mit den gegnerischen Parteien lautete: „Wir sind bereit, alle Pflichten zu übernehmen, die sich aus der Verfassung und der Geschäftsordnung ergeben.“ Diese Erklärung ist nicht bloß einmal gegeben worden, sie wurde wiederholt bei den verschiedensten Verhandlungen allen Parteien gegenüber abgegeben. Sie wurde in der Presse wiederholt, sie wurde auch in der Zentrums Presse wiedergegeben. Ich habe keinen Anlaß, anzunehmen, daß der Herr Abg. Eichhorn damals in irgend einem Wort von dem Auftrag abgewichen ist, der ihm gegeben war. Ich muß annehmen, daß ein Gedächtnisfehler des Herrn Abg. Fehrenbach vorliegt. Gestern hatte ich bei dem Zwischenruf, den ich machte, den Eindruck, daß der Herr Abg. Fehrenbach sich korrigieren wollte, daß er die Weigerung des Herrn Abg. Eichhorn nur beziehen wollte auf diejenigen Fragen, die über die Geschäftsordnung und die Verfassung hinausgingen. Das ist die Wahrheit.

Der Herr Abg. Schofer hat dann, obwohl ich ihn nicht genannt habe, auch eine persönliche Bemerkung gegen mich gemacht. Ich habe heute wie schon einmal vor zwei Jahren lediglich festgestellt, daß ich die Partei, die sich das Wahlflugblatt des „Waldmichels“ gefallen ließ, ein für alle mal nicht als Nährerin der monarchischen Gesinnung anerkenne, weil ich der Auffassung bin, daß ein Mann, der sich Monarchist nennt, in der Form der Kritik seines Monarchen sich gewisse Schranken auferlegen muß. Ich darf aber beifügen, daß es auch sehr viele Republikaner gibt, die diese Kritik nicht geschrieben haben möchten.

Der Herr Abg. Schofer hat dann beigefügt, ich hätte seine Ehrlichkeit bezweifelt. Ich bin mir nicht bewußt, daß ich dies in irgend einer Wendung getan hätte oder hätte andeuten wollen. Ich habe lediglich auf einen Zuruf des Herrn Abg. Schofer erwidert, daß selbstverständlich wir Sozialdemokraten die freie Kritik nach keiner Richtung beschränken wollen, und habe beigefügt, daß ich mich freue, wenn das Zentrum und der Herr Abg. Schofer jederzeit frei, freier als bisher, das habe ich noch gesagt, ihre Ziele enthüllen. Wenn ich dem Herrn Abg. Schofer das sagte, so dachte ich dabei nicht an den ihm gemachten Vorwurf, daß er wahrheitswidrig die Vater-schaft des Waldmichels in Abrede gestellt habe. Meine Bemerkung zielte hierauf nicht. Ich kenne den Vorfall, um den es sich handelt, nicht genügend, um mir ein Urteil darüber zu bilden.

Daß aber dann der Herr Abg. Schofer Gelegenheit nimmt, umgekehrt zu betonen, er sei ein Monarchist und er habe nach seiner Überzeugung, andere hingegen — er wollte damit auf mich anspielen — hätten nicht aus Über-

zeugung einen Akt der Pietät wahrgenommen, so muß ich sagen: Der Herr Abg. Schofer richtet sich selbst durch den Laß, mit dem er jenen Vorfall hier in die politische Debatte hineinzuziehen wußte (Mehrfaches Sehr richtig! links).

Abg. Fehrenbach (Zentr.): Welchen Auftrag der damalige Kollege Eichhorn von der Fraktion bekommen hat, weiß ich natürlich nicht. Aber das weiß ich, und da liegt kein Gedächtnisfehler vor, daß die Unterredung zwischen dem Herrn Kollegen Eichhorn und mir draußen in dem Gang — ich will Ihnen das Fenster zeigen, an dem wir gestanden sind — sich wörtlich so abgepielt hat, wie ich vorgetragen habe. Ich weiß es deshalb so genau, weil ich mir mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache vorher den Wortlaut meiner Frage in Gedanken festgestellt hatte. Er lautete: Ist Ihre Partei bereit, die nach der Verfassung und Geschäftsordnung gebotenen und durch die Übung herkömmlichen Loyalitätsverpflichtungen gegenüber dem Throne zu erfüllen? Darauf hat der Herr Abg. Eichhorn ein glattes „Nein“, mit den Einschränkungen, die ich gestern auch vorgetragen habe, erwidert. Das habe ich schon im Jahre 1905 vorgetragen, ganz genau im gleichen Wortlaut. Man kann es in den damaligen Kammerverhandlungen nachlesen, und es ist damals, wo die Sache ganz neu war, irgend ein Widerspruch seitens der sozialdemokratischen Partei nicht erfolgt.

Abg. Dr. Schofer (Zentr.): Ich kann dem Herrn Abg. Frank sagen, ich will davon Akt nehmen, daß er meine Ehrlichkeit nie angezweifelt haben will, aber es wird mir von anderer Seite bestätigt, daß meine Auffassung Grund hatte. Er glaubt nun sagen zu können, daß ich in meiner Kritik der Verhältnisse vom Jahre 1880 zu weit gegangen sei. Ich kann einen Sozialdemokraten, namentlich einen, der immer bei jeder Gelegenheit betont, daß seine Partei eine demokratisch-revolutionäre Partei sei, auf monarchischem Gebiet nicht als Richter anerkennen über das, was im Punkt monarchischer Gesinnung zulässig ist oder nicht.

Sichtlich dessen, was der Abg. Dr. Frank endlich über die Verfasserjagd des ersten „Waldmichel“ gesagt hat, erkläre ich hier, daß ich nie und nirgends und zu keiner Zeit und keinem Menschen gegenüber die Autorschaft in Abrede gestellt habe. Es ist ein Lehrer von Grohrinderfeld, der das behauptet hat, und nachdem er das verbreitet hat, habe ich einem Rechtsanwalt Auftrag gegeben, gegen diesen Zeugen der „Badischen Landeszeitung“ vorzugehen.

Präsident Rohrhurst: Damit wären wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich darf aber wohl noch der Anerkennung Ausdruck geben, daß wir die allgemeine Finanzdebatte in vier Tagen zu Ende geführt haben, und auch, trotz mancher Zufälle, die in den Debatten vorkommen können, der Anerkennung über den Geist, in dem diese Verhandlungen geführt worden sind.

Schluß der Sitzung gegen 1/3 Uhr.